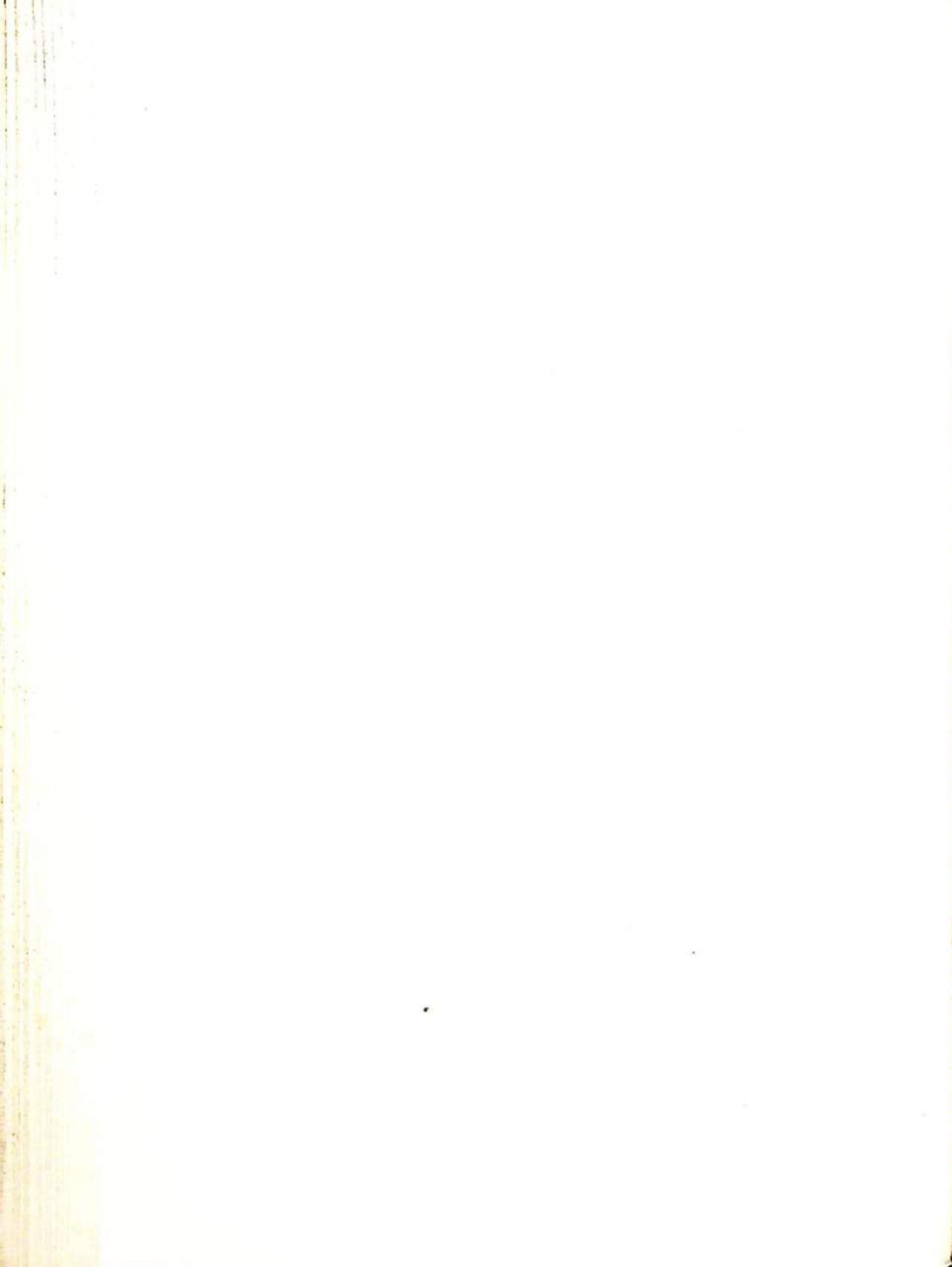




Inflation 1923. Wie wenig man für eine Million Mark kaufen konnte.



Inflation 1923.
Menschenschlangen verzweifelter, hungernder Frauen vor den Lebensmittelgeschäften.



dem deutschen Oktober gefolgt. In Polen, in Estland, in Bulgarien standen die Arbeiter auf und wurden geschlagen. *Und dennoch werden sie siegen!*

Die Aufstände des Proletariats sind Etappen auf dem Siegeszuge der Revolution, nicht nur durch ihre mittelbaren positiven Resultate, sondern vor allem infolge der großen Lehren, die sie der ganzen Arbeiterklasse einhämmern.

Was sind die wichtigsten Lehren des Hamburger Aufstandes?

1. Eine zahlenmäßig *geringe Schar* von Proletariern, die mit größtem Heldenmut unter dem Banner der Diktatur gekämpft haben, konnte sich mit Erfolg gegen die zwanzigfache *Übermacht* der glänzend organisierten und bewaffneten Truppen der Bourgeoisie militärisch halten.

2. Der unvergängliche Ruhm der Hamburger Oktoberkämpfer besteht darin, daß sie in einer revolutionären Situation zu den Waffen griffen, obwohl sie den Sieg nicht zu 99 Prozent in der Tasche hatten. Der Leninismus lehrt, daß man den Kampf aufnehmen muß, wenn ernste Chancen für den Sieg vorliegen. *Eine Garantie für den Sieg gibt es niemals im voraus.*

Die Niederlage in einem solchen Kampf ist tausendmal fruchtbarer und wertvoller für die Zukunft des Klassenkampfes als ein Rückzug ohne Schwertstreich.

3. *Der Aufstand führte zur Niederlage, weil er isoliert blieb*, weil er nicht in Sachsen und im ganzen Reiche sofort unterstützt wurde. Mögen die Arbeiter in einem einzelnen Ort mit dem größten Heldenmut, getragen von der stärksten Massenbewegung, den Kampf aufnehmen: Sie werden geschlagen, wenn nicht das Proletariat im ganzen Lande mit ihnen geht. Gerade darin, in der Organisation und Zusammenfassung der gesamten Arbeiterklasse in allen Industriezentren und Großstädten, im ganzen Lande besteht *die Rolle der Kommunistischen Partei* als Vortrupp des Proletariats. Gerade darum brauchen wir eine eiserne, völlig geschlossene, restlos verschmolzene, unbedingt disziplinierte Partei.

4. Es ist nicht wahr, daß der Hamburger Aufstand ein Putsch war, sondern er wurde von der Sympathie der breitesten Massen getragen. Sogar der Polizeisenator Hense mußte wütend zugeben, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in Hamburg, dieser rechtesten Organisation der SPD, und mit ihnen ‚die weitesten Kreise der Bevölkerung, zu den Kommunisten hielten‘. Unsere Schwäche bestand *nur* darin, daß wir nicht verstanden, *diese Massen fest um uns zu scharen*, sie rechtzeitig in allen Teilkämpfen zu uns herüberzuziehen, mit ihnen *die Einheitsfront* gegen die sozialdemokratischen Führer zu schließen.

5. Um bei der unvermeidlich kommenden Wiederkehr des Hamburger Kampfes in viel größerem Maßstabe siegen zu können, müssen wir wie ein Keil in die Massen eindringen, sie durch tausend Klammern mit uns vereinigen, eine wirklich proletarische Einheitsfront mit Millionen Arbeitern bilden. In den Gewerkschaften, in allen parteilosen Organisationen der Arbeiterklasse muß ein großer *revolutionärer Flügel* heranwachsen, der gemeinsam mit den Kommunisten zum Träger der kommenden Kämpfe wird.

6. Als besonderer Mangel wurde in den Hamburger Oktobertagen das Fehlen einer starken *Rätebewegung* empfunden. Diese Tatsache ist noch nicht genügend in der Partei verstanden worden. Die Räte sind die Organe, die in einer revolutionären Situation die Millionenmassen des Proletariats zusammenfassen, die das Rückgrat des Kampfes bilden. Diese Lehre dürfen wir auch in der jetzigen Periode zwischen zwei Revolutionen nicht vergessen.

7. Die Machtergreifung des Proletariats ist *kein einmaliger Akt*. Sie besteht nicht nur in dem militärischen Kampf gegen die Truppen der Bourgeoisie, sondern sie muß durch jahrlange ausdauernde Arbeit der Kommunistischen Partei und des ganzen Proletariats vorbereitet werden. Die kommenden Siege über die Bourgeoisie müssen durch unzählige Teilkämpfe erzogen, vorbereitet, organisiert werden. Dies ist *unsere Hauptaufgabe* in der jetzigen Periode.

8. Es ist falsch, zu sagen, daß durch die Oktoberniederlage von 1923 eine einzigartige revolutionäre Situation ein für allemal verpaßt wurde. Die Niederlage von 1923 war keine dauernde, ebensowenig, wie die Niederlage des Spartakusbundes in den Nosketagen 1919 eine dauernde war. Die Stabilisierung des bürgerlichen Deutschlands hat keinen langen Atem: trotz Dawesplan und Garantiepakt. Besser: *Wegen Dawesplan und Garantiepakt*. Die kapitalistische Stabilisierung in Deutschland erlebt schon jetzt ihre erste ‚Atemnot‘. Das große Resultat des Hamburger Aufstandes ist, daß die Arbeiter den scheinbar unbesieglichen Klassenfeind dreimal vierundzwanzig Stunden lang in seiner ganzen Schwäche gesehen haben. In den Hamburger Tagen haben die Arbeiter die Bourgeoisie am Rande des Abgrundes gesehen. *Und sie werden diesen Augenblick niemals vergessen!* Wir gehen nicht einer Versumpfung, sondern neuen Kämpfen, wir gehen mit eherner Notwendigkeit in Deutschland der *zweiten Revolution* entgegen. Darum gehört der Hamburger Aufstand nicht ‚der Geschichte‘ an, sondern er ist *eine Probe für die Zukunft*.

9. Der Aufstand war ein Musterbeispiel für die glänzende, reibungslos arbeitende Organisation des revolutionären Kampfes. Aber er

offenbarte zugleich den größten organisatorischen Fehler unserer Partei. Die Hamburger Kämpfer besaßen die volle Sympathie der Arbeiter in den Betrieben, aber sie hatten organisatorisch keine Verbindung mit ihnen. Es zeigte sich die ganze Unbrauchbarkeit, die verhängnisvolle Rückständigkeit unserer alten, sozialdemokratischen Wohnorganisation. *Die Wahlmaschine taugt nicht für die Barrikaden!* Die schwerste Lücke in der Hamburger Kampffront war das Fehlen kommunistischer Betriebszellen. Eine Kämpferschar, wie die Hamburger, die sich auf festverwurzelte Zellen in allen Betrieben und auf die Vereinigung der breitesten Arbeitermassen stützt, wird künftig in einer ähnlichen Situation unbesiegbar sein.

10. Die größte, wertvollste Lehre des Hamburger Aufstandes ist die großartige Erfüllung der Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. Die Kommunisten waren nicht in Worten, sondern in der Tat der Vortrupp, die Führung, der Wegweiser der Arbeiterklasse. Sie gaben der Bewegung ein klar umrissenes Ziel, ein genau formuliertes Programm . . . Nur weil die Partei die Führung des Kampfes fest in den Händen hatte, wurde von den Hamburger Revolutionären *zum ersten Male in Westeuropa* die Marx-Engelssche Lehre begriffen und verwirklicht, daß der Aufstand eine Kunst und die Hauptregel dieser Kunst die tollkühne, unerschütterlich entschlossene Offensive ist.

Das sind die wichtigsten Lehren des Hamburger Aufstandes. Das grausame Lehrgeld, das wir für sie zahlten, war der Tod und die Einkerkierung unserer Besten. Und dennoch: *Diese Opfer werden sich hundertfach lohnen.* Sie wurden nicht nur für den Aufbau einer Partei von Bolschewisten in Deutschland, sondern für die Zukunft der ganzen Arbeiterklasse gebracht."

Die Erfahrungen von 1923 und die darauffolgenden Auseinandersetzungen mit den Brandleristen wie mit den „Ultralinken“ veranlaßten Genossen Thälmann, seine ganze Kraft auf die Entwicklung der KPD zu einer marxistisch-leninistischen Partei zu konzentrieren. In einem seiner Aufsätze gab Genosse *Thälmann* später folgende Einschätzung der Entwicklung:

„Gerade weil unsere Partei aus den besten und revolutionärsten Elementen der Sozialdemokratie der Vorkriegszeit, den einzigen, die den Verrat der Ebert und Scheidemann nicht mitgemacht hatten, hervorging, war sie naturgemäß nicht nur reich an jenen guten und revolutionären Traditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung, sondern zugleich belastet mit manchen Rückständen sozialdemokratischer Schwäche.

Der Kampf gegen opportunistische, kleinbürgerliche Schwankungen und Abweichungen, der Kampf gegen jene Tendenzen, die die Partei vom Wege des Bolschewismus abdrängen und der Sozialdemokratie annähern wollten, die die Illusionen über die Entwicklung zum Sozialismus, über den Staat, über die SPD, über den Zentrismus in die Reihen der revolutionären Partei hineinzutragen suchten — dieser Kampf gegen die Cliques um Levi und Reuter-Friesland im Jahre 1921, gegen Brandler und Thalheimer 1923, dann später gegen die ultralinke Abart des Liquidatorentums waren die notwendigen, unvermeidlichen Schritte der inneren Klärung und Reifung, auf Grund deren die KPD sich zur Höhe ihrer historischen Aufgabe durchsetzen mußte."

So verstärkten die Lehren des Hamburger Aufstandes in Genossen Thälmann die Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse ihre historische Aufgabe nur erfüllen kann, wenn sie von einer revolutionären Partei geführt wird, die sich von der Theorie des Marxismus-Leninismus leiten läßt und sie anzuwenden versteht. Darum stellte Genosse Ernst Thälmann in den folgenden Jahren der Partei und den Mitgliedern immer wieder als die wichtigste Aufgabe, sich die wissenschaftliche Lehre des Marxismus-Leninismus anzueignen und die Erfahrungen der KPdSU(B) gründlich zu studieren. Zugleich erklärte er der Partei, ausgehend von den Erfahrungen der Kämpfe, daß das Schwergewicht der Parteiarbeit in die Betriebe verlagert werden und daß die Partei tiefer in die Massen eindringen muß.

Nach der Niederlage im Oktober 1923

Nach den Hamburger Kämpfen folgte die brutale Abrechnung der Reaktion. Tausende von Arbeitern, die zum Teil gar nicht aktiv gekämpft hatten, wurden von der reaktionären Justizmaschine zu vielen Jahren Gefängnis und Festung verurteilt. Im ganzen Lande begann der Terror.

Die KPD wurde verboten, aber trotzdem lebte und kämpfte die Partei weiter. Die kommunistische Presse wurde unterdrückt, aber das geheime Erscheinen kommunistischer Flugblätter konnte nicht verhindert werden. Vor allem die Berliner „Rote Fahne“, gegen die sich das Verbot in erster Linie richtete, erschien in großer Auflage mit kaum verändertem Aussehen. Der Titel lautete jetzt: „Fahne der Revolution.“

Im Herbst 1923 war in Deutschland eine Lage, wie sie Genosse *Stalin* auf dem XVII. Parteitag der KPdSU(B) gekennzeichnet hat, als er sagte:

„Der Sieg der Revolution kommt nie von selbst. Man muß ihn vorbereiten und erkämpfen. Ihn vorbereiten und erkämpfen kann aber nur eine starke proletarische revolutionäre Partei. Es gibt Momente, wo die Lage revolutionär, die Macht der Bourgeoisie bis auf die Grundfesten erschüttert ist, der Sieg der Revolution aber dennoch nicht kommt, da keine revolutionäre Partei des Proletariats vorhanden ist, die genügend Stärke und Autorität besitzt, um die Massen zu führen und die Macht zu erobern.“¹

Auf Anweisung des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert wurde am 30. Oktober die „Arbeiterregierung“ in Sachsen und am 2. November die Regierung in Thüringen von General Müller auseinandergejagt. Der Agent Brandler ließ die Arbeiter in dieser großen Gefahr allein. Er suchte in einer Postbotenuniform das Weite. Der Weg der Reichswehr in Sachsen und in Thüringen war durch Verhaftungen der revolutionären Arbeiter und blutigen Terror gekennzeichnet. Die Arbeiter versuchten Widerstand zu leisten, wurden jedoch durch die Übermacht des Militärs geschlagen.

Zeigner erließ beim Einmarsch der Reichswehr in Sachsen der Form halber einen Aufruf zum Generalstreik, der aber nicht ernst gemeint war. Später gab er offen zu, daß der Eintritt der Kommunisten in die Regierung die Arbeiter beruhigt habe und somit Zeit gewonnen wurde, die Revolution zu verhindern.

Während die Arbeiter in Hamburg kämpften, verhandelte die rechte SPD-Führung mit den Konzernherren. Am 24. und 25. Oktober fanden in Hagen Besprechungen zwischen den bürgerlichen Parteien und Vertretern der Sozialdemokratie statt. Stresemann, der damalige Reichskanzler, war Leiter und „Schutzengel“ dieser Koalition der deutschen Industrie und der Sozialdemokratie.

So endete der Kampf in Sachsen und Thüringen durch den Verrat der rechten SPD-Führung, durch den Verrat Brandlers und des trotzkistischen Agenten Radek mit einer Niederlage der Arbeiterklasse.

¹ J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 525/526.

Im Prozeß gegen die trotzkistische Bande im Jahre 1938 wurde nachgewiesen, daß Brandler seit Frühjahr 1923 bezahlter Agent des Reichswehrministeriums war.

Der Verrat der sozialdemokratischen Führer und der Verrat der Brandler-Clique führte zur Niederlage des deutschen Proletariats.

Genosse *Stalin* sagte zu dieser Situation:

„Welche Gefahr für die Revolution die sozialdemokratischen Überreste in den kommunistischen Parteien darstellen können, zeigte sich mit aller Deutlichkeit bei der traurigen Erfahrung mit der Sächsischen Arbeiterregierung, als die opportunistischen Führer versuchten, die Idee der Einheitsfront, als Mittel der revolutionären Mobilisierung und Organisierung der Massen, in eine Methode sozialdemokratisch-parlamentarischer Kombinationen zu verwandeln. Dies war ein Wendepunkt, der den Parteimassen die Augen öffnete und sie gegen die opportunistischen Führer aufbrachte.“¹

Im Ergebnis der Niederlage der Arbeiterklasse im Oktober 1923 ging die Bourgeoisie, unterstützt von der rechten SPD-Führung, dazu über, die Lasten der Krise auf das arbeitende Volk abzuwälzen und die schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kommunistische Partei und gegen die Arbeiterklasse durchzuführen, um die kapitalistischen Verhältnisse zu stabilisieren.

Stalins Ratschläge an Genossen Thälmann

Genosse *Stalin*, unser weiser Lehrer, gab dem Führer der KPD, Genossen Thälmann, und der KPD eine große Hilfe, indem er im Februar 1925 in den nachfolgenden 12 Thesen die grundlegenden Voraussetzungen und Aufgaben der Entwicklung der KPD zu einer marxistisch-leninistischen Partei formulierte:

„1. Es ist notwendig, daß die Partei sich nicht als Anhängsel des parlamentarischen Wahlapparats betrachtet, wie es im Grunde genommen die Sozialdemokratie tut, und auch nicht als Gratisbeilage zu den Gewerkschaften, wovon zuweilen gewisse anarcho-syndikalistische Elemente faseln, sondern als die *höchste* Form der Klassenvereinigung des Proletariats, die berufen ist, alle übrigen Formen der proletarischen

¹ J. W. Stalin, Werke, Bd. 6, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 262

Organisationen, von den Gewerkschaften bis zur Parlamentsfraktion, zu führen.

2. Es ist notwendig, daß die Partei, besonders ihre führenden Elemente, sich der revolutionären Theorie des Marxismus, die mit der revolutionären Praxis untrennbar verbunden ist, voll bemächtigen.

3. Es ist notwendig, daß die Partei die Losungen und Direktiven nicht auf Grund eingelernter Formeln und geschichtlicher Parallelen, sondern als Ergebnis einer sorgfältigen Analyse der konkreten Bedingungen der revolutionären Bewegung im Lande und im internationalen Maßstab ausarbeitet, wobei die Erfahrungen der Revolutionen aller Länder unbedingt mit in Rechnung gestellt werden müssen.

4. Es ist notwendig, daß die Partei die Richtigkeit dieser Losungen und Direktiven im Feuer des revolutionären Kampfes der Massen überprüft.

5. Es ist notwendig, daß die gesamte Arbeit der Partei, besonders wenn in ihr die sozialdemokratischen Traditionen noch nicht überwunden sind, auf neue, revolutionäre Art umgestellt wird, darauf berechnet, daß jeder Schritt der Partei, jede ihre Aktion naturgemäß zur Revolutionierung der Massen, zur Vorbereitung und Erziehung der breiten Massen der Arbeiterklasse im Geiste der Revolution führt.

6. Es ist notwendig, daß die Partei es in ihrer Arbeit versteht, die höchste Prinzipienfestigkeit (nicht zu verwechseln mit Sektierertum!) mit einem Maximum an Verbundenheit und Kontakt mit den Massen (nicht zu verwechseln mit Nachtrabpolitik!) zu verbinden, da es ohne diese Bedingung für die Partei unmöglich ist, nicht nur die Massen zu lehren, sondern auch von ihnen zu lernen, nicht nur die Massen zu führen und sie auf das Niveau der Partei emporzuheben, sondern auch auf die Stimme der Massen zu lauschen und ihre brennendsten Nöte zu erkennen.

7. Es ist notwendig, daß die Partei es versteht, in ihrer Arbeit eine unversöhnliche revolutionäre Einstellung (nicht zu verwechseln mit revolutionärem Abenteuerertum!) mit einem Maximum an Elastizität und Manövrierfähigkeit (nicht zu verwechseln mit Anpassungspolitik!) zu verbinden, da es ohne diese Bedingung für die Partei unmöglich ist, alle Formen des Kampfes und der Organisation zu meistern, die Tagesinteressen des Proletariats mit den grundlegenden Interessen der proletarischen Revolution zu verbinden und in ihrer Arbeit den legalen Kampf mit dem illegalen Kampf zu verknüpfen.

8. Es ist notwendig, daß die Partei ihre Fehler nicht verhüllt, daß sie die Kritik nicht fürchtet, daß sie es versteht, ihre Kader an Hand ihrer eigenen Fehler zu verbessern und zu erziehen.

9. Es ist notwendig, daß die Partei es versteht, in die grundlegende führende Gruppe die besten Elemente der fortschrittlichen Kämpfer aufzunehmen, die genügend Hingabe besitzen, um wahrhafte Vertreter der Bestrebungen des revolutionären Proletariats zu sein und die genügend Erfahrung haben, um wirkliche Führer der proletarischen Revolution zu werden, die fähig sind, die Taktik und die Strategie des Leninismus anzuwenden.

10. Es ist notwendig, daß die Partei die soziale Zusammensetzung ihrer Organisationen systematisch verbessert und sich von zersetzenden opportunistischen Elementen reinigt, wobei sie die Erreichung einer maximalen Einheitlichkeit als Ziel vor Augen haben muß.

11. Es ist notwendig, daß die Partei eine eiserne proletarische Disziplin entwickelt, die auf der Grundlage der ideologischen Einheit, der Klarheit der Ziele der Bewegung, der Einheit des praktischen Handelns und des bewußten Verhaltens der breiten Parteimassen zu den Aufgaben der Partei erwächst.

12. Es ist notwendig, daß die Partei die Durchführung ihrer eigenen Beschlüsse und Direktiven systematisch überprüft, da ohne diese Bedingung die Gefahr besteht, daß sie sich in leere Versprechungen verwandelt, die nur geeignet wären, das Vertrauen der breiten proletarischen Massen zur Partei zu untergraben.

Ohne diese und ähnliche Bedingungen ist die Bolschewisierung ein leerer Schall.*¹

Diese richtungweisenden Worte des großen Stalin waren für die Entwicklung der KPD, die unter der Leitung des Genossen Ernst Thälmann zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei heranwuchs, eine entscheidende Hilfe. Im Kampf um die Aneignung des Marxismus-Leninismus und seine Anwendung entwickelte sich die Führung der Partei zu einer leninistischen Führung. Das war nur möglich, weil Ernst Thälmann in der Partei die Kritik und Selbstkritik zur Entfaltung brachte. Genosse *Stalin* charakterisierte im Jahre 1926 das ZK unter der Thälmannschen Führung wie folgt:

„Das jetzige ZK der deutschen Kommunistischen Partei ist nicht durch Zufall zustande gekommen. Es wurde im Kampf gegen die rechten Fehler geboren. Es erstarkte im Kampf gegen die ‚ultralinken‘ Fehler. Daher ist es weder ein rechtes noch ein ‚ultralinkes‘ ZK. Es ist ein

¹ J. W. Stalin, Werke, Bd. 7, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 32—34.

leninistisches ZK. Dies ist gerade die führende Arbeitergruppe, die die deutsche Kommunistische Partei jetzt braucht.“¹

In Ernst Thälmann, dem bedeutendsten Arbeiterführer Deutschlands nach Karl Liebknecht, waren die guten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung verkörpert: Die Kampffähigkeit aus der Zeit des Sozialistengesetzes, der Kampf für die Reinerhaltung der Lehre von Marx und Engels, der Kampf gegen den preußischen Militarismus wie der Heroismus von Karl Liebknecht und der streikenden Munitionsarbeiter von 1917/18.

In der Arbeit Ernst Thälmanns wurden die wertvollen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung mit den Lehren Lenins und Stalins verbunden.

Das geschichtliche Verdienst des Genossen Ernst Thälmann besteht darin, daß er die unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründete KPD zu einer revolutionären Massenpartei entwickelte, daß er als erster systematisch die Lehren von Lenin und Stalin in die deutsche Arbeiterbewegung und in das deutsche Volk hineintrug.

Manuskript.

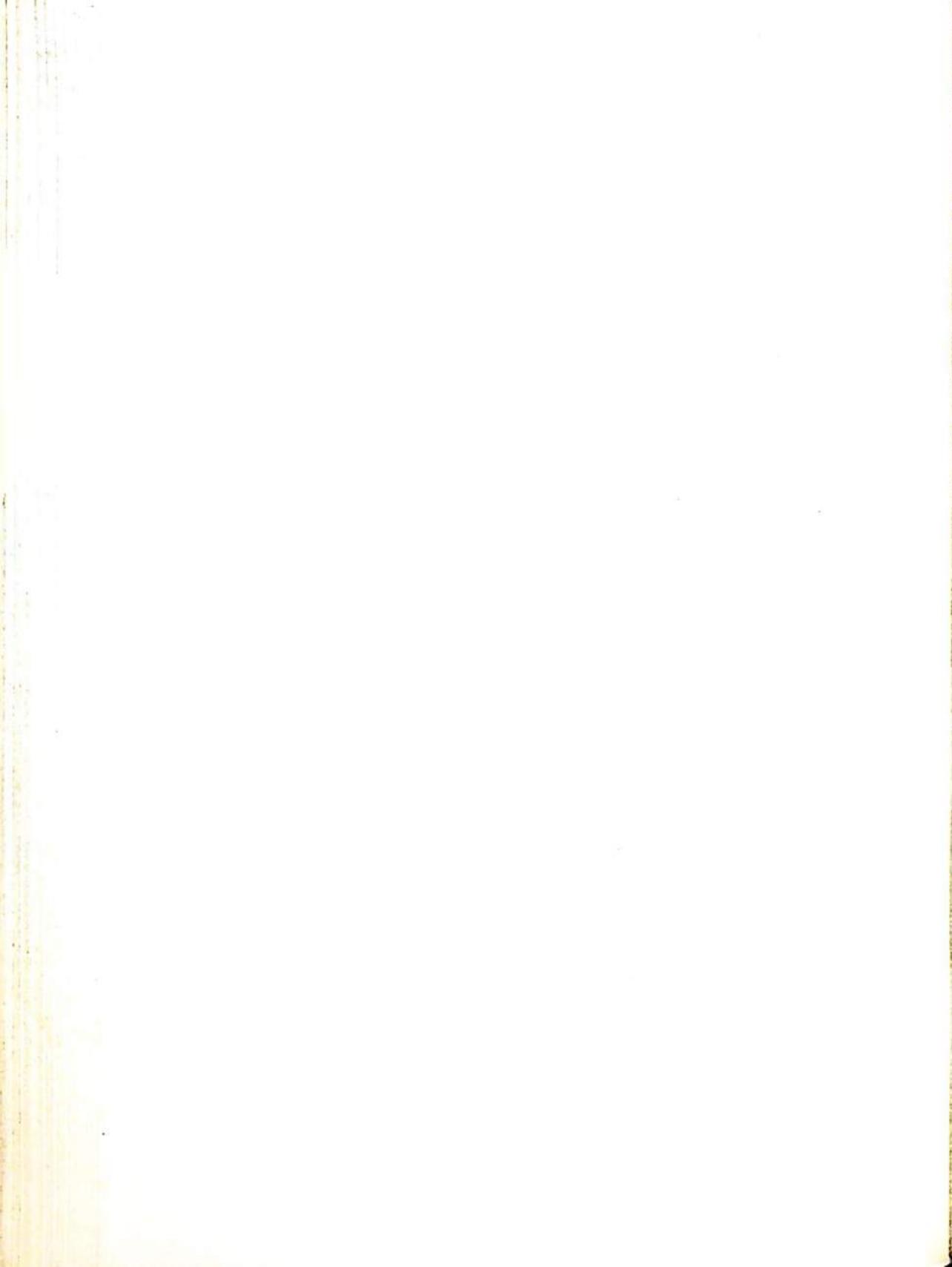
¹ J. W. Stalin, Werke, Bd. 8, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 98.



Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse
in der Periode der relativen Stabilisierung

Das Ringen um die marxistisch-leninistische
Entwicklung in der KPD

1924—1928



Sofortiger Aufbau der Betriebszellen

Rede auf dem IX. Parteitag der KPD in Frankfurt
7. bis 10. April 1924

Ich muß mit der Feststellung beginnen, daß dieser Parteitag die Organisationsfrage, über die ich zehn Minuten sprechen werde, überhaupt nicht behandelt hat; im Gegenteil, alles, was auf diese Frage Bezug hat, ist von der Tagesordnung abgesetzt worden. Wenn die Zeit dazu mangelte, dann war erst recht die Einsetzung einer Kommission notwendig, die die Vorlagen und Anträge hätte behandeln können, um dem Parteitag Vorschläge zu machen. Auch das ist abgelehnt worden.

Wir haben im Jahr 1923 in unserem Organisationsproblem eine entscheidende Wendung gemacht. Zum erstenmal in einer kommunistischen Partei, außer der russischen, ist versucht worden, die Kongreßbeschlüsse über die Organisation in die Tat umzusetzen und eine große Partei, die aus der SPD entstanden ist, zu einer kommunistischen Organisation umzubauen. Wir waren uns darüber klar, daß wir beim Umbau der Grundlagen der Organisation mancherlei Widerstände zu überwinden haben würden. Die Unfertigkeit der KPD als kommunistische Organisation drückt sich von unten, in den Ortsgruppen, bis oben in den zentralen Körper aus. Die Tatsache, daß die deutsche Kommunistische Partei um große politische Probleme ringt und daß sie ohne bedeutende Führer in kollektiver Arbeit den Weg mühsam suchen muß, hat dazu beigetragen, daß das Organisationsproblem nicht schon früher aufgeworfen wurde. Wir waren uns darüber klar, daß wir gegen ein starkes Beharrungsvermögen ankämpfen müßten, und dieses Beharrungsvermögen ist bei allen Richtungen der Partei, auch da, wo es sich links drapiert, vorhanden. Bei einigen Bezirken fiel dagegen die Aufforderung, die Partei umzubauen, auf fruchtbaren Boden, so zum Beispiel im Bezirk Mittelrhein, wo die Genossen sehr tatkräftig den Umbau anpackten, und zwar in An-

knüpfung an ihre konkreten Kämpfe. Daß das Tempo des Umbaus der Partei davon abhing, wie die an der Spitze der Organisationen stehenden Genossen es verstanden, sich ideologisch umzustellen, ist klar.

In den Moskauer Beschlüssen zur Organisationsfrage wurde das aufgenommen, was von der deutschen Zentrale als Richtlinie herausgegeben worden war, allerdings mit einigen Änderungen. Statt der Fünfergruppen wurden Straßenzellen beschlossen. In Straßenzellen werden nur die organisiert, die nicht in Betriebszellen erfaßt werden können, und in die Betriebszellen wird die Kassierung all der Mitglieder verlegt, die in Betriebszellen erfaßt sind. (Zwischenruf von links: So siehst du aus!) So sehe nicht ich aus, so sieht das Exekutivkomitee der Komintern aus, und so sehen alle Genossen aus, die diesen Beschlüssen zugestimmt haben. Gerade solche Zwischenrufe sind der beste Beweis, daß es richtig war, daß das Exekutivkomitee beschloß, der deutschen Partei einen Termin zu setzen, in welcher Zeit dieser Beschluß durchgeführt sein muß. Die zwei Monate, die uns gesetzt wurden, sind bereits verstrichen; aber jetzt werden wir uns einen neuen Termin setzen und an die Organisierung der KPD mit aller Kraft gehen, damit sie die vom Parteitag gestellten Aufgaben auch wirklich erfüllen kann.

Die Betriebszellen sind die Grundeinheit der Partei. Die Kassierung muß in die Betriebszellen verlegt werden. Der Reichsparteitag muß besonders beschließen, daß durchgeführt wird, was in Moskau beschlossen wurde. Wir begrüßen es, daß das Exekutivkomitee einen Schritt weitergegangen ist und sich nicht darauf beschränkte, Thesen für die Parteien aufzustellen, sondern von den Parteien auch verlangte, in einer ganz bestimmten Zeit die Beschlüsse durchzuführen. Die Internationale der nicht durchgeführten Beschlüsse war die II. Internationale. Dieser Reichsparteitag kann nicht vorübergehen, ohne daß die Organisationsfrage, die so ernst gestellt worden ist, behandelt wird. In den Moskauer Richtlinien wurde klar gesagt, daß zur Organisierung der Revolution auch die Umorganisierung der deutschen Partei gehört. Daß das Exekutivkomitee die zu überwindenden

Widerstände kennt, beweist der Brief des Exekutivkomitees an den Parteitag, in dem gesagt wird:

„Indessen kann von der Schaffung einer ernststen revolutionären proletarischen Partei, welche die Macht aus der Hand der Bourgeoisie reißen könnte, gar keine Rede sein, solange diese Partei nicht auf der Grundlage der kommunistischen Zellen aufgebaut ist, welche in den Fabriken und Betrieben selbst verankert sind. Die Kommunistische Internationale findet, daß es die höchste Zeit ist, auch auf diesem Gebiet von den Worten zu den Taten überzugehen. Der Reichsparteitag muß einen Termin, und zwar einen kurzen Termin, festsetzen, im Verlauf dessen die Reorganisierung der Partei auf den hier angegebenen Grundlagen überall durchgeführt werden muß. Ohne diese Voraussetzung, wiederholen wir, ist es lächerlich, von der Eroberung der Macht durch das deutsche Proletariat zu reden.“

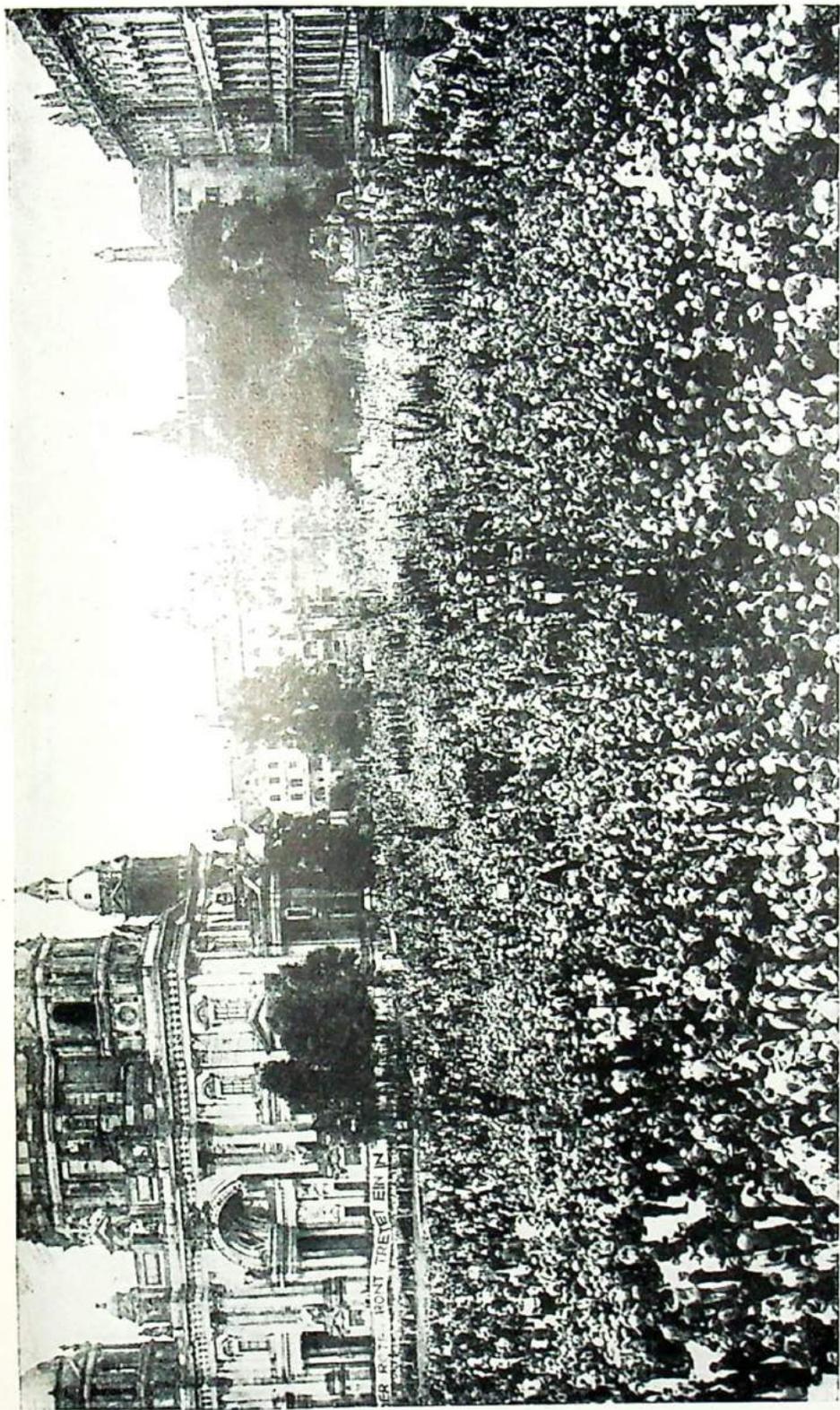
Ich glaube, das ist so eindringlich, wie es eindringlicher nicht gesagt werden kann. Wer von der Organisierung der Revolution spricht, muß klar sagen, wie er sich zu den Moskauer Richtlinien stellt. Es ist bezeichnend, daß in den Resolutionen, die uns von der Opposition vorgelegt wurden, nicht ein einziges Mal auf die Moskauer Richtlinien Bezug genommen wird. Nicht einmal die organisatorischen Formulierungen (zum Beispiel „Betriebszellen“) werden benutzt, sondern es wird so allgemein wie seit zwei Jahren von der „Verlegung des Schwergewichts auf die Betriebe“ gesprochen.

Ich kann mir keine Hundertschaften vorstellen ohne die Verankerung der Partei in den Betrieben. Und ich glaube auch, die Oktoberkämpfe haben der Partei signalisiert, was es heißt, wenn wenige mutige Kommunisten sich verbluten und breite Massen, selbst große Massen streikender Arbeiter, untätig danebenstehen.

Unsere Kraft muß auf die Punkte gerichtet sein, wo die Bourgeoisie am empfindlichsten ist, auf den Verkehr, auf Elektrizitätswerke, Gaswerke. Was haben wir zur Organisierung der Zellen besonders bei den Eisenbahnern getan? So gut wie nichts. Noch eins zum Schluß: Es ist ein Irrtum, wenn man annimmt, daß die Organisationsprobleme mit der Frage der Betriebszellen er-

schöpft sind. Die Organisationsfragen sind damit erst in Fluß gekommen, und der Kampf um die Durchführung wird so lange nicht aufhören, bis alle diese Probleme gelöst sind. Ihre Lösung wird von der Aktivität der Partei in den Kämpfen abhängen.

*„Bericht über die Verhandlungen
des IX. Parteitages der Kommunistischen
Partei Deutschlands in Frankfurt a. M.,
7. bis 10. April 1924“,
S. 284—286.*



1928. IV. Reichstreffen des Roten Frontkämpferbundes im Berliner Lustgarten.

Die Organisationsbeschlüsse der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bereits 1922 erklärte Heinrich Cunow in der „Neuen Zeit“, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine kleinbürgerliche Partei geworden ist, die in ihrer politischen Handlungsweise in erster Linie auf die Einstellung des Kleinbürgertums, der Beamten und Angestellten Rücksicht nehmen müsse. Die „Leipziger Volkszeitung“ vom 16. Juni 1924 stellt in Verbindung mit der Besprechung des Berliner Parteitages der SPD ebenfalls fest, daß sich

„die soziologische Basis der Sozialdemokratischen Partei grundlegend geändert hat. Die kleinbürgerlichen Elemente, die notwendig eine andere Stellung zum Staat und zum Privateigentum haben als die Industriearbeiter, beeinflussen immer stärker die Politik der Partei. Aus diesem Gegensatz zwischen den kleinbürgerlichen und den proletarischen Interessen resultieren jene Parteidifferenzen, welche im Auftreten der Opposition zum Ausdruck kamen.“

Nach Angabe der „Leipziger Volkszeitung“ sind die Hauptstützpunkte der Opposition die mitteldeutschen Bezirke und Frankfurt, während in den industriellen rheinischen Bezirken zahlreiche proletarische Elemente der SPD den Rücken gekehrt haben.

Die organisatorischen Differenzen in der SPD setzten ein, als in Verbindung mit der Koalitionspolitik und der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz die Parlamentsfraktionen offen selbstherrlich die Politik der SPD bestimmten. Zahlreiche Organisationen, besonders der sächsischen Bezirke, verlangten die *Unterordnung der Parlamentsfraktionen unter die Parteiorgane*. Demgegenüber beschloß der Parteiausschuß der SPD vom 27. November 1923:

„Die Landtagsfraktionen der Partei haben in den Landesparlamenten auf dem Boden der Landesverfassung selbständig unter eigener Verantwortung sozialdemokratische Politik zu treiben. Beschlüsse von Parteiorganisationen oder Landesinstanzen der Partei haben für die

Landtagsfraktionen die Bedeutung parteigenössischer Vorschläge und Gutachten, deren Würdigung und Berücksichtigung bei der endgültigen Entscheidung dem pflichtgemäßen freien Ermessen der Landtagsfraktionen unterliegen.“

Nicht die gewählten Parteiorgane, sondern die Parlamentsfraktionen bestimmen also die Politik der SPD. Die Arbeiter in der SPD sind lediglich verpflichtet, dafür zu sorgen, daß recht viel Stimmen bei den Wahlen ergattert werden, damit dann die Abgeordneten nach „freiem Ermessen“ die Arbeiterinteressen mit Füßen treten und die bürgerlichen Interessen wahrnehmen können.

Auf dem Parteitag der SPD kapitulierte die sogenannte Opposition vollständig vor den kleinbürgerlichen Parteibeamten. Die 148 Anträge der Parteiorganisationen wurden im Handumdrehen erledigt. Statt der in den Anträgen verlangten formellen Parteidemokratie wurde das Emmingersche System^[8] in das Parteistatut übernommen. Im § 28 wurde formuliert:

„Zur Partei kann ferner nicht gehören, wer einer anderen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt oder gegen die Sozialdemokratische Partei wirkt. In solchen Fällen kann der Parteivorstand den Ausschluß mit sofortiger Wirkung aussprechen. Mit dem Ausschluß verliert der Betroffene alle Rechte und Funktionen der Partei. Der Beschluß des Parteivorstandes ist innerhalb acht Tagen dem Ausgeschlossenen und der Bezirksleitung mitzuteilen. Nur der Parteitag kann auf Antrag des Ausgeschlossenen diesen Beschluß aufheben.“

Nach dieser Bestimmung ist es den Parteimitgliedern wohl erlaubt, in bürgerlichen Parteizeitungen zu schreiben und mit bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten, es ist jedoch verboten, proletarische Kampforganisationen finanziell zu unterstützen. Durch diesen Beschluß hat der Parteitag der SPD die organisatorische Schlußfolgerung aus der Tatsache gezogen, daß die Partei zu einem Hilfsorgan der Großindustriellen geworden ist.

Um aktive proletarische Elemente aus der SPD fernzuhalten, wurde der § 2 des Statuts folgendermaßen formuliert:

„Über die Aufnahme als Mitglied entscheidet zunächst der Vorstand des Ortsvereines. Das Recht des Einspruches hat jede Organisations-

leitung im Reiche. Wird innerhalb Jahresfrist kein Einspruch erhoben, so gilt die Aufnahme als endgültig.“

In derselben Weise wurden die Differenzen mit der sächsischen „Opposition“ erledigt. In der Vereinbarung heißt es:

1. Die Entscheidung über Regierungsbildungen, Ministerwahlen und sonstige parlamentarische Taktikfragen in den einzelnen Ländern trifft die zuständige Landtagsfraktion . . .
2. Wenn es technisch irgendwie durchführbar ist, sind die Landtagsfraktionen verpflichtet, vor ihrer Entscheidung über grundlegende wichtige Fragen eine Beschlußfassung der Landesinstanz herbeizuführen.“

Wie faul dieses Kompromiß ist, geht daraus hervor, daß *Dittmann* die Auffassung vertritt, es sei in der Regel technisch nicht möglich, vorher eine Verständigung zwischen Partei und Fraktion herbeizuführen. Im „Vorwärts“ vom 9. Januar dieses Jahres veröffentlicht er folgende prinzipiell wichtige Stellungnahme:

„Die Stellung der Parlamente ist durch das parlamentarische System eine wesentlich andere geworden, als sie es vordem war. Nach der Reichsverfassung und den Landesverfassungen obliegt den Parlamenten jetzt die Bildung der Regierungen im Reich und in den Ländern. Die Legislative bestimmt jetzt die Exekutive, die früher von oben eingesetzt wurde. Die Parlamentsfraktionen der einzelnen Parteien haben dadurch eine Funktion im Staats- und Verfassungsleben zugewiesen erhalten, die notwendig auch ihre Stellung in der Organisation der Parteien verändern mußte. Diese Veränderung besteht vor allem in einer größeren Selbständigkeit im Handeln auf eigene Verantwortung. Beim Abgang, bei Um- oder Neubildungen von Regierungen muß meist schnell gehandelt werden, so daß die vorherige Zurateziehung größerer Parteivertretungskörperschaften unmöglich ist.“

Aus dieser politischen Auffassung der SPD, die die kapitalistischen Staatsinteressen mit den Parteiinteressen gleichstellt und die Arbeiterinteressen diesen unterordnet, zog *Peus* in seiner Diskussionsrede auf dem Parteitag die richtige Konsequenz, indem er den bürgerlichen Elementen stärkeren Einfluß auf die Partei sichern wollte:

„Ich würde die Delegiertenzahl auf die Landesteile nicht nach der Beitragsleistung, sondern nach der Bevölkerungszahl verteilen. Gewiß würden dadurch weniger Vertreter der Großstädte und der Industrie-

arbeiter auf den Parteitag kommen. Aber das wäre nur ein Vorteil. Denn wir müssen nicht eine Arbeiterpartei sein, sondern wir müssen eine Partei der Arbeit werden wie die englische Labour Party, um dadurch die Mehrzahl des Volkes hinter uns zu bekommen."

Am klarsten kommt das Wesen der SPD in den §§ 1 und 3 des Parteistatuts zum Ausdruck.

„§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.“

Im Gegensatz zum Statut der Kommunistischen Partei ist das Parteimitglied nicht verpflichtet, sich unter allen Umständen mit seiner ganzen Person für die Durchführung der Parteibeschlüsse einzusetzen. Für die Aufgabe einer Wahlvereinigungsorganisation genügt es auch vollständig, daß einige Parteifunktionäre ab und zu Flugblätter verbreiten oder öffentliche Volksversammlungen organisieren und bei Wahlen für Verbreitung des Propagandamaterials und der Stimmzettel sorgen.

Im § 3 des Parteistatuts ist die Gliederung der Wohnorganisation festgelegt und betont, daß das Gebiet des Ortsvereins in „Agitationsgruppen“ gegliedert wird. Daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten Organisationseinrichtungen zu treffen. Die Bezeichnung Agitationsgruppen kennzeichnet in vollem Umfange die Aufgaben der SPD-Organisation.

Daneben wird in der stickigen Luft des Zahlabends ab und zu über Parlamentsfragen diskutiert, und bei besonderen Gedenkfeiern erinnert man sich, daß es auch einen Marx und Engels gab. Zur Sicherung der Staatsinteressen sollen nach den Formulierungen in § 3 in den Betrieben Organisationseinrichtungen geschaffen werden, die die SPD jederzeit in den Stand setzen, die Arbeiterkämpfe zu sabotieren.

Die Organisationsbeschlüsse des sozialdemokratischen Parteitages sind die konsequente Folgerung aus der Politik der SPD als bürgerlicher Koalitionspartei. Die Verhandlungen des Parteitages zeigen, daß es in einer derartigen Partei unmöglich eine wirkliche Parteidemokratie geben kann. *Wirkliche Parteidemokratie ist nur möglich in einer Parteiorganisation, die den ernststen Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse führt, die fest in*

den Betrieben verwurzelt ist, in der eine innige Verbindung zwischen Massen und Führern besteht und wo jedes Parteimitglied zur Parteiarbeit und zur bedingungslosen Ausführung der Parteibeschlüsse verpflichtet ist. Es gibt nur eine proletarische Partei, das ist die KPD. Ihre Aufgabe ist es, der SPD die letzten Stützpunkte in den Betrieben zu entziehen. Durch Verbindung der revolutionären Propaganda mit der revolutionären Tat wird die KPD die Mehrheit der Arbeiterklasse erobern und den Einfluß der SPD brechen.

*„Internationale Pressekorrespondenz“ Nr. 107,
15. August 1924.*

Jede Fabrik muß unsere Burg sein

Zum V. Kongreß der Komintern

„Im Jahre 1921, auf dem III. Kongreß, haben wir eine Resolution über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien und über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit angenommen. Die Resolution ist ausgezeichnet, aber sie ist fast durch und durch russisch, d. h. alles ist den russischen Verhältnissen entnommen. Das ist ihre gute Seite, aber auch ihre schlechte. Deshalb schlecht, weil ich überzeugt bin, daß nahezu kein Ausländer sie durchlesen kann — ich habe diese Resolution noch einmal durchgelesen, bevor ich das sagte . . . Die Ausländer haben das nicht nötig. Was sie nötig haben, ist schon etwas Höheres: Hierher gehört vor allem auch, daß sie ebenfalls verstehen, was wir über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien geschrieben und was die ausländischen Genossen unterschrieben haben, ohne es zu lesen und ohne es zu verstehen. Das muß ihre erste Aufgabe werden. Man muß diese Resolution zur Ausführung bringen. Das läßt sich nicht in einer einzigen Nacht machen, das ist absolut unmöglich. Die Resolution ist zu russisch: Sie spiegelt die russische Erfahrung wider, deshalb ist sie für Ausländer völlig unverständlich, und sie können sich nicht damit zufriedengeben, sie wie ein Heiligenbild in die Ecke zu hängen und davor zu beten. Damit läßt sich nichts erreichen. Sie müssen ein anständiges Stück russischer Erfahrung verdauen . . . Sie . . . müssen im speziellen Sinne lernen, damit sie wirklich die Organisation, den Aufbau, die Methode und den Inhalt der revolutionären Arbeit erfassen. Wenn das geschieht, so werden, davon bin ich überzeugt, die Perspektiven der Weltrevolution nicht nur gut, sondern ausgezeichnet sein.“ (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.) Rede des Genossen Lenin auf dem IV. Weltkongreß.¹

Diese Ausführungen Lenins, des großen Organisators der Kommunistischen Internationale, sind durch die Erfahrungen der westeuropäischen Parteien nach dem IV. Weltkongreß vollumfänglich bestätigt worden. Die konkreten Kampferfahrungen in Westeuropa haben die Sektionen der Komintern gelehrt, daß die bol-

¹ W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 975, 976, 977.

schewistischen Organisationsprinzipien auch für die westeuropäischen Bruderparteien volle Gültigkeit haben. Die Arbeiterkämpfe in Deutschland, in der Tschechoslowakei, in Frankreich, in Italien usw. haben die kommunistischen Parteien einen mehr oder weniger großen Teil der russischen Organisationserfahrungen verstehen gelehrt.

Die Organisationserfahrungen werden durch die politischen Erfahrungen der Parteien bedingt. Im allgemeinen lassen sich vier Entwicklungsstadien in der Geschichte der kommunistischen Parteien mehr oder weniger klar feststellen.

Im ersten Stadium entfaltet die Kommunistische Partei das Banner des Kommunismus und propagiert die kommunistischen Prinzipien. Diese Propaganda führt sie mit den überlieferten Organisationsmethoden durch.

Im zweiten Stadium entwickelt sich die Partei zur Massenpartei. Die Mitgliederzahl nimmt wesentlich zu, ein immer breiter werdender Kreis von Sympathisierenden umgibt die Organisationen. Die Organisationsarbeit wird mehr und mehr systematisiert und die Partei straffer zentralistisch aufgebaut. Die politische Arbeit in den Betrieben wird verstärkt.

Im dritten Stadium entwickelt sich die Partei auf Grund konkreter Kampferfahrungen mehr und mehr zur Aktionspartei, die versteht, Kämpfe zu organisieren und breite Arbeitermassen im Kampf zu führen. Erst in dieser Periode wird die Organisationsarbeit systematisch und bewußt unter dem Gesichtswinkel der Organisierung der Arbeiterkämpfe geführt. Die Partei lernt alle Mittel des proletarischen Klassenkampfes anzuwenden und die politischen, organisatorischen und militärischen Maßnahmen zu koordinieren. Die Betriebszellen werden zur Grundlage der Parteiorganisation. Die Partei wird fähig, nicht nur die Propagierung, sondern auch die Organisierung der politischen Arbeiterräte durchzuführen.

Im vierten Stadium führt die Kommunistische Partei die proletarischen Massen zur Eroberung der politischen Macht. Die siegreiche Kommunistische Partei ist der eiserne Kern des proletarischen Staates.

In der Zeit zwischen dem IV. und V. Kongreß der Komintern ist insbesondere in Deutschland die Organisationsfrage als wich-

tige politische Frage aufgerollt worden. Der Ruhrkampf, der Auguststreik und die anderen proletarischen Massenkämpfe haben der Partei die Notwendigkeit der Umstellung auf Betriebszellen diktiert. Im Interesse der Aktionsfähigkeit der Partei wurde der Kampf gegen die sozialdemokratische Organisations-tradition innerhalb der KPD geführt. Besonders eindringlich hat die Oktoberniederlage den Parteigenossen die Notwendigkeit der organisatorischen Umstellung eingehämmert. Ohne Umstellung auf Betriebszellen keine kampffähigen proletarischen Hundertschaften und aktionsfähigen politischen Arbeiterräte. Zugleich lehrte der Oktober den innigen Zusammenhang zwischen organisatorischen und taktischen Fragen. Wo keine aktiven Betriebszellen bestehen, wo die Betriebszellen nicht die Grundlage der Partei bilden, muß die Anwendung der Einheitsfronttaktik notwendig opportunistische Abweichungen zeitigen. Einheitsfront von unten heißt vor allem Einheitsfront in den Betrieben, heißt Aufbau kommunistischer Betriebszellen.

Ähnliche organisatorische Lehren sind aus den Kampferfahrungen der anderen westeuropäischen Sektionen der Komintern zu ziehen.

Der V. Kongreß der Komintern muß auf Grund dieser Kampferfahrungen an dem Organisationsaufbau und den Organisationsmethoden der einzelnen Sektionen der Komintern rücksichtslos Kritik üben. Schärfster Kampf gegen die sozialdemokratischen Organisationstraditionen! Es gilt, die Kampferfahrungen des Vorjahres auszuwerten und in Verbindung damit prinzipiell klar die politische Begründung für die organisatorische Umstellung herauszuarbeiten. Die Januar-Richtlinien der Exekutive, welche in präziser Weise den kommunistischen Organisationsaufbau aufzeichnen, müssen in Hinsicht auf die Umstellung der gesamten Parteiarbeit ergänzt werden. Zur ersten Vorbereitung der Arbeiterkämpfe gilt es, besonders auf Grund der russischen Erfahrungen, die Fragen der Organisationsstrategie zu erörtern.

In Verbindung mit der positiven Besprechung der Betriebszellenarbeit müssen auch jene Gefahren beachtet werden, wie sie zum Beispiel in der Gleichstellung von Betriebszelle und Betriebsorganisation in Erscheinung treten. Bei Besprechung aller Gefah-

ren muß jedoch immer wieder auf die größte Gefahr hingewiesen werden, auf die sozialdemokratische Wohngebietstradition. Das bedeutet keineswegs die Liquidierung der Arbeit in den Wohngebieten. Die Straßenzellen bleiben nicht nur bestehen, sondern werden ausgebaut, aber sie bilden nicht mehr wie bisher die Grundlage der Organisation.

Die Schwierigkeiten der Umstellung auf Betriebszellen sind in allen Sektionen ganz gewaltig. Arbeitslosigkeit, „Säuberung“ der Betriebe usw. werden die Arbeit wesentlich hemmen. Oftmals werden die Gegner unsere Zellen zertrümmern, und wir werden sie immer wieder aufbauen müssen. Die Schwierigkeiten müssen überwunden werden, denn es sind nur die Schwierigkeiten der Vorbereitung der Revolution. Sie zu überwinden, ist die Aufgabe der kommunistischen Parteien.

In Verbindung mit dem Aufbau der Betriebszellen ist es von großer politischer Bedeutung, die Betriebszellen wichtiger Großbetriebe international zu verbinden. Zum Beispiel würden in Verbindung treten die Betriebszellen von Krupp im Rheinland und Schneider-Creuzot in Frankreich, die Betriebszelle AEG Berlin und eine Moskauer Betriebszelle, die Betriebszelle der Vulkan-Werft Hamburg und eine Leningrader Betriebszelle. Ebenso müßte die Gesamtzellenleitung der Thyssen-Schächte mit Betriebszellen im französischen Bergbau die Erfahrungen austauschen. Besonders die gegenwärtigen Wirtschaftskämpfe lehren die Zweckmäßigkeit dieser internationalen Verbindungen.

Wenn jede Sektion für diese internationalen Kampagnen ein konkretes Arbeitsprogramm, angepaßt an die besonderen Verhältnisse des Landes, festlegt und alle Parteikräfte für die Durchführung mobilisiert, so werden diese Kampagnen wesentlich dazu beitragen, die Sektionen der Komintern organisatorisch zu festigen.

Die Durchführung der bolschewistischen Organisationsprinzipien in den westeuropäischen Parteien erfordert eine systematische Kontrolle der Arbeit durch die Organe der Komintern. Die Januar-Beschlüsse der Exekutive über die organisatorischen Aufgaben der KPD waren der erste Schritt zur systematischen Beeinflussung der Organisationsarbeit der Sektionen. Die Vertreter mancher Sektionen werden möglicherweise demgegenüber auf

die „besonderen Verhältnisse“ ihres Landes hinweisen und hinter diesen Worten ihre Schwächen zu verstecken versuchen.

Auch in Deutschland hörten wir diese Worte von den „in Westeuropa undurchführbaren“ russischen Organisationsprinzipien. Die Praxis hat das Gegenteil bewiesen. Deshalb muß der V. Kongreß insofern einen Wendepunkt in der Organisationsarbeit der Kommunistischen Internationale darstellen, als die Komintern versucht, als internationale Kommunistische Partei die organisatorische Entwicklung der einzelnen Sektionen, vor allem auf Grund der Organisationserfahrungen der russischen Partei, bewußt zu beeinflussen.

Zur Förderung dieser Organisationsarbeit ist es notwendig, international die Erfahrungen auszutauschen. Das kann geschehen, indem entweder eine besondere Rubrik über Organisationsfragen in der „Kommunistischen Internationale“ eingerichtet oder eine besondere organisatorische Zeitschrift geschaffen wird. Außerdem würde es sich empfehlen, in Moskau Organisationskurse abzuhalten, an denen Delegierte der Sektionen der Komintern teilnehmen.

Indem der V. Kongreß die Fragen der Organisierung der Revolution nicht nur als politische, sondern auch als hervorragend organisatorische Aufgabe behandelt, wird er den Weg zur Steigerung der Aktionsfähigkeit der internationalen Kommunistischen Partei zeigen.

*„Der Parteiarbeiter“ Nr. 10/11,
Juni 1924.*

Parteiarbeit ist Parteipflicht

Bei den Auseinandersetzungen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands im Jahre 1903 hat *Lenin* mit allem Nachdruck dafür gekämpft, daß nur derjenige Parteimitglied sein kann, der einer unteren Parteiorganisation angehört und dort Parteiarbeit leistet.

Lenin sagte auf dem II. Parteitag der SDAPR im Jahre 1903 darüber folgendes:

„Wenn ein Arbeiter Mitglied der Partei sein will, so muß er in diese oder jene Zelle eintreten und in dieser oder jener Parteiorganisation arbeiten — für den Arbeiter liegt nichts Schreckliches darin. Bei Einhaltung dieser Bedingung werden wir wissen, aus wem die Partei besteht, wir werden nicht eine lockere Parteimasse, nicht ein Brei, sondern eine Organisation aus einem Guß haben, die sich aus wahren Proletariern zusammensetzt.“

Jeder Genosse muß sich bewußt werden, daß Bolschewisierung der Kommunistischen Partei auch bedeutet: Schaffung einer bolschewistischen Arbeitsdisziplin, Arbeitszuteilung durch die zuständigen Parteileitungen an jedes Parteimitglied und strengste Kontrolle der Durchführung der Parteibeschlüsse. Auf Grund der Zellenberichte aus den wichtigsten Sektionen der Kommunistischen Internationale konnten wir feststellen, daß die Aktivität der Parteimitglieder in den Zellen zwischen 5 und 60 Prozent schwankt. In der Regel sind ungefähr 20 Prozent der Zellenmitglieder aktiv. Dort, wo die Zellenleitung energisch dazu übergegangen ist, den einzelnen Parteigenossen entsprechend ihren Fähigkeiten systematisch Parteiarbeit zuzuteilen, dort ist die Aktivität der Zellenmitglieder am höchsten. Charakteristisch dafür ist folgender Bericht eines Betriebszellenobmannes:

„Die Arbeit der Betriebszelle kam bisher nicht richtig in Fluß, weil die Zellenleitung die Arbeit nicht auf sämtliche Zellenmitglieder verteilte. Das ist aber das Wichtigste. Nach Neuwahl der Zellenleitung wurde das anders. Es finden jetzt regelmäßig Zellenversammlungen statt. Sämt-

liche Mitglieder der Betriebszelle werden persönlich eingeladen und müssen sich unterschriftlich verpflichten, zur Zellenversammlung zu erscheinen. In der letzten Zellenversammlung sprach zum Beispiel ein Mitglied der Bezirksleitung der Partei über die politische Lage und über die nächsten Aufgaben. Von den 90 Zellenmitgliedern waren 81 anwesend, 7 fehlten entschuldigt, 2 unentschuldigt. In der Betriebszellenversammlung wurde direkt von der Leitung jedem Mitglied seine Arbeit zugeteilt. Aufgabe des Zellenobmannes ist es, die Arbeit zu organisieren und die Durchführung zu kontrollieren. Täglich findet eine Besprechung mit den leitenden Funktionären der einzelnen Abteilungen statt, damit die Zellenleitung schnell und ausführlich über alle Vorgänge im Betrieb informiert ist."

Aus dem Beispiel geht hervor, daß die Betriebszelle solange nicht erfolgreich arbeiten konnte, solange nur die Zellenleitung die Parteiarbeit machte. Die Zellenleitung unterließ die systematische Erziehung der Parteimitglieder und glaubte, daß die beste Zellenleitung die ist, die die Arbeit selbst ausführt. Eine solche falsche Einstellung der Parteileitung, die oft der Ausdruck der Passivität der Leitungsmitglieder ist, ist ein wesentliches Hindernis für die Heranziehung aller Parteimitglieder zur Arbeit. Die Parteileitungen sollen die Arbeit organisieren und jedem Parteimitglied Arbeit zuteilen, weil es nur dadurch möglich ist, die vielseitigen Aufgaben der Partei zu erfüllen.

Aus diesem Hinweis auf die Verbesserung der Arbeitsmethoden der Partei darf nicht der Schluß gezogen werden, nun durch ein langes Rundschreiben den Genossen abstrakte Direktiven zu geben, sondern es ist notwendig, in Verbindung mit den politischen Aufgaben der Partei jedem Parteimitglied bestimmte Aufgaben zuzuteilen und die Durchführung regelmäßig zu kontrollieren. Je einfacher und klarer die Anweisungen sind, die dem einzelnen Mitglied gegeben werden, je mehr die Parteileitungen den Genossen zeigen, wie die Aufgaben erfüllt werden sollen, und je regelmäßiger und exakter die Kontrolle der Durchführung geschieht, um so eher wird es gelingen, die Aktivität der Betriebszellen zu steigern.

*„Internationale Pressekorrespondenz“ Nr. 130,
11. September 1925.*

Zur Frage des demokratischen Zentralismus

„Die Durchführung einer lebendigen Verbindung der Parteiführung mit der Mitgliedschaft erfordert die Beseitigung des Überzentralismus; die Heranziehung neuer Kräfte nicht nur für die Zentrale, sondern für alle leitenden Organe der Partei, besonders auch für die Bezirksleitungen; die Garantie der kollektiven Arbeit der gesamten Mitgliedschaft und die engste Zusammenarbeit mit der Komintern.“

(Aus dem Brief des EKKI an die KPD.)

Der demokratische Zentralismus ist das wichtigste Prinzip im Organisationsaufbau und in den Organisationsmethoden der Sektionen der Kommunistischen Internationale. Die Form der konkreten Anwendung dieses Grundsatzes hängt von den jeweiligen Verhältnissen ab, unter denen die Kommunistische Partei arbeitet. In legaler Zeit wird die Partei zum Beispiel in vollem Ausmaß die Wahl der Parteileitungen durch die Gesamtmithliedschaft beziehungsweise durch Delegiertenkonferenzen und auf dem Parteitag durchführen, während unter halblegalen oder illegalen Verhältnissen oft die Leitungsmithlieder kooptiert und die regelmäßigen Rechenschaftsberichte der Parteileitungen an die Mithglieder eingeschränkt werden müssen. Die Kontrolle der Leitungen von unten, durch die Mitgliedschaft, erfährt in diesen Zeiten eine gewisse Einschränkung.

Parteileitungen und Parteimitglieder

Die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei ist eine freiwillige. Durch die Erwerbung der Mitgliedschaft verpflichtet sich jeder Genosse zur disziplinierten Parteiarbeit entsprechend dem Programm und den sonstigen Parteibeschlüssen sowie selbstverständlich den Beschlüssen der Komintern. Ebenso wie jedes Parteimitglied zur Parteiarbeit verpflichtet ist, hat jedes Mitglied die gleichen Rechte in der Partei. *Die Basis für die Durchführung*

der wirklichen innerparteilichen Demokratie ist die Pflicht jedes Mitgliedes zur Parteiarbeit. Die disziplinierte Durchführung der Beschlüsse durch jeden Genossen macht die direkte oder indirekte Beteiligung an der Beschlußfassung notwendig. Deshalb sollen die Parteileitungen in den allgemeinen Mitgliederversammlungen oder in den Delegiertenkonferenzen die politischen, organisatorischen und taktischen Fragen mit den Mitgliedern besprechen, Rechenschaftsberichte über ihre Tätigkeit geben und die Beschlußfassung über die weiteren Aufgaben durchführen.

In diesen Versammlungen erfolgt auch die Wahl der Leitungen. Damit wirklich die breiten Massen der Parteimitgliedschaft an den Beratungen interessiert werden, ist die Tagesordnung der Konferenz vorher in den Zellenversammlungen zu beraten, und die Beschlüsse der Konferenz sind zwecks Besprechung der konkreten Durchführung wiederum in den Zellen zu behandeln. Das ist notwendig, um die gesamte Parteimitgliedschaft für die Durchführung der Beschlüsse mitverantwortlich zu machen, ebenso wie aus der Wahl der Leitungen von unten nach oben die Verpflichtung resultiert, die Direktiven der Leitungen in der Zeit bis zur nächsten Konferenz bedingungslos auszuführen. Diese innerparteiliche Demokratie ist aber nur dann von Nutzen für die Partei, wenn sie lebendig mit dem Zentralismus, mit der Führung von oben verbunden ist.

Nach der Beschlußfassung müssen alle Genossen, auch wenn sie als Minderheit einen abweichenden Standpunkt vertreten haben, diszipliniert den Beschluß durchführen. Der Parteimitgliedschaft muß die Möglichkeit gegeben sein, strittige Fragen bis zur Beschlußfassung zu diskutieren. Die *offene, sachliche, kameradschaftliche Selbstkritik*, die Meinungsäußerung breiter Kreise von Genossen vor der Beschlußfassung, diese Mitarbeit der Mitgliedschaft an der Herausarbeitung der richtigen Linie der Partei ist zugleich ein Mittel, die Genossen für die Durchführung der Beschlüsse zu interessieren. Genossen, die an der Vorbereitung der Beschlüsse teilgenommen haben, werden nicht nur aus Disziplin, sondern auch aus Überzeugung nach den Beschlüssen handeln. Weil alle Parteimitglieder Parteiarbeit leisten sollen, und weil wir nur mit Hilfe der Masse der Parteimitgliedschaft unseren Einfluß auf allen Gebieten ausüben können, darf also

nicht nur ein schmaler Kreis von Funktionären strittige Fragen besprechen, sondern in Zellen, in größeren Mitgliederversammlungen und auf den Delegiertenkonferenzen muß eine gründliche Aussprache stattfinden.

So angewandt, ist der demokratische Zentralismus in der Partei die Voraussetzung für die Einheit der Handlung der großen Masse der Parteimitglieder.

Reorganisation und demokratischer Zentralismus

Weil die Teilnahme aller Genossen an der Beratung, Beschlußfassung und Durchführung das wichtigste Element des demokratischen Zentralismus ist und weil die Zellenorganisation die geeignetste Form zur Erreichung dieses Zustandes bildet, deshalb ist die Anwendung des demokratischen Zentralismus wesentlich von der Durchführung der Reorganisation abhängig. Der Umbau auf die Basis der Betriebszellen ist die wichtigste Voraussetzung für die Schaffung und richtige Durchführung des Delegierten-systems.

Über diese Frage schrieb *Lenin* einen ausführlichen Aufsatz, betitelt: „Sozialdemokratie und Dumawahlen“, dessen Inhalt auch heute noch Gültigkeit hat:

„Die SDAPR ist demokratisch organisiert. Das bedeutet, daß alle Parteiangelegenheiten — unmittelbar oder durch Vertreter — von allen Parteimitgliedern ohne Ausnahme auf Grund gleicher Rechte verwaltet werden; wobei alle Beauftragten, alle führenden Kollegien, alle Parteikörperschaften wählbar, verantwortlich und absetzbar sind... Da es unmöglich ist, sämtliche Parteimitglieder (ungefähr 6000) auf einer Versammlung zusammenzubringen, bildet die *Vertreterkonferenz* der Organisation die oberste Körperschaft der Petersburger Organisation. . . Es ist erforderlich, daß *sämtliche* Mitglieder der Organisation bei der Wahl ihrer Vertreter *selbständig und jeder für sich* zu der Streitfrage Stellung nehmen, die die gesamte Organisation interessiert. Demokratisch organisierte Parteien und Verbände können grundsätzlich nicht auf eine solche Befragung ausnahmslos aller Mitglieder verzichten — zumindest nicht in den wichtigsten Fällen, und besonders dann nicht, wenn es sich um eine politische Aktion handelt, bei der die *Masse* selbständig auf den Plan tritt, z. B. bei einem Streik, bei dem Boykott irgendeiner wichtigen örtlichen Körperschaft usw... Streiks können

nicht einmütig, Wahlen nicht zielbewußt durchgeführt werden, wenn nicht *jeder einzelne Arbeiter* voll bewußt und freiwillig für sich die Frage entschieden hat: Streiken oder nicht?... Aus diesem Grunde hatte das Petersburger Komitee beschlossen, daß die Delegierten zur Konferenz unbedingt erst gewählt werden sollten, *nachdem* die Parteimitglieder die Frage erörtert hätten... nachdem sämtliche Parteimitglieder über diese Frage abgestimmt hätten.“¹

In einem anderen Artikel, der sich mit derselben Frage beschäftigt, schreibt *Lenin*:

„Die Petersburger Konferenz versammelt sich nicht seltener als zweimal monatlich und ist das oberste Organ der Organisation. Sie wird alle sechs Monate neu gewählt.“

Diese Erfahrungen, wie sie *Lenin* bereits im Jahre 1907 formulierte, sind noch nicht Gemeingut unserer Partei. Bisher gab es in der KPD, ähnlich wie in der SPD, zwei Kategorien von Mitgliedern: Funktionäre und einfache Mitglieder. Die Beratungen und die Beschlußfassung über die Parteifragen geschahen bis zur jetzigen Parteidiskussion vorwiegend in den Funktionärversammlungen. Dort waren die Mitglieder der Parteileitung, die Unterkassierer, Gewerkschaftsfraktionsfunktionäre, Zeitungsobleute, Funktionäre der verschiedenen kommunistischen Fraktionen und andere anwesend. Diese Funktionärversammlungen gaben kein wahres Bild der Auffassung der Mitgliedschaft. Abgesehen davon, daß bei Ausstellung der Funktionärkarten Willkürlichkeiten vorkommen können, ist entscheidend, daß diese Genossen nicht als Beauftragte einer unteren Parteiorganisation beraten und stimmen. Die Gewerkschaftsfraktionsfunktionäre, Zeitungsobleute usw. sind doch nicht Vertreter einer unteren Organisation. Sie haben weder vorher mit den Mitgliedern der unteren Organisation beraten, noch sind sie zur Rechenschaftslegung verpflichtet.

Es kommt hinzu, daß oft kleinbürgerliche Elemente, die mehr Zeit zur Verfügung haben als die Betriebsarbeiter und die oft auch über ein gutes Mundwerk verfügen, nicht nur die Funktionen übernehmen, sondern auch im Namen der Parteimitglieder in den Funktionärversammlungen stimmen, obwohl sie gar nicht die Auffassung der Betriebsarbeiter vertreten. Diese Zustände

¹ W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. X, Wien/Berlin 1930, S. 341.

werden durch die Delegationen der Zellen verhindert. Die alten Funktionärversammlungen bilden einen Herd von Abweichungen von der Linie der Partei. Es war interessant, daß während der Parteikrise in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei die bisherigen Funktionärversammlungen sich auf den Standpunkt der Rechten stellten, während die Delegiertenversammlungen, in denen den Betriebszellen der entscheidende Einfluß gesichert war, im Sinne der Linie der Komintern beschlossen. In Wien war ebenfalls die allgemeine Funktionärversammlung die Heimstätte des verranntesten Fraktionismus, während in der Delegiertenversammlung, die mehr die wirkliche Stimmung der Parteimitglieder zum Ausdruck brachte, viel leichter ein Weg zur Liquidierung des Fraktionskampfes gefunden werden konnte.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in Berlin. Bereits vor ein- einhalb Jahren wies die Orgabteilung des EKKI darauf hin, daß der sogenannte Funktionärkörper in Berlin eine Gefahr für die Entwicklung der Partei ist. Der Vorschlag auf Schaffung einer Delegiertenversammlung sollte die Möglichkeit geben, vor allem die Parteimitglieder aus den Betrieben durch die Zellen mehr als bisher zur Beratung und Beschlußfassung heranzuziehen. Die Durchführung der Delegiertenversammlung wäre ein Teil der organisatorischen Seite der Normalisierung der Berliner Parteiorganisation gewesen. Die Genossen lehnten kategorisch den Vorschlag ab, sie betrachteten die Frage als fraktionelle Machtfrage. Damit gaben sie aber selbst der Tatsache Ausdruck, daß sie nur scheinbar eine absolut feste Position innehatten, denn eine Parteileitung, die wirklich in den Massen der Parteimitglieder verwurzelt ist, würde das Delegiertensystem nicht ablehnen, sondern es als ein Mittel zum Ausbau einer innigeren Verbindung zwischen den unteren Organisationen und der Bezirksleitung Berlin begrüßen.

Aber die Durchführung der innerparteilichen Demokratie bedeutet nicht Verwirklichung eines formellen Demokratismus.

Wir sagen ganz offen, daß die Art der Durchführung der innerparteilichen Demokratie entsprechend der sozialen Zusammensetzung der Partei geschehen muß. Wenn nur ein Fünftel Betriebsarbeiter der Organisation angehören, so muß ihnen trotzdem der stärkste Einfluß gesichert werden, weil diese Ar-

nicht einmütig, Wahlen nicht zielbewußt durchgeführt werden, wenn nicht *jeder einzelne Arbeiter* voll bewußt und freiwillig für sich die Frage entschieden hat: Streiken oder nicht?... Aus diesem Grunde hatte das Petersburger Komitee beschlossen, daß die Delegierten zur Konferenz unbedingt erst gewählt werden sollten, *nachdem* die Parteimitglieder die Frage erörtert hätten... nachdem sämtliche Parteimitglieder über diese Frage abgestimmt hätten."¹

In einem anderen Artikel, der sich mit derselben Frage beschäftigt, schreibt *Lenin*:

„Die Petersburger Konferenz versammelt sich nicht seltener als zweimal monatlich und ist das oberste Organ der Organisation. Sie wird alle sechs Monate neu gewählt.“

Diese Erfahrungen, wie sie Lenin bereits im Jahre 1907 formulierte, sind noch nicht Gemeingut unserer Partei. Bisher gab es in der KPD, ähnlich wie in der SPD, zwei Kategorien von Mitgliedern: Funktionäre und einfache Mitglieder. Die Beratungen und die Beschlußfassung über die Parteifragen geschahen bis zur jetzigen Parteidiskussion vorwiegend in den Funktionärversammlungen. Dort waren die Mitglieder der Parteileitung, die Unterkassierer, Gewerkschaftsfraktionsfunktionäre, Zeitungsobleute, Funktionäre der verschiedenen kommunistischen Fraktionen und andere anwesend. Diese Funktionärversammlungen gaben kein wahres Bild der Auffassung der Mitgliedschaft. Abgesehen davon, daß bei Ausstellung der Funktionärkarten Willkürlichkeiten vorkommen können, ist entscheidend, daß diese Genossen nicht als Beauftragte einer unteren Parteiorganisation beraten und stimmen. Die Gewerkschaftsfraktionsfunktionäre, Zeitungsobleute usw. sind doch nicht Vertreter einer unteren Organisation. Sie haben weder vorher mit den Mitgliedern der unteren Organisation beraten, noch sind sie zur Rechenschaftslegung verpflichtet.

Es kommt hinzu, daß oft kleinbürgerliche Elemente, die mehr Zeit zur Verfügung haben als die Betriebsarbeiter und die oft auch über ein gutes Mundwerk verfügen, nicht nur die Funktionen übernehmen, sondern auch im Namen der Parteimitglieder in den Funktionärversammlungen stimmen, obwohl sie gar nicht die Auffassung der Betriebsarbeiter vertreten. Diese Zustände

¹ W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. X, Wien/Berlin 1930, S. 341.

werden durch die Delegationen der Zellen verhindert. Die alten Funktionärversammlungen bilden einen Herd von Abweichungen von der Linie der Partei. Es war interessant, daß während der Parteikrise in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei die bisherigen Funktionärversammlungen sich auf den Standpunkt der Rechten stellten, während die Delegiertenversammlungen, in denen den Betriebszellen der entscheidende Einfluß gesichert war, im Sinne der Linie der Komintern beschlossen. In Wien war ebenfalls die allgemeine Funktionärversammlung die Heimstätte des verrantesten Fraktionismus, während in der Delegiertenversammlung, die mehr die wirkliche Stimmung der Parteimitglieder zum Ausdruck brachte, viel leichter ein Weg zur Liquidierung des Fraktionskampfes gefunden werden konnte.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in Berlin. Bereits vor einhalb Jahren wies die Orgabteilung des EKKI darauf hin, daß der sogenannte Funktionärkörper in Berlin eine Gefahr für die Entwicklung der Partei ist. Der Vorschlag auf Schaffung einer Delegiertenversammlung sollte die Möglichkeit geben, vor allem die Parteimitglieder aus den Betrieben durch die Zellen mehr als bisher zur Beratung und Beschlußfassung heranzuziehen. Die Durchführung der Delegiertenversammlung wäre ein Teil der organisatorischen Seite der Normalisierung der Berliner Parteiorganisation gewesen. Die Genossen lehnten kategorisch den Vorschlag ab, sie betrachteten die Frage als fraktionelle Machtfrage. Damit gaben sie aber selbst der Tatsache Ausdruck, daß sie nur scheinbar eine absolut feste Position innehatten, denn eine Parteileitung, die wirklich in den Massen der Parteimitglieder verwurzelt ist, würde das Delegiertensystem nicht ablehnen, sondern es als ein Mittel zum Ausbau einer innigeren Verbindung zwischen den unteren Organisationen und der Bezirksleitung Berlin begrüßen.

Aber die Durchführung der innerparteilichen Demokratie bedeutet nicht Verwirklichung eines formellen Demokratismus.

Wir sagen ganz offen, daß die Art der Durchführung der innerparteilichen Demokratie entsprechend der sozialen Zusammensetzung der Partei geschehen muß. Wenn nur ein Fünftel Betriebsarbeiter der Organisation angehören, so muß ihnen trotzdem der stärkste Einfluß gesichert werden, weil diese Ar-

beiter in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen den Ausschlag geben, denn sie sind direkt mit der Masse der entscheidenden Schichten des Proletariats verbunden. Auch bei Festsetzung des Wahlmodus für die Delegiertenversammlung in industriellen Städten müssen wir die Betriebszellen bevorzugen, die mit den größten Arbeitermassen in direkter Verbindung stehen.

Die bisherigen Erfahrungen bei der Führung des innerpolitischen Kurses durch die führende Gruppe des Zentralkomitees haben zweifellos dazu beigetragen, der Parteimitgliedschaft die Notwendigkeit der Anwendung des demokratischen Zentralismus in der Kommunistischen Partei verständlich zu machen. *Ebenso wie die politische Abweichung, so hat sich auch die organisatorische Abweichung von den Beschlüssen des III. Kongresses verhängnisvoll auf die Entwicklung der Partei ausgewirkt.* Es gilt nunmehr, den demokratischen Zentralismus im Sinne jenes Beschlusses des III. Weltkongresses anzuwenden, der unter Mitwirkung des Genossen Lenin ausgearbeitet wurde.

*„Die Internationale“, Heft 12,
15. Dezember 1925.*

Für den Achtstundentag!

Rede im Sächsischen Landtag

16. Dezember 1926

Die Kommunistische Landtagsfraktion hat den Antrag eingebracht, daß der Achtstundentag als Maximalarbeitstag eingeführt und seine Überschreitung bestraft wird und daß die sächsische Regierung außer der Einwirkung auf die Reichsgesetzgebung auf dem Verordnungswege den Achtstundentag einführen soll. In der gegenwärtigen Periode der kapitalistischen Rationalisierung ist die Frage des Kampfes um die Arbeitszeit infolge der verschärften Ausbeutung neu hervorgetreten. Durch die kapitalistische Rationalisierung sollen durch Herauspressung der größten Leistungen aus einer verminderten Arbeiterzahl die Profite der deutschen Bourgeoisie erhöht werden. Die Versprechungen, daß sich in Verbindung mit der Mehrarbeit auch auf jeden Fall der Lohn erhöhen würde, sind natürlich nicht gehalten worden. Das ließe sich mit dem Zweck der Rationalisierung auch gar nicht vereinbaren.

Die sozialdemokratische Fraktion redet von der kapitalistischen Rationalisierung als Voraussetzung für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und hat die Illusion, daß die Kapitalisten die Rationalisierung im Interesse der Verbesserung der Lebensbedingungen der deutschen Arbeiter durchführen. Die bisherigen Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß auch dadurch keine Erweiterung des Marktes erreicht werden konnte.

Die Frage der kapitalistischen Rationalisierung wurde andererseits vom Bürgertum und von der Sozialdemokratie als eine Frage des technischen Fortschritts gestellt, wobei uns vorgeworfen wurde, wir kämpften gegen den technischen Fortschritt. Tatsache ist, daß die kapitalistische Rationalisierung in den meisten Betrieben ohne wesentliche technische Verbesserungen durchgeführt wird, daß ungefähr 20 Prozent der Erhöhung der Leistungsfähigkeit auf technische Verbesserungen zurückzuführen sind, während 80 Prozent auf Steigerung der Intensität der Aus-

beutung kommen. Ich könnte dafür viele Beispiele bringen, will aber nur an die in letzter Zeit stark erfolgten Nervenerkrankungen von Textilarbeiterinnen hinweisen, die durch übermäßige Anforderungen hervorgerufen sind. Die Steigerung der Ausbeutung geht so weit, daß man dem Arbeiter nicht einmal mehr die Möglichkeit läßt, seine Notdurft zu verrichten. All das gibt der Arbeiterschaft Anlaß, den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung mit allen Mitteln zu führen.

In Verbindung mit der Steigerung der Intensität der Ausbeutung steht die Tatsache, daß die Löhne keineswegs gestiegen sind. Unter diesen Verhältnissen ist die Frage des Kampfes um den Achtstundentag und die 42-Stunden-Woche die wichtigste Aufgabe der Arbeiterklasse. SPD und Gewerkschaften haben sich leider gegen diese Forderung gestellt. Sie treten für den kapitalistischen Wirtschaftsaufbau ein, weil sie glauben, mit der Stärkung der kapitalistischen Wirtschaft irgendwelche Konzessionen für die Arbeiterklasse erschleichen zu können. Um so erfreulicher ist es, daß jetzt auf dem Kongreß der Werktätigen nicht nur kommunistische Arbeiter, sondern auch parteilose, sozialdemokratische und christliche Arbeiter für die Forderungen eingetreten sind, die wir bereits während der Kriegszeit und 1918 aufgestellt haben.

Die Sozialdemokratie wird auf ihre Forderung eines Arbeitszeitnotgesetzes zur Verkürzung der Arbeitszeit hinweisen. In der sogenannten Berliner Notverordnung ist die Rede davon, daß die Maximalarbeitszeit nicht mehr als 10 Stunden betragen dürfe. Dieses Beispiel der Verhandlungslinie sozialdemokratischer Führer zeigt bereits, daß es bei ihnen nicht um den Achtstundentag geht. Wir sind gegen das Notgesetz der Sozialdemokratie und auch gegen das Arbeiterschutzgesetz, wie es von der Reichsregierung vorgelegt wird. Wir fordern, daß der Maximalarbeitstag von 8 Stunden und darüber hinaus die 42-Stunden-Woche erkämpft wird.

In der gegenwärtigen Situation muß es die Hauptaufgabe sein, die Arbeitslosen in den Produktionsprozeß hereinzubekommen. Das fordert die Erhöhung der Löhne, die Verkürzung der Arbeitszeit und eine längere Arbeitspause. Die Sozialdemokratische Partei versucht durch die Einreichung ihres Notgesetzes im

Reichstag die Verhandlungen um Ministersitze zu verschleiern. Sie versucht scheinbar, für die Arbeiter erhebliche Konzessionen herauszuholen, um in Wirklichkeit in die Große Koalition zu kommen. In Dresden haben die Vertreter der deutschen Großindustrie Duisberg und Silverberg den Kampf gegen die verkürzte Arbeitszeit proklamiert, und die sozialdemokratischen Führer haben geantwortet: Wir sind bereit, in die Koalition zu gehen. Wir sind uns bewußt, daß hier im Parlament nicht über die Durchführung des Achtsturentages Beschluß gefaßt wird, und wenn er gefaßt wird, dann werden die deutschen Großindustriellen diesen Beschluß des sächsischen Parlaments bestimmt nicht durchführen.

Deshalb haben wir vor einigen Tagen an die Sozialdemokratische Partei die Aufforderung gerichtet, in ganz Sachsen gemeinsam mit uns außerparlamentarisch durch Massenkundgebungen die breiten Massen zu mobilisieren. Wenn sie es ernst meint mit dem Kampf um den Achtsturentag, dann muß sie dieser Aufforderung nachkommen.

*Verhandlungen des Sächsischen Landtages,
3. Wahlperiode, 1926/27,
5. Sitzung, S. 99/100.*

Der Reichswirtschaftsrat — ein Organ der Großindustriellen

Rede im Sächsischen Landtag

29. März 1927

Die Ausführungen des Vertreters des Verbandes der Sächsischen Industriellen zum Gesetzentwurf über den Reichswirtschaftsrat zeigen, daß die sächsischen Großindustriellen im Grunde sehr wenig an der bisherigen Tätigkeit und Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates auszusetzen haben. Da die Vertreter der sächsischen Industriellen sich zu der bisherigen Arbeit des Reichswirtschaftsrates nicht näher geäußert haben und im Organ der sächsischen Industriellen keinerlei kritische Note zu finden ist, so zeigt das mit aller Deutlichkeit, welche Interessen durch den Reichswirtschaftsrat vertreten werden.

Die bisherige Arbeit des Reichswirtschaftsrates bezog sich auf die Durchführung von Untersuchungen, Begutachtungen sowie Unterstützung der Reichsregierung bei der Durchführung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Maßnahmen. Diese Aufgabe hat der Reichswirtschaftsrat allerdings in ausreichendem Maße erfüllt. Er hat alle arbeiterfeindlichen Maßnahmen, insbesondere die Politik der Regierungen Luther und Cuno mit allen Mitteln gefördert. Ich erinnere daran, daß der Reichswirtschaftsrat zu den Fragen der Lohnpolitik und der Schlichtungsordnung im Interesse der Unternehmer Stellung genommen hat, daß er auch zu dem bekannten Preisabbauschwindel Vorschläge gemacht hat, mit dem versucht wurde, die Arbeiter von Lohnkämpfen abzuhalten, und durch den statt einer Herabsetzung der Preise die Erhöhung der Preise für Lebensmittel und auch für Industrieprodukte eintrat.

Ich erinnere daran, daß dieser Reichswirtschaftsrat zu den berühmten Arbeitszeitgesetzentwürfen Stellung genommen hat, die eine Verlängerung der Arbeitszeit bedeuteten. In dem Bericht des Reichswirtschaftsrates wird weiterhin besonders unterstrichen, daß er sich um die Vorsorge für die kommende Arbeits-

losigkeit bemüht habe. Nun, die Arbeitslosen, die hier auf der Tribüne anwesend sind, und jene draußen, die nicht nur seit Monaten, sondern zum Teil seit Jahren arbeitslos sind, wissen, wie diese Vorsorge des Reichswirtschaftsrates für die Erwerbslosen ausgesehen hat. Die Erwerbslosigkeit hat sich nicht nur nicht vermindert, sondern in der Periode der Tätigkeit des Reichswirtschaftsrates zugenommen.

Diese Stellungnahme des Reichswirtschaftsrates zu den einzelnen wichtigen Fragen, die besonders die Arbeiterschaft angehen, werden am besten durch jene Veröffentlichungen charakterisiert, die wir in dem „Bericht über die Tätigkeit des vorläufigen Reichswirtschaftsrates“ nachlesen können. Ich beschränke mich darauf, Auszüge aus den Resolutionen wiederzugeben, die einstimmig vom Reichswirtschaftsrat angenommen wurden, also Entschlüsse, die von allen Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates — von den Deutschnationalen bis zu den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern — akzeptiert wurden. Aus dem offiziellen Bericht geht hervor, daß in der Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses unter Drucksache Nr. 292 in der Entschlußung über die Lage der deutschen Wirtschaft im Jahre 1920 folgendes gesagt wird:

„Der tiefe Ernst der gegenwärtigen Lage macht es nach Ansicht des Ausschusses erforderlich, daß sich über alle politischen und wirtschaftlichen Meinungsverschiedenheiten hinweg alle Stände und Klassen des deutschen Volkes zu einer Schicksalsgemeinschaft vereinigen, die in allen Schichten der Bevölkerung jene entsagungsvolle Opferwilligkeit erweckt und fördert, die eine unerläßliche Vorbedingung für die erfolgreiche Bekämpfung der schweren Nöte der Gegenwart ist.“

Diese einstimmig angenommene Entschlußung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses zeigt, daß der Reichswirtschaftsrat entsprechend der Direktive der deutschen Großindustriellen seine Rolle als Interessenvertretung der Politik der Großindustriellen und als Mittel der Hemmung des proletarischen Klassenkampfes erfüllt hat. Und diese Entschlüsse sind, das muß man noch einmal unterstreichen, mit den Stimmen der Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer einstimmig angenommen worden.

Ich erinnere weiter daran, daß in den späteren Sitzungen des

Kohlenunterausschusses zur Frage der Verlängerung der Arbeitszeit Stellung genommen wurde. In dem genannten amtlichen Bericht wird gesagt, daß die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat insbesondere bei der Beratung der Frage der Arbeitszeit im Bergbau gezeigt haben, daß die Interessen von Unternehmern und Arbeitern sehr wohl überbrückbar sind. Das kommt in jener EntschlieÙung zum Ausdruck, die damals im Reichswirtschaftsrat einstimmig angenommen worden ist. In dieser EntschlieÙung hieß es:

„Der Kohlenausschuß erkennt aus den gegebenen Berichten über die Kohlenlage, daß die deutsche Wirtschaft durch die Opferwilligkeit der Beteiligten, die durch die Leistung von Oberschichten die Förderung steigerten, bisher vor dem vollständigen Zusammenbruch bewahrt worden ist. Er dankt ihnen für ihre Opferwilligkeit und bittet sie, hierin nicht nur nicht zu erlahmen, sondern die Leistungen nach Kräften noch zu erhöhen, damit unser Wirtschaftsleben auch in der nächsten Zeit mit ihren noch größeren Schwierigkeiten vor dem Ärgsten bewahrt bleibt.“

Diese EntschlieÙung, die einstimmig angenommen wurde, liegt in derselben Linie wie die damalige Zustimmung der reformistischen Gewerkschaftsführer zum Überstundenabkommen im Bergbau. Während die Arbeiter mehr leisten sollten, wurden zur damaligen Zeit den Ruhrindustriellen von der Reichsregierung Millionen und Milliarden in den Rachen geworfen, zur gleichen Zeit also, wo dieser schöne Reichswirtschaftsrat den Arbeitern dafür dankte, daß sie mehr leisten, daß sie Oberschichten verfahren, daß sie die deutsche kapitalistische Wirtschaft vor dem Zusammenbruch gerettet haben. Das ist die Politik des Reichswirtschaftsrates, die absolut in der Linie der alten Politik des Hauses Stinnes liegt.

Nicht nur das. In der Vollversammlung des sozialpolitischen Unterausschusses am 7. Februar 1923 wurde eine EntschlieÙung angenommen, in der gesagt wurde:

„Staat und Wirtschaft befinden sich in wachsender Gefahr. Dies erfordert nach wie vor gebieterisch die Zusammenfassung aller Kräfte zur geschlossenen Abwehr. Der Reichswirtschaftsrat billigt daher die Vorschläge seiner in der letzten Vollversammlung aus Arbeitgebervertretern und Arbeitnehmervertretern zur erneuten Prüfung des Entwurfs über die Arbeitszeit der Angestellten bestellten Zehnerkommission.“

Diese Zehnerkommission hat bekanntlich eine Arbeitszeit von 10 Stunden festgelegt und dachte gar nicht daran, entsprechend den Forderungen der Arbeiter eine kürzere Arbeitszeit zu bestimmen.

Diese kurzen Zitate aus den offiziellen Berichten des Reichswirtschaftsrates zeigen mit aller Deutlichkeit, daß der Reichswirtschaftsrat während seiner ganzen Tätigkeit die Interessen der deutschen Großindustriellen vertreten hat und daß es daher nicht verwunderlich ist, wenn der Vertreter der sächsischen Industrie keinen Anlaß hat, an der Tätigkeit dieses Reichswirtschaftsrates Kritik zu üben.

Zur Ergänzung will ich nur daran erinnern, daß dieser Reichswirtschaftsrat es war, der im Jahre 1925 zur Frage der Verlängerung der Arbeitszeit Stellung nahm, und daß diesem Reichswirtschaftsrat eine Denkschrift des Sozialdemokraten Kaliski vorlag, in der er erklärte, daß die deutsche Wirtschaft mit dem Achtstundentag nicht auskommt und vorschlug, daß der Achtstundentag mindestens auf fünf Jahre beseitigt werden müsse.

Im „Vorwärts“ vom 6. Januar 1927 wird in einem Artikel über die siebenjährige Tätigkeit des Reichswirtschaftsrates gesagt:

„Es hat sich gezeigt, daß die hier im Reichswirtschaftsrat geleistete Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern doch Frucht getragen hat.“

Ich frage Sie: Welche Früchte hat diese „Gemeinschaftsarbeit“ getragen? Ich habe aus offiziellen Dokumenten zitiert, daß der Reichswirtschaftsrat für die Verlängerung der Arbeitszeit im Interesse der Schlichtungspolitik der Großindustriellen und gegen die Interessen der Erwerbslosen Stellung genommen hat. Und da ist hier die Rede davon, daß der Reichswirtschaftsrat „Gemeinschaftsarbeit“ geleistet hat, die „gute Frucht“ getragen habe. Die Früchte sind so gut, daß die sächsischen Industriellen mit dieser Frucht vollkommen zufrieden sind.

Es heißt dann im „Vorwärts“ weiter:

„In dem Ziele, die Allgemeininteressen zu fördern, waren sich alle Gruppen, die im vorläufigen Reichswirtschaftsrat ihre Vertretung haben, einig, nur in den Wegen gingen die Auffassungen auseinander.“

Also eine herrliche Feststellung: im Ziele waren sich alle — von den Deutschnationalen bis zu den reformistischen Arbeitsgemeinschaftlern — einig, nur über den Weg bestanden einige Meinungsverschiedenheiten. Daß diese Ausführungen des „Vorwärts“ mit den Tatsachen übereinstimmen, habe ich durch Zitate aus den Entschlüssen und den offiziellen Dokumenten des Reichswirtschaftsrates zur Genüge bewiesen.

Aber das schönste Stück kommt noch. In den Ausführungen des „Vorwärts“ heißt es:

„Der Reichswirtschaftsrat ist auch eine Schule für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gewesen.“

Das ist eine wunderbare Schule, in der die Unternehmer die sozialistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer gelehrt haben, wie man die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft vertritt. Eine Schule ist es allerdings gewesen — das geht aus den Beschlüssen des Reichswirtschaftsrates mit aller Deutlichkeit hervor —, eine Schule für Unternehmergehilfen.

„Diese Zusammenarbeit“, so heißt es weiter, „hat ihnen gezeigt, daß der Produktionsfaktor Arbeit nicht nur als Kostenmoment in Frage kommt, sondern als ein die Wirtschaft mitgestaltender lebendiger Faktor, mit dem einen Ausgleich zu suchen nicht mehr zu umgehen ist.“

Also hier wird klar und deutlich die Idee der Arbeitsgemeinschaftspolitik und der Wirtschaftsdemokratie verfochten, die Auffassung, daß ein Ausgleich der Interessen der Arbeiter und Unternehmer möglich ist. Es ist kein Wunder, daß die Ergebnisse dieser Politik für die Arbeiter auch danach aussehen; denn sämtliche Beschlüsse, sämtliche Entschlüsse und Gutachten, die im Reichswirtschaftsrat angenommen wurden, sind gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet.

Die Tatsache, daß der Reichswirtschaftsrat in seiner gesamten bisherigen Tätigkeit gegen die Interessen der Arbeiter, für die Interessen der Großindustriellen Stellung genommen hat, veranlaßt uns, nicht nur gegen diesen Antrag, der hier von seiten der Deutschen Volkspartei vorliegt, zu stimmen, sondern auch gegen jene wirtschaftsdemokratische Auffassung, die in der sozialdemokratischen Presse bei ihrer Stellungnahme zum Reichswirtschaftsrat zum Ausdruck kommt.

Im Gegensatz zu den Auffassungen, die bisher hier vertreten worden sind, sind wir der Meinung, daß es notwendig ist, die Betriebsräte nicht zu Vertretern der „gemeinsamen Wirtschaftsinteressen“ von Unternehmern und Arbeitern zu machen, wie es im Betriebsrätegesetz heißt, sondern zu wirklichen Vertretern der Klasseninteressen des Proletariats. Das ist der Grund, warum wir gegenüber diesen Anträgen, die in bezug auf den Ausbau des Reichswirtschaftsrates gestellt worden sind, im Reichstag einen Antrag eingebracht haben, der sich auf den Ausbau der Rechte der Betriebsräte bezieht, der klar und eindeutig verlangt, daß die Betriebsräte die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen nur der Lohn- und Gehaltsempfänger wahrzunehmen haben und daß diese Betriebsräte für die einzelnen Industrien bezirksweise beziehungsweise für die Truste, Kartelle und Syndikate zusammengefaßt werden, um die Betriebsräte auf diese Art und Weise in höherem Maße als bisher zu wichtigen Organen des proletarischen Kampfes zu machen.

(Abg. Neu: Ihr habt aber gegen das Betriebsrätegesetz gestimmt!) Wir haben gegen das Betriebsrätegesetz gestimmt zu der Zeit, als die Mitglieder der Sozialdemokratie die Nationalversammlung als Mittel der Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse ansahen, als sie für die Arbeitsgemeinschaftspolitik eintraten. Zu dieser Zeit haben wir den Kampf gegen das Betriebsrätegesetz geführt. Ich weiß nicht, ob dem Herrn Abgeordneten Neu nicht bekannt ist, daß zur Zeit der Beratung des Betriebsrätegesetzes in Berlin vom Spartakusbund und zum Teil von der USPD ein Massenaufmarsch gegen dieses Betriebsrätegesetz, gegen die Beratung des Betriebsrätegesetzes im Reichstag durchgeführt wurde und daß diejenigen, die die Auffassung von der Arbeitsgemeinschaftspolitik und der Wirtschaftsdemokratie schon damals vertraten, es waren, die in diese demonstrierenden Arbeitermassen hineinschießen ließen. Das ist dem Herrn Abgeordneten Neu heute nicht mehr bekannt; vielleicht ist ihm auch nicht mehr bekannt, daß die rechten Sozialdemokraten durch Schaffung der Nationalversammlung versucht haben, mit allen Mitteln die Arbeiterräte, die wirklichen Kampf- und Machtorgane der Arbeiterklasse, zu beseitigen.

Das sind die Gründe, warum wir nicht nur gegen den Antrag

der Deutschen Volkspartei stimmen werden, sondern warum wir grundsätzlich gegen dieses Organ der Arbeitsgemeinschaft, der Interessenvertretung der Großindustrie mit Hilfe sogenannter Arbeitervertreter kämpfen und warum wir auch im Landtag entsprechend abstimmen werden.

*Verhandlungen des Sächsischen Landtages,
3. Wahlperiode, 1926/27,
23. Sitzung, S. 712—715.*

Warum kämpft der ADGB nicht?

Am gestrigen Tage ist das Arbeitszeitnotgesetz des Bürgerblocks in Kraft getreten. Das veranlaßt zu der Fragestellung:

Warum hat der ADGB nicht die Kraft der 4^{1/2} Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und der Millionen sympathisierender Arbeiter zum Kampf um den Achtstundentag ausgenützt?

Warum sind die sozialdemokratischen Minister der preußischen Koalition für das Arbeitszeitnotgesetz des Bürgerblocks eingetreten?

Warum haben die Gewerkschaftsführer „freien Vereinbarungen“ und der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen mit 52- bis 60stündiger Arbeitszeit zugestimmt?

Warum stimmten die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag gegen den kommunistischen Abänderungsantrag zum Arbeitszeitnotgesetz des ADGB, der den achtstündigen Maximalarbeitstag festlegen sollte?

Warum hat der Bergarbeiterverband den Kampf um die Siebenstundenschicht im Ruhrgebiet und Wurmgebiet nicht geführt, sondern nur ein Manöver unternommen?

Warum verbietet der Vorstand des DMV den Kampf um den Achtstundentag in Solingen?

Warum halten die Gewerkschaftsvorstände ihre an die Unternehmer gestellten Lohnforderungen so oft geheim, und warum teilen sie der Mitgliedschaft nicht rechtzeitig die Kündigungen der Manteltarife, Lohnabkommen usw. mit?

Warum diese Geheimpolitik?

Warum begnügen sich die reformistischen Gewerkschaftsführer trotz riesiger Rationalisierungsprofite der Unternehmer und ungeheurer Intensivierung der Ausbeutung mit der Entgegennahme von Lohnkonzessionen, ohne den Kampf um die

Erhöhung des Reallohnes unter Einsetzung aller Kräfte zu führen?

Jetzt kann wahrlich nicht als Ausrede gebraucht werden, die Konjunktur sei zu schlecht oder „die Arbeiter wollen nicht kämpfen“. In vielen Fällen war die übergroße Mehrheit der Arbeiter für den Kampf. Und wenn die Gewerkschaftsleitungen den Kampf gewollt hätten, dann wäre es ein leichtes gewesen, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und auch den größten Teil der Unorganisierten von der Notwendigkeit des Kampfes zu überzeugen. Gerade dadurch wäre es auch möglich geworden, die unorganisierten Arbeiter von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen und damit die Voraussetzung für die Gewinnung von Hunderttausenden von Arbeitern zu schaffen. Diese gewerkschaftliche Aktivität wäre zugleich das beste Kampfmittel gegen die Werksvereine und gegen den Betriebsfaschismus überhaupt gewesen, denn dort, wo die Gewerkschaften die Klasseninteressen der Arbeiter mit Erfolg vertreten, ist den faschistischen Organisationen im Betrieb die Basis entzogen.

Dieses Ausweichen vor dem Kampf, diese Verhinderung des Klassenkampfes ist nicht die Folge irgendwelcher zufälligen Einzelfehler, sondern die notwendige Konsequenz aus der falschen grundsätzlichen Einstellung der Reformisten zur kapitalistischen Wirtschaft und zum Staat und aus der daraus resultierenden Aufgabenstellung für die Gewerkschaften.

Auf der Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes sagte *Husemann*:

„Bei den Wegweisungen für unser künftiges Wirken wollen wir von der Tatsache ausgehen, daß die Gewerkschaften Organisationen der Wirtschaft sind.“ („Bergarbeiterzeitung“ Nr. 7)

Wenn man in der gegenwärtig bestehenden kapitalistischen Wirtschaft die Tatsache übersieht, daß die Produktionsmittel im Besitze der Kapitalisten sind und daß das Wesen dieses kapitalistischen Produktionsprozesses darin besteht, eine möglichst hohe Mehrwertrate aus den Arbeitern herauszupressen, wenn man der Meinung ist, daß auch die Arbeiter ein Interesse an der Förderung der kapitalistischen Wirtschaft haben, so muß man

notwendigerweise für die Arbeitsgemeinschafts- und Koalitions-politik sein. *Husemann* sagt weiter:

„Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik sind so eng miteinander verknüpft, daß es müßig ist, festzustellen, welchem Gebiet etwa der Vorrang gebührt . . .

Die Krisenerscheinungen in unserer Wirtschaft haben im vergangenen Jahr ganz merklich an Heftigkeit nachgelassen. Hervorheben möchte ich, daß der Ruf aus dem Unternehmerlager nach Abbau der sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft zugunsten einer gesteigerten Rentabilität heute bereits viel schwächer geworden ist als noch vor einem Jahr.“

Im ersten Teil des Zitates stellt *Husemann* die Frage, ob der Förderung der kapitalistischen Wirtschaft oder der Sozialpolitik der Vorrang gebührt. Im zweiten Teil des Zitates gibt er indirekt die Antwort, denn er setzt auseinander, daß die Krisenerscheinungen in „unserer Wirtschaft“ im vergangenen Jahr nachgelassen haben und daher auch der Ruf der Unternehmer nach Abbau der Sozialpolitik schwächer geworden sei. Das heißt auf deutsch: Je höher die Profite der Unternehmer sind, um so eher werden sie sozialpolitische Konzessionen machen; die Arbeiter müßten deshalb ein Interesse daran haben, die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft im Interesse der Sicherung der sozialpolitischen Errungenschaften zu unterstützen.

Auch wir sind der Meinung, daß Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik eng verbunden sind. Eben deshalb fordern wir, daß die Gewerkschaften den Klassenkampf um die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter ohne Rücksicht auf die kapitalistische Rentabilität und ohne Rücksicht auf die kapitalistische Stabilisierung führen. Wenn man aber, wie *Husemann*, für die Konsolidierung der kapitalistischen Wirtschaft ist, dann muß man den Klassenkampf um die sozialpolitischen Forderungen sabotieren, weil dieser Klassenkampf nicht nur die kapitalistischen Profite gefährdet, sondern auch die kapitalistische Stabilisierung. Aus der grundsätzlichen Einstellung der reformistischen Gewerkschaftsführer zu „unserer Wirtschaft“ resultiert die Arbeitsgemeinschaftspolitik und die Unterstützung der Schlichtungspolitik.

Diese reformistische Politik wurde in charakteristischer Weise durch den Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, *Tarnow*, auf

der Gautagung des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Stuttgart weiter erläutert. Er stellte fest, daß „das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit zur Ungerechtigkeit für die Arbeit ausgeartet sei“.

Tarnow will also gegen die Entartung des Kapitalismus kämpfen. Er ist der Meinung, daß es in der kapitalistischen Gesellschaft möglich sei, die „Ungerechtigkeit gegenüber der Arbeit“ zu beseitigen. Darüber hinaus behauptet er, das persönliche Interesse der Kapitalisten sei auf Lohnabbau gerichtet, aber das kapitalistische Klasseninteresse müsse auf Lohnerhöhung bedacht sein. Das sind nach seiner Meinung dumme Kapitalisten, die nicht einmal ihre Klasseninteressen wahrnehmen und den Arbeitern bei den Lohnverhandlungen in den letzten Monaten durchschnittlich nur 5 Prozent Lohnerhöhung gewährten, die nicht einmal die Lebensmittel- und Mietpreissteigerungen ausgleichen, wo es doch im Klasseninteresse der Kapitalisten liegen soll, den Reallohn der Arbeiter zu erhöhen. *Tarnow* sagt weiter, daß

„diese Politik kein Verzicht auf die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft wäre, sondern umgekehrt ein allmählicher Umsturz der kapitalistischen Wirtschaft. Gemeinsam mit dem demokratischen Eindringen in Staat und Wirtschaft sei dies der einzige Weg zur Überwindung des Kapitalismus.“

Tarnow will also die Unternehmer davon überzeugen, daß Lohnerhöhungen im kapitalistischen Klasseninteresse liegen und daß auf dem Wege der „Blüte der Wirtschaft“, die von der Lohnhöhe der Arbeiterschaft abhängig sei, und auf dem Wege der Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik die kapitalistische Gesellschaft überwunden werden soll. Tarnow unterließ es wohlweislich, Tatsachen anzuführen, welche diese Entwicklungstendenz beweisen. Alle bisherigen Erfahrungen der Arbeiter beweisen bekanntlich das direkte Gegenteil. Die Politik der Reformisten, die in ihren Konsequenzen am deutlichsten in der Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung zum Ausdruck kam, hat zur Herrschaft der Truste und des Bürgerblocks geführt. Trotz dieser Erfahrungen wollen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auch weiterhin den Kapitalismus reformieren.

Das ist der Grund, warum die Gewerkschaftsführer nicht den Kampf um Lohnerhöhung und Achtstundentag führen. Denn

dieser Kampf ist ein Kampf gegen die kapitalistische Klassenherrschaft, gegen die kapitalistische Stabilisierung, und muß notwendigerweise zur Beseitigung der Bürgerblockregierung führen. Es ist unmöglich, auf der einen Seite Koalitionspolitik zu treiben; im Kohlenrat, im Reichswirtschaftsrat, auf der Weltwirtschaftskonferenz, bei den Handelsvertragsverhandlungen usw. die Interessen „unserer Wirtschaft“ wahrzunehmen und zugleich den Klassenkampf um Achtstundentag und Lohn-erhöhung gegen diese kapitalistische Wirtschaft zu führen.

Es ist notwendig, daß ausgehend von den Erfahrungen in den Lohn- und Arbeitszeitbewegungen zu diesen Grundfragen der Gewerkschaftspolitik in den Betrieben und Gewerkschaften Stellung genommen wird, um daraus die Lehren für die Politik der Gewerkschaften zu ziehen.

Sozialreform oder Revolution? Das ist die Frage, welche auf Grund der Erfahrungen der Rationalisierungspolitik und der Wirtschaftskämpfe von jedem Arbeiter beantwortet werden muß.

*„Die Rote Fahne“ Nr. 103,
3. Mai 1927.*

Gegen die Arbeitszeitverlängerung

Rede im Sächsischen Landtag
12. Mai 1927

Die kommunistische Fraktion hat den Antrag gestellt, das Verhalten des Vertreters der sächsischen Regierung im Reichsrat zum Arbeitszeitnotgesetz zu mißbilligen, weil dieser Vertreter der sächsischen Regierung für das Arbeitszeitnotgesetz des Bürgerblocks gestimmt hat, das den zehnstündigen Arbeitstag festlegt. Die sächsische Regierung und der Vertreter der sächsischen Regierung haben gezeigt, daß sie der Hausknecht des Verbandes der Sächsischen Industriellen sind und daß sie nicht nur auf die Forderungen der sächsischen Arbeiter pfeifen, sondern auch auf die Beschlüsse des Sächsischen Landtages.

Dieses Zehnstundentagesgesetz des Bürgerblocks enthält nicht nur die Festlegung der zehnstündigen Arbeitszeit, sondern es bedeutet auch eine Verschlechterung gegenüber den bisherigen Arbeitszeitbestimmungen, indem es eine Überschreitung selbst des Zehnstundentages zuläßt. Das Gesetz sieht vor, daß für diese Überstunden ein gewisser Lohnzuschlag gewährt werden soll, der jedoch den sogenannten freien Vereinbarungen zwischen Gewerkschaftsvertretern und Unternehmern vorbehalten bleibt. Die parlamentarische Erledigung des Arbeitszeitnotgesetzes im Reichstag und die Solidarisierung der sächsischen Regierung mit der Auffassung des Bürgerblocks im Reiche zeigen am deutlichsten den Charakter der gegenwärtigen Regierung.

Die Behauptungen des Herrn v. Siemens über die höheren Löhne eines großen Teiles der Arbeiterschaft werden durch die statistischen Angaben widerlegt, die in den wissenschaftlichen Zeitschriften bereits veröffentlicht sind und aus denen zum Beispiel hervorgeht, daß im Kohlenbergbau der Lohnanteil im Verhältnis zur Zeit vor dem Kriege von 50 Prozent auf 45 Prozent gesunken ist. Wir sehen hier die Tatsache, daß bei einer ungeheuren Intensivierung der Ausbeutung der Lohnanteil am Produkt

gesunken ist, daß aber gleichzeitig die Aktienkurse gestiegen sind und die Dividenden der Unternehmungen ungeheuer zunehmen.

Wir haben jetzt in Deutschland eine verhältnismäßig günstige Konjunktur, die erstens dadurch erzeugt worden ist, daß gewisse Rationalisierungsprofite zur Verbesserung des Maschinenparks benutzt worden sind, zweitens durch eine Verbesserung der Wohnbaukonjunktur, drittens durch das Sinken der Arbeitslosigkeit und viertens durch die zunehmende Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft, die mit der Erhöhung der Preise für die Lebensmittel verbunden ist. Aber trotz dieser günstigen Konjunktur auf dem Innenmarkt, trotz dieser Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, der langen Arbeitszeiten und der niedrigen Löhne ist eine Erhöhung der Ausfuhr nicht zu verzeichnen. Die Illusion, die systematisch in der sozialdemokratischen Presse gefördert wurde, daß durch die Rationalisierung Preisherabsetzungen, Lohnerhöhungen usw. eintreten würden, ist jetzt vor den Augen der Masse der Arbeiter ganz offen als ein ganz großer Schwindel demaskiert worden.

So sehen wir, daß im Ergebnis der Politik des kapitalistischen Wirtschaftsaufbaus nichts weiter übriggeblieben ist als die zunehmende Verelendung der Massen der werktätigen Bevölkerung. Die relative Stabilisierung des Kapitalismus, die nicht nur von den Industriellen mit allen Mitteln unter Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchgesetzt, sondern auch von den reformistischen Gewerkschaftsführern unterstützt wird, bedeutet nichts anderes als die Stabilisierung des Elends der Arbeiter. Dagegen kämpfen wir, deshalb kämpfen wir für den Achtstundentag, für Lohnerhöhungen, gegen die Trust- und Monopolpolitik, gegen die Bürgerblockpolitik, für den Sturz der Bürgerblockregierung, für den Sturz der sächsischen Bürgerblockregierung, die nichts anderes ist als der Handlanger der sächsischen Industriellen.

Es ist kein Zufall, daß gerade gegenwärtig in Italien die Magna charta durch die Mussolini-Regierung diktiert wurde, daß zu gleicher Zeit im englischen Parlament das Antigewerkschaftsgesetz beschlossen wurde, daß in Norwegen ein Schlichtungsgesetz festgelegt wurde, daß in Belgien ähnliche Schlich-

tungsbedingungen von der Regierung beschlossen wurden und daß schließlich in Deutschland in Leipzig und Hamburg die Gerichte den Arbeitern das Streikrecht verboten haben. Es ist daher absolut richtig, daß die Arbeiter trotz der bestehenden Tarifverträge den Kampf für den Achtstundentag führen, daß die Arbeiter nach 8 Stunden und in den Bergwerken nach 7 Stunden die Betriebe verlassen trotz der bestehenden sogenannten Tarifverträge, die durch Schlichtung diktiert und den Gewerkschaften zum Teil aufgezwungen worden sind, zum Teil allerdings leider von reformistischen Gewerkschaftsführern anerkannt wurden. Es ist sehr interessant, daß es in Sachsen sogenannte Arbeiterführer gibt, die sich gegen dieses Verlassen der Betriebe nach 8 Stunden wenden. Es ist auch interessant, daß in der sozialdemokratischen „Chemnitzer Volksstimme“ gefordert wird, die Arbeiter müßten entsprechend den Tarifbestimmungen auch länger als 8 Stunden arbeiten.

Ich frage Sie: Welcher Unterschied besteht zwischen der Unterstützung des Arbeitszeitnotgesetzes durch die preußischen Sozialdemokraten und der Zustimmung durch die Bürgerblockregierung in Sachsen? Die Heldt und Konsorten haben im Reichsrat genauso für das Zehnstudentaggesetz des Bürgerblocks gestimmt wie die sozialdemokratischen preußischen Koalitionsvertreter. Wenn Sie auf die Verhandlungen des Reichstages verweisen, so erinnere ich nur an die Abänderungsanträge, die die sozialdemokratische Fraktion zum Arbeitszeitnotgesetz des Bürgerblocks eingebracht hat. Im Abänderungsantrag zu § 12 der Arbeitszeitnotverordnung wird lediglich verlangt, daß eine Überschreitung des zehnstündigen Arbeitstages der Bürgerblock-Arbeitszeitnotverordnung unzulässig ist; der Zehnstudentag wird also ausdrücklich akzeptiert.

Sind Sie der Meinung, daß ein Unterschied zwischen der Arbeitszeitpolitik der sächsischen Regierung im Reichsrat und der Zustimmung zum Arbeitszeitnotgesetz durch die Sozialdemokratie besteht? Warum haben Sie als sächsische Sozialdemokraten, die Sie sich als besonders links aufspielen, zur Zeit der Annahme des Arbeitszeitnotgesetzes nicht wenigstens in Sachsen die Arbeiter zum Demonstrationsstreik für den Achtstundentag aufgerufen? Wo ist die Mobilisierung der Arbeiter durch Ihre Ge-

werkschaftsführer? Herr Graupe hat hier die Frage der Bildung der Einheitsfront der Arbeiter gestellt. Wir sagen: Jawohl, wir sind durchaus für die Einheitsfront der Arbeiter; aber die Frage steht so: Können in dieser Einheitsfront der Arbeiter Elemente sein, die für die Wirtschaftsdemokratie sind? In der Einheitsfront der Arbeiter sind nur solche Vertreter der Klasseninteressen der Arbeiter möglich, die wirklich den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsmethoden und für den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft führen wollen und die diesen Kampf jetzt organisieren und nicht nur einige linke Phrasen dreschen.

*Verhandlungen des Sächsischen Landtages,
3. Wahlperiode, 1926/27,
31. Sitzung, S. 1063/1064.*

Sozialdemokratie und Gewerkschaften

Koalitionspolitik und Arbeitsgemeinschaftspolitik

Vor dem Kieler Parteitag hatte die sozialdemokratische Presse feierlich verkündet, daß die Sozialdemokratie nicht in die Arbeit der Gewerkschaften eingreife und daß sie daher auf dem Parteitag nicht zu den Fragen der Gewerkschaftspolitik Stellung nehmen werde. Der Kieler Parteitag bewies das Gegenteil. Hilferding gab in seiner programmatischen Rede den sozialdemokratischen Gewerkschaftsleitungen und den sozialdemokratischen Fraktionen in den Gewerkschaften — in denen die SPD in der Minderheit ist — die Anweisungen über die Aufgaben der Gewerkschaften.

Hilferding legte in seiner Rede dar, daß Hand in Hand mit der Eroberung von „Machtpositionen im Staat“ durch die SPD (Koalitionspolitik) der Kampf um die Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie durch die Gewerkschaften geführt werden müsse. Die Antwort auf diese programmatische Erklärung lesen wir in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 4. Juni. Die „Gewerkschaftszeitung“ stellt fest, daß der Kieler Parteitag „die Beteiligung an Regierungskoalitionen als ein aussichtsreiches Mittel, politische Macht in der Republik zu erringen und zu behaupten, bejahte“ und daß „die Mitwirkung der Vertretungen der Arbeiterklasse an der Leitung des demokratischen Staates identisch mit der Beteiligung an der demokratischen Leitung der Wirtschaft“ sein müsse. Die „Gewerkschaftszeitung“ unterstreicht diese wirtschaftsdemokratische Orientierung, indem sie besonders hervorhebt, daß „das Ziel der Gewerkschaftsbewegung von jeher war, mit Hilfe des Staates die Regelung der kapitalistischen Wirtschaft zu organisieren“. Diese kapitalistische Aufgabenstellung stimmt genau mit der Formulierung von Husemann auf der Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes überein, auf der er die Gewerkschaften als „Organisationen der Wirtschaft“ bezeichnete.

Statt Klassenkampf — Arbeitsgemeinschaftspolitik, statt Sturz der kapitalistischen Gesellschaft — Organisierung der kapitalistischen Wirtschaft, das ist das reformistische Programm.

Diese reformistische Politik soll unter Führung der Sozialdemokratie durchgeführt werden, denn ebenso wie die Gewerkschaften „Organisationen der Wirtschaft“ sein sollen, so ist nach Hilferding „die Sozialdemokratie ein unentbehrlicher Bestandteil des Staates“. Fürwahr, die Sozialdemokratie beweist seit Jahren, daß sie eine bürgerliche Arbeiterpartei ist, ohne die die deutsche Bourgeoisie von der Arbeiterklasse niedergeschlagen worden wäre. Die Politik der preußischen Koalitionsregierung (Fürstenabfindung, Zustimmung zum Arbeitszeitnotgesetz und Mietpreiserhöhung), die Förderung der kapitalistischen Rationalisierung durch die SPD, die Unterstützung der imperialistischen Außenpolitik Stresemanns, alles das beweist, daß die SPD wirklich ein unentbehrlicher Bestandteil des kapitalistischen Staates ist, dessen historische Mission darin besteht, die Arbeiter vom Klassenkampf gegen diesen kapitalistischen Staat abzuhalten. Die Arbeiter in den Gewerkschaften müssen jetzt Stellung nehmen, ob sie diese sozialdemokratische Politik durchführen wollen, ob die Gewerkschaften Organisationen der „Wirtschaft“ oder Organisationen des proletarischen Klassenkampfes sein sollen.

Der „organisierte Kapitalismus“ als Voraussetzung der Wirtschaftsdemokratie

„Das Entscheidende ist, daß wir im Augenblick in der Periode des Kapitalismus angelangt sind, wo die Ära der freien Konkurrenz des Kapitalismus überwunden ist und wieder zu einer kapitalistischen Wirtschaft kommt, also von der Wirtschaft des freien Spiels der Kräfte zur organisierten Wirtschaft... Bisher hat der Kapitalismus gelehrt, daß nur der Zwang der freien Konkurrenz die Wirtschaft fördern kann. Jetzt aber sucht die moderne Betriebswissenschaft den Betrieb wissenschaftlich planmäßig zu leiten.

Organisierter Kapitalismus heißt Ersatz des kapitalistischen Prinzips des freien Wettbewerbs durch das sozialistische Prinzip der Planmäßigkeit, durch gesellschaftliche Regelung. Die organisiert geleitete Wirt-

schaft gibt nun in viel höherem Maße die Möglichkeit bewußter Einwirkung durch die Wirtschaft auf den Staat." (Rede *Hilferdings* in Kiel.)

Hilferding behauptet also erstens, wir seien in der Periode des organisierten Kapitalismus. Der Organisation der Produktion im Betrieb entspreche die Organisierung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses. Zweitens behauptet er, in der gegenwärtigen Periode des Kapitalismus werde das sozialistische Prinzip der Planmäßigkeit in der gesellschaftlichen Regelung des Produktionsprozesses verwirklicht, und drittens die „Wirtschaft“ könne jetzt in viel höherem Maße auf den Staat einwirken.

Hilferdings Gerede vom „organisierten Kapitalismus“ und der Anwendung des sozialistischen Prinzips der Planmäßigkeit im Kapitalismus zeigt am klarsten, wie weit die Sozialdemokratie vom Marxismus entfernt ist und den Weg zu den Theorien Eduard Bernsteins beschritten hat. *Hilferdings* Trick besteht darin, daß er die Tatsache der Organisierung der Produktion im einzelnen Betrieb und im Trust benutzt, um glauben zu machen, daß auch der gesellschaftliche Produktionsprozeß im Kapitalismus organisiert sei. Das ist aber nur *Hilferdings* Traum. Gerade die Organisierung der Produktion in den einzelnen Betrieben, die Steigerung der Produktivität der Arbeit führen zu einem zunehmenden Widerspruch zwischen der Produktionskapazität und der Aufnahmefähigkeit des Marktes und zu einer Verschärfung des Kampfes um den Weltmarkt, der gegenwärtig besonders im Krieg der Imperialisten gegen die chinesischen Arbeiter und Bauern und im Kampfe gegen die Sowjetunion seinen Ausdruck findet. *Friedrich Engels* sagt in seinem Werk „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ darüber:

„Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung stellt sich nun dar als *Gegensatz zwischen der Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik und der Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft.*“¹

Solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht, solange die Kapitalisten den Zweck der Produktion be-

¹ Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften*, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 132.

stimmen, das heißt im Interesse ihres Profites produzieren, solange ist es unmöglich, die Anarchie der kapitalistischen Produktion zu beseitigen. Auch die Bildung der Truste und Kartelle hebt die Anarchie nicht auf, im Gegenteil, sie besteht weiter, allerdings auf einer höheren Stufe der Entwicklung.

Ebensowenig, wie es einen organisierten Kapitalismus gibt, kann im Kapitalismus das sozialistische Prinzip der Planmäßigkeit verwirklicht werden. In der kapitalistischen Wirtschaft werden vor allem die Produkte hergestellt, die den höchsten Profit abwerfen. Die Unternehmer werden Kriegsmaterial herstellen lassen, wenn das einen höheren Profit abwirft als die Produktion von Textilwaren, auch dann, wenn ein Bedarf nach Textilwaren auf dem Markt vorhanden ist. Sie werden nicht die Preise der Textilprodukte herabsetzen, damit die Werktätigen sich menschenwürdig kleiden können, sondern sie werden bei ungenügendem Absatz die Produktion einschränken und die Preise hochhalten. *Das Wesen der sozialistischen Planmäßigkeit besteht aber gerade darin, nach dem vorher berechneten Bedarf der Bevölkerung die Produktion entsprechend den Bedürfnissen der Arbeitenden zu organisieren.* Das kann aber nur eine Regierung der Arbeiter und Bauern, deren Aufgabe es ist, die Interessen der Werktätigen und nicht die Profitinteressen der Kapitalisten wahrzunehmen.

Hilferding stellt weiter die zunehmende „Einwirkung der Wirtschaft auf den Staat“ fest. Das trifft zu, allerdings in einem anderen Sinne, als es Hilferding meint. Es ist Tatsache, daß die Gewaltigen des Stahltrusts, des IG-Farben-Trusts, der AEG usw. immer mehr direkt die Politik der Reichsregierung bestimmen. Die Stärkung der Macht der Truste und Großbanken, vor allem infolge der kapitalistischen Rationalisierung (unterstützt von SPD und ADGB), war die wichtigste Voraussetzung für die Bildung der Bürgerblockregierung. Diese Führerrolle des Finanzkapitals in der Republik hat allerdings eine größere „Planmäßigkeit“ zur Folge, und zwar in der Durchführung der verschärften Kapitaloffensive gegen die Arbeiterklasse, in der Einsetzung des kapitalistischen Staatsapparates gegen die um Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse kämpfenden Werktätigen. (Streikverbote durch Gerichtsbeschluß in Hamburg, Leipzig usw., Zehnstudenten-Notgesetz des Bürgerblocks, Schiedssprüche mit Elf-

studententag und Hungerlöhnen, Mietpreiserhöhung, Erhöhung der Lebensmittelzölle.) Die Losung der deutschen Schwerindustriellen: „Es darf nicht ohne die Industriellen regiert werden“, ist verwirklicht. Hilferding und der sozialdemokratische Parteivorstand träumen aber selig weiter vom „organisierten Kapitalismus“ und seinen „vernünftig“ gewordenen Kapitalisten.

Der Sozialismus Silverbergs und Hilferdings

Durch die Lehre von Marx von der Notwendigkeit des Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaft infolge der inneren Widersprüche der kapitalistischen Profitwirtschaft ist bewiesen, daß die planmäßige Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses erst möglich ist, nachdem das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt ist, nachdem die Arbeiterklasse durch die Diktatur des Proletariats die politische Macht erobert hat. Damit ist der Traum vom „organisierten Kapitalismus“ und seiner Konsequenz, der Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, schon von Marx grausam zerstört worden. Trotzdem ist es interessant, festzustellen, wie sich Hilferding und der SPD-Parteivorstand die „Reformierung“ des Kapitalismus vorstellen. *Hilferding* sagt:

„Es treten sich gegenüber auf der einen Seite die kapitalistisch organisierte Wirtschaft, auf der anderen Seite die Staatsorganisation. Das Problem der Zeit ist, wie wir die gegenseitige Durchdringung gestalten. Unserer Generation ist die Aufgabe gestellt, mit Hilfe des Staates die Regelung der kapitalistischen Wirtschaft zu organisieren und die kapitalistisch organisierte und geleitete Wirtschaft umzuwandeln in die vom demokratischen Staat geleitete Wirtschaft. Das bedeutet nichts anderes, als daß unserer Generation das Problem des Sozialismus gestellt ist.“

Wir empfehlen, diesen Abschnitt der Rede Hilferdings über den Weg zum Sozialismus in jeder Gewerkschaftsversammlung vorzulesen, damit jedem sozialdemokratischen Arbeiter der ganze Unsinn der sozialdemokratischen Philosophie zum Bewußtsein kommt. Die Sozialdemokratie will also durch verstärkten Einfluß im Staat (Koalitionspolitik) die Regelung der kapita-

listischen Wirtschaft organisieren. Wer erinnert sich da nicht all der Aufrufe und Versprechungen seit 1918? Wie oft ist nicht schon die Sozialisierung marschiert! Wie oft schon sollten die Arbeiter im Interesse des Aufbaus der Wirtschaft auf ihre Forderungen verzichten! (Zustimmung zum Überzeitabkommen im Bergbau 1923/24, Zustimmung der Reformisten im Reichswirtschaftsrat zur Verlängerung der Arbeitszeit, Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung im Interesse der „Wirtschaft“.) Die Arbeiterschaft hat von den Früchten der Koalitionspolitik wahrlich genug. Darüber hinaus will die Sozialdemokratie den Arbeitern weismachen, daß auf dem Wege der Koalitionspolitik allmählich der „Staat“ die Leitung der Wirtschaft übernimmt. In der Wirklichkeit sehen wir das Gegenteil, nämlich die zunehmende Entstaatlichung und Entkommunalisierung, und zwar oft mit Zustimmung der sozialdemokratischen Vertreter in den Parlamenten.

Die zunehmende Einwirkung des Staates auf die Wirtschaft sieht *Hilferding* in folgendem:

„Neu aber ist die Staatsregelung auf dem Gebiet des unmittelbar proletarischen Schicksals, die Regelung des Arbeitsmarktes, die Arbeitslosenversicherung, Tarifvertrag und Schiedsgerichte, staatliche Arbeitszeitregelung usw. Sie lassen das Schicksal des Arbeiters als Lohnarbeiter völlig durch die Politik bestimmen... Wir müssen in jedes Arbeiterhirn einhämmern, daß der Arbeitslohn ein politischer Lohn ist, der abhängt von der Stärke der Arbeiterklasse, von der Organisation und der sozialen Macht der Arbeiter innerhalb des parlamentarischen Staates.“

Über jene Staatsregelung, die Hilferding als einen so großen Fortschritt bezeichnet, ist die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter anderer Meinung, denn jeder Arbeiter hat selbst erfahren, daß die Arbeitslosenversicherung eine Verschlechterung der Lage der Erwerbslosen bedeutet, daß die Schiedsgerichte Unternehmergerichte sind, daß die staatliche Zwangsschlichtung zum Nachteil der Arbeiter ist und daß in letzter Zeit sogar die Zwangsschlichtung durch Streikverbote der bürgerlichen Gerichte verschärft wurde. Jeder Arbeiter weiß, daß das Zehnstundentagesgesetz des Bürgerblocks beschlossen wurde, um den Kampf der Arbeiter für den Achtstundentag zu unterbinden, und daß die in der Regel durch verbindlich erklärte

Schiedssprüche rechtskräftig gewordenen Tarifverträge nicht den Arbeiterforderungen entsprechen.

Wenn die „Gewerkschaftszeitung“ noch besonders unterstreicht, daß „die Demokratie im Arbeitsverhältnis ausgeübt wird durch den Tarifvertrag“, so wird sich die Mehrheit der Gewerkschaftskollegen für die gegenwärtig bestehende „Demokratie“ bedanken. Sowohl die Anpreisung der „staatlichen Regelung des proletarischen Schicksals“ durch *Hilferding* wie die Verherrlichung der gegenwärtigen Tarifverträge als eines Ausdrucks der Demokratie im Arbeitsverhältnis durch die „Gewerkschaftszeitung“ zeigen, wie weit es die Bourgeoisie bereits verstanden hat, frühere Arbeiterführer mit dem Gifte der bürgerlich-demokratischen Illusionen zu infizieren.

Wenn *Hilferding* weiter sagt, daß der Arbeitslohn ein politischer Lohn ist, so ist das an sich richtig. Aber *Hilferding* zieht nicht daraus die Konsequenz, daß der revolutionäre Klassenkampf geführt werden muß, um die politischen Verhältnisse zu ändern, sondern er sagt den Arbeitern, daß sie bei den Wahlen sozialdemokratisch stimmen müssen. An Stelle des revolutionären Klassenkampfes und an Stelle des Streiks für Verbesserung der Arbeitsbedingungen soll der Stimmzettel treten.

Diese Auffassung ist die logische Konsequenz aus der Stellung der Sozialdemokratie im kapitalistischen Staat und in der kapitalistischen Wirtschaft. Wenn man der Meinung ist, daß die Gewerkschaften die Aufgabe haben, „die Regelung der kapitalistischen Wirtschaft zu organisieren“, dann muß eine Störung dieses Wirtschaftsaufbaus möglichst verhindert werden. An Stelle des Streiks muß die staatliche Schlichtungspolitik treten, an Stelle des Klassenkampfes die Arbeitsgemeinschaftspolitik. Auf diesem Wege will die Sozialdemokratie das Trustkapital und seinen Staatsapparat erobern. Am eindeutigsten sprach das *Wels* in einer Dresdner Versammlung aus, als er sagte:

„Die Sozialdemokratie will mit Hilfe des Stimmzettels die Staatsmacht erobern.“

Damit beweist die Sozialdemokratie, daß sie die marxistische Lehre vollständig verwirft und den Weg zu Eduard Bernstein zurückgefunden hat. Während *Marx* in seinem Brief an *Kugelman* sowie in den Randglossen zum Gothaer Programm ein-

deutig erklärt, daß der Sturz des Kapitalismus mittels der Diktatur des Proletariats durchgeführt werden muß, sagte *Bernstein*:

„Die liberalen Einrichtungen der modernen Gesellschaft unterscheiden sich vom Feudalismus gerade darin, daß sie biegsam, wandlungs- und entwicklungsfähig sind. Sie brauchen nicht gesprengt, sie brauchen nur fortentwickelt zu werden. Dazu bedarf es der Organisation und energischen Aktion, aber nicht notwendig der revolutionären Diktatur.“

Diese Auffassung steht im schärfsten Widerspruch zur Lehre von Marx und Engels. *Friedrich Engels* sagt in seinem Werk „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ über den Staat:

„Weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften und Trusts noch die in Staatseigentum hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften und Trusts liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der Ideelle Gesamtkapitalist.“¹

Wirtschaftsdemokratie und Arbeitsgemeinschaftspolitik statt Klassenkampf

„In der Gesellschaft der freien Konkurrenz konnten die Gewerkschaften nur den unmittelbaren Klassenkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern um den Ertrag der Produktion, um die kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne führen. Jetzt gehen die herrschenden Ideen um die Betriebsdemokratie, um die Wirtschaftsdemokratie. Die Gewerkschaften müssen sich also im Zeitalter des organisierten Kapitalismus immer mehr unmittelbar sozialistische Aufgaben stellen.“

(Rede *Hilferdings* in Kiel.)

Die Verwirklichung dieser „Betriebsdemokratie“ und „Wirtschaftsdemokratie“ erfordert nach Auffassung der Sozialdemo-

¹ Ebenda, S. 137.

kratie und der reformistischen Gewerkschaftsführer die Erziehung der Arbeiter durch Teilnahme an der Staatsverwaltung und Wirtschaftsführung. Hilferding verlangt, daß in den Ländern die Arbeiter zur Teilnahme an der Staatsverwaltung (Koalitionsregierung) erzogen werden müssen. Ebenso wollen die reformistischen Gewerkschaftsführer durch den Ausbau der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und durch die verstärkte Mitwirkung der Betriebsräte im Betrieb, in den Aufsichtsräten und durch Schaffung von Kontrollämtern in der Leitung der „Wirtschaft“ mitwirken. Daher kommt es, daß die Gewerkschaften den Betriebsräten nicht die Aufgabe stellen, die Klasseninteressen der Arbeiter gegenüber dem Unternehmer zu vertreten, sondern daß sie die Betriebsräte als „Interessenvertreter des Betriebes“ betrachten, das heißt, der Klassenkampf im Betrieb geht nach ihrer Meinung die Betriebsräte nichts an. „Betriebsdemokratie“ bedeutet, daß die Arbeiter die Unternehmerinteressen berücksichtigen und die Unternehmer die Arbeiterinteressen mit wahrnehmen.

Jeder Arbeiter, der im Betrieb steht, weiß, daß von einer Entwicklung in der Richtung der Betriebsdemokratie gar keine Rede sein kann, denn die Unternehmer versuchen täglich, das Bestimmungsrecht der Arbeiter und insbesondere der Betriebsräte einzuschränken und die Betriebsräte zu Organen der Betriebsinteressen, das heißt der Unternehmerinteressen zu machen. Dieselbe Rolle spielen die Gewerkschaftsvertreter im Reichswirtschaftsrat und bei den Handelsvertragsverhandlungen. Die Tätigkeit der Gewerkschaftsvertreter in diesen Institutionen lehrt, daß diese Institutionen ausgezeichnete Erziehungsmittel sind, um die Gewerkschaftsvertreter mit den kapitalistischen Interessen zu verbinden und sie so zu erziehen, daß sie nicht die Klasseninteressen der Arbeiter, sondern die Interessen der „Wirtschaft“ wahrnehmen. In der „Gewerkschaftszeitung“ wird gesagt: „Um Wirtschafts- und Betriebsführung durch die Gesellschaft zu erreichen und auch in produktionspolitischem Gebiet die Gesellschaft zu bewußtem Handeln zu führen, müssen wir uns des Staates bedienen.“

Wer bedient sich wessen? Nicht die Gewerkschaften bedienen sich des Staates, sondern umgekehrt, der Staat bedient sich im

Aufträge der Unternehmer der Gewerkschaften. Wir erinnern nur daran, daß die Arbeitszeitverlängerungen, vor allem seit 1923, zu 90 Prozent tarifmäßig festgelegt wurden. Deshalb betrachten die Unternehmer auch den Reichswirtschaftsrat als ein geeignetes Mittel zur Beeinflussung der Gewerkschaftsführer. Die Unternehmer verstehen es, an die arbeitgemeinschaftlichen und wirtschaftsdemokratischen Illusionen der reformistischen Gewerkschaftsführer anzuknüpfen, um die Gewerkschaften von ihren ursprünglichen Aufgaben als Organisationen des Klassenkampfes abzuhalten.

Hilferding fordert die Politisierung der Gewerkschaften. Wie soll das geschehen? Nach Hilferding durch Mobilisierung der Gewerkschaften für die sozialdemokratische Stimmzettelpolitik. Nach Auffassung der klassenbewußten Arbeiter durch den Klassenkampf für den Achtstundentag, für Erhöhung des Reallohnes, gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung und durch Eingliederung dieses Kampfes in den Rahmen des allgemeinen politischen Kampfes gegen Trustherrschaft und Bürgerblock.

Der Weg des revolutionären Klassenkampfes

Die Erfahrungen der Arbeiter während der kapitalistischen Rationalisierung, während der Bürgerblockherrschaft lehren, daß die Entwicklung nicht in der Richtung der Demokratie im kapitalistischen Staat und nicht in der Richtung der Wirtschaftsdemokratie fortschreitet, sondern daß umgekehrt die Verschärfung des Kampfes um den Weltmarkt und die daraus resultierende Kriegspolitik der imperialistischen Regierungen innenpolitisch in verschärfter Reaktion, in verschärfter Offensive gegen die Arbeiterklasse zum Ausdruck kommt. (Antigewerkschaftspolitik der kapitalistischen Regierungen in allen Ländern.) In dieser Situation ist es ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, demokratische und wirtschaftsdemokratische Illusionen zu erwecken und von gemeinsamen Interessen von Arbeitern und Unternehmern in „Wirtschaft“ und „Staat“ zu reden. Aufgabe aller Arbeiter ist es, gerade jetzt alle Kräfte auf die Herstellung der einheitlichen Klassenfront der Arbeiter zu konzentrieren, auf die Herstellung

der internationalen Gewerkschaftseinheit, auf die Herstellung der einheitlichen Front mit den revolutionären Arbeitern und Bauern der Sowjetunion und Chinas.

Deshalb steht vor jedem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Frage, ob die Einheitsfront mit der Bourgeoisie oder die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse zum Kampfe gegen Kapitaloffensive und Bürgerblock hergestellt werden soll. Das ist die Kernfrage, um die es geht. Dazu muß in den Betrieben und Gewerkschaften Stellung genommen werden.

„Die Rote Fahne“ Nr. 137
14. Juni 1927.

Gegen die Zollpolitik der Bürgerblockregierung

Rede im Sächsischen Landtag

29. Juni 1927

Die Reichsregierung hat durch ihren Beschluß auf Verlängerung des Zolltarifs bis Ende 1929 sowie durch ihren Beschluß auf Erhöhung der Zollsätze für Kartoffeln, Zucker und Fleisch gezeigt, daß sie den Willen hat, noch mehr als bisher die Profite der deutschen Großagrarien und der Schwerindustriellen auf Kosten der werktätigen Massen Deutschlands zu erhöhen und die Voraussetzungen zu schaffen, eine aggressiv imperialistische Politik treiben zu können.

Bekanntlich wurden die Zollsätze im Jahre 1925 zu Beginn der Hindenburg-Ära vom Deutschen Reichstag beschlossen. Es wurden damals nicht nur die Zollbestimmungen aus der Vorkriegszeit wieder eingeführt, sondern mindestens für ungefähr 500 Punkte eine weitere Erhöhung der Zollsätze festgelegt. Die Zollsätze, die 1925 vom Reichstag beschlossen wurden, sollten angeblich nur den Zweck haben, Deutschland die Möglichkeit zu geben, günstigere Handelsvertragsbedingungen bei den Verhandlungen mit anderen Staaten herauszuholen. In Wirklichkeit sehen wir, daß trotz der Handelsvertragsverhandlungen keine Herabsetzung der Zölle zu verzeichnen ist, sondern eine stetige Erhöhung der Zölle. Die Reichsregierung verlangt, daß der Kartoffelzoll von 50 Pf. auf 1 M erhöht wird, der Zuckerzoll von 10 auf 15 M, der Schweinezoll von 21 auf 32 M, und daß die übrigen Zollsätze, welche eine ungeheure Belastung der werktätigen Massen bedeuten, weiterbestehen sollen, insbesondere der Mehlzoll, der gegenwärtig in der Höhe von 12,50 M pro Doppelzentner erhoben wird.

Die Kommunistische Fraktion hat demgegenüber beantragt, daß die Vertreter der Reichsregierung im Reichsrat für die Beseitigung aller Zölle auf Lebensmittel und auf den Massenkonsum eintreten sollen und daß im Falle der Ablehnung dieses

Antrages gegen die Zollerhöhungen der Reichsregierung Einspruch erhoben und die Aufhebung der Beschränkung der Gefrierflescheinfuhr bei der Reichsregierung verlangt werden soll.

In diesem Antrag vertritt die kommunistische Fraktion die Forderungen, welche die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung Deutschlands gestellt haben, Forderungen, die auch von den Vertretern der Konsumenten auf dem Genossenschaftstag in Essen erhoben wurden. Der Beschluß der Reichsregierung auf Fortbestehen des Zolltarifs und auf Erhöhung der Zollsätze für die wichtigsten Lebensmittel bedeutet eine weitere Senkung des Reallohnes der werktätigen Massen. Es bedeutet, daß der Reallohn der Arbeiter gesenkt werden soll, nachdem es ihnen gelungen ist, langfristige Tarife mit Hilfe der Schlichtungsbehörden durchzusetzen. Indem die Reichsregierung die Erhöhung der Zölle beschlossen hat, durchbricht sie systematisch die bestehenden Tarifverträge, und deshalb sagen wir den Arbeitern von dieser Stelle aus: Es handelt sich nicht nur darum, daß außerparlamentarisch der Kampf gegen diese Zollpolitik, gegen die Politik des Bürgerblocks überhaupt geführt wird, sondern auch darum, daß jetzt trotz der bestehenden Tarifverträge der Kampf um Lohn-erhöhungen geführt wird. Infolge der Durchbrechung der Tarifverträge von seiten der Bürgerblockregierung und der Unternehmer müssen die Arbeiter erklären, daß auch für sie die Tarifbestimmungen nicht mehr bindend sind.

Schon in den letzten Monaten können wir ein allmähliches Ansteigen der Lebenshaltungskosten der werktätigen Bevölkerung feststellen. Insbesondere zeigt sich eine wesentliche Steigerung des Großhandelsindex für Agrarprodukte. Ich weise nur darauf hin, daß vom Juni 1926 bis zum Mai 1927 der Großhandelsindex für Agrarprodukte von 124 auf 140,7, also um 16,7 Punkte gestiegen ist. Diese Kosten für die Agrarprodukte sollen jetzt durch die von der Reichsregierung verlangten Zollerhöhungen und auch durch das Weiterbestehen der sonstigen Lebensmittelzölle noch weiter in die Höhe getrieben werden.

Es ist aus diesem Grunde notwendig, daß wir uns kurz die Auswirkungen der Zölle vergegenwärtigen, die bereits seit dem Jahre 1925 in Kraft sind und inzwischen in einigen Punkten erhöht wurden. Wenn wir die Auswirkungen der Zollbelastung auf

Weizen, Roggen, Gerste, Kartoffeln, Zucker und Fleisch berechnen, so zeigt sich dabei, daß allein durch diese Lebensmittelzölle im Jahre eine Belastung der werktätigen Bevölkerung um 1 Milliarde Mark zu verzeichnen ist.

Diese ungeheure Belastung der werktätigen Bevölkerung durch die bisherigen Zölle soll durch die neuen Zollsätze erhöht werden, die die Reichsregierung jetzt dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt hat. Diese Neubelastung der werktätigen Konsumenten durch die Zölle bedeutete, auf das Jahr umgerechnet, eine Belastung von weiteren 225 Millionen Mark insgesamt, so daß auf diese Weise eine weitere ungeheure Senkung des Reallohnes der Werktätigen eintritt.

In bezug auf die Erhöhung des Zuckerzolls versucht die Reichsregierung der Bevölkerung die Zollerhöhung schmackhaft zu machen, indem sie eine fünfzigprozentige Herabsetzung der Zuckersteuer vorsieht. Diese bedeutet aber keineswegs eine Herabsetzung des Zuckerpreises, sondern bedeutet, daß die Profite der Zuckerindustriellen um diese Steuerverminderung erhöht werden.

Die Großindustrie macht in ihrer Presse sehr dringend darauf aufmerksam, daß durch die Erhöhung der Schutzzölle, durch die Gewährung erhöhter Profite an die Großagrarien die Rationalisierung der Landwirtschaft gefördert und daß damit erreicht wird, daß infolge der erhöhten Maschinenbestellung und dem erhöhten Absatz von chemischen Produkten in der Landwirtschaft auch der Großindustrie ein wesentlicher Teil dieser Profite zukommt. Wir sehen hier in der Schutzzollpolitik mit aller Deutlichkeit das gemeinsame Interesse der Großindustrie und der Agrarien, das politisch seinen Ausdruck in der Bürgerblöckregierung findet.

Es ist interessant, daß die landwirtschaftliche Presse in der Diskussion über die Auswirkung der Zölle darauf hinweist, daß die deutsche Getreidewirtschaft eigentlich nicht rentabel sei. Es wäre besser, wenn ausländisches Getreide eingeführt und statt dessen die deutsche Landwirtschaft sich auf andere Agrarprodukte umstellen und zur Veredelungswirtschaft übergehen würde. Gegenüber dieser Argumentation weisen die Vertreter der Großagrarien und Großindustriellen darauf hin, daß es in Deutschland darauf ankomme, lieber durch Schutzzölle die nicht

rentablen landwirtschaftlichen Produktionszweige zu fördern, damit im Falle eines Krieges die deutsche Landwirtschaft imstande ist, alle die Agrarprodukte in genügender Menge herzustellen, die zur Deckung des Bedarfs für die einheimische Bevölkerung notwendig sind.

In der Frage der Durchführung der Agrarpolitik stimmen die Auffassungen der Großagrarien zum Teil mit den Auffassungen gewisser Vertreter der deutschen Sozialdemokratie überein. So ist es interessant, daß in den „Sozialistischen Monatsheften“ Herr Engler folgendes über die Zollpolitik und über die Agrarpolitik wörtlich schreibt:

„Wir haben durch die technischen und chemischen Hilfsmittel die Möglichkeit, unsere landwirtschaftliche Produktion so zu erhöhen, daß wir uns mit Getreide, Fleisch, Fett usw. in der Hauptsache selbst versorgen können. Unser Ziel muß auch auf diesem Gebiete eine gesunde Bedarfswirtschaft sein. Wenn eine dem notwendigen Verbrauch angepaßte inländische Erzeugung nicht anders zu erreichen ist, dann muß man ihr eben staatlichen Schutz und staatliche Förderung gewähren. Ob für bestimmte Agrarprodukte Schutzzölle erforderlich sind, sollte rein sachlich vom Produzentenstandpunkte aus (das heißt vom Standpunkt der deutschen Großagrarien) untersucht, nicht einem imaginären Konsumenteninteresse zuliebe verneint werden.“

Also Erhöhung der agrarischen Schutzzölle zugunsten der Großagrarien, zum Schaden der werktätigen Konsumenten!

Die deutschen Großindustriellen haben auf den verschiedenen Tagungen zur Frage der Zollpolitik eingehend Stellung genommen und in Verbindung mit den Verhandlungen in Genf Andeutungen über eine mögliche Herabsetzung der Zölle gemacht. Wie diese Herabsetzung der Zölle vonstatten gehen soll, das hat am deutlichsten wohl der Reichswirtschaftsminister Curtius zum Ausdruck gebracht, indem er erklärte, die Regierung stehe bereits mit einer Reihe von Staaten in Handelsvertragsverhandlungen, die zu einer Zollherabsetzung führen sollen. Sie sei bereit, mit solchen Ländern, mit denen bereits früher Handelsverträge bestanden hätten, neue Handelsvertragsverhandlungen darüber aufzunehmen, ob diese Tarife durch Änderung der entscheidenden Positionen in der Richtung einer weiteren Senkung der Sätze ausgebaut werden können.

Die Auffassung, daß auf dem Wege der Handelsvertragsverhandlungen eine Herabsetzung der Zollsätze durchgeführt werden soll, wurde schon im Jahre 1925 bei der Beratung der Zollvorlage vertreten. Die Sozialdemokratie, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Osterreich, hat behauptet, daß die Zölle gerade im Interesse der Herbeiführung günstiger Handelsverträge notwendig seien. Wie steht es aber in Wirklichkeit? Es gibt fast keinen Fall, wo in Verbindung mit den Handelsvertragsverhandlungen eine Herabsetzung der Zollsätze zu verzeichnen ist.

Ich erinnere daran, daß gegenwärtig mit Polen ein Zollkrieg geführt wird, weil die deutschen Großagrarien mit allen Mitteln die Einfuhr von Schweinen, Weizen, Kartoffeln usw. verhindern wollen. Ich erinnere daran, daß die deutschen Großagrarien gegen das Abkommen mit Frankreich sind, und zwar deshalb, weil die gegenwärtigen Sätze zum Beispiel des Weizenzolls 1 M niedriger sind als die deutschen Sätze. Ich erinnere weiter daran, daß der Handelsvertrag mit Kanada infolge des deutschen Weizenzolls in Höhe von 12,50 M nicht zustande kam.

Die deutsche Regierung hat in verschiedenen Publikationen zum Ausdruck gebracht: Wir sind ja für eine Herabsetzung der Zollsätze, aber die anderen Staaten, die wollen ihre Zollsätze nicht zuerst vermindern! Nun, es ist charakteristisch, daß auf der Genfer Wirtschaftskonferenz der Beschluß gefaßt worden ist, die Zollsätze herabzusetzen, daß aber ein paar Tage später dieselbe deutsche Regierung, die in Genf für die Herabsetzung der Zollsätze eintrat, die Erhöhung ihrer Zollsätze beschlossen hat.

Ich glaube, der Herr Minister sollte sich daran erinnern, daß wir in der Presse schon einmal, und zwar im Jahre 1926, ein Freihandelsmanifest der Weltwirtschaftsmächtigen gelesen haben. Damals sagte man auch: Seht, die Führer der Weltwirtschaft sind für die Wiedereinführung des Freihandels, sind für die Herabsetzung der Zölle usw. Aber einige Tage danach lasen wir in der amerikanischen Presse: Jawohl, die Amerikaner sind für die Herabsetzung der Zollsätze, aber in Europa soll damit angefangen werden. So machen es auch die Vertreter der deutschen Regierung. Sie sagen auch: Ja, wir sind für die Herabsetzung der Zollsätze, aber die anderen müssen damit anfangen.

Es ist interessant, welche Argumentationen in der Presse über die Fragen der Zollpolitik zu finden sind. Es wird zum Beispiel im „Vorwärts“ gegen die Zollpolitik der deutschen Regierung polemisiert und unter anderem folgendes gesagt:

„Die Regierung muß sich doch im klaren darüber sein, daß es sich jetzt dabei nicht nur um das Attentat auf die breite Masse der Bevölkerung handelt — daß diese von der Besitzbürgerblockregierung nichts Gutes zu erwarten hat, ist ja nichts Neues —, sondern auch um das Ansehen der deutschen Regierung in der Welt.“

Das Ansehen der deutschen Bürgerblockregierung in der Welt ist für die Sozialdemokratie von ungeheurem Wert. Das kennzeichnet das Verhältnis der Sozialdemokratie zur deutschen Bürgerblockregierung. Der Sinn der Politik der deutschen Regierung in bezug auf die Zollfrage in Genf ist am klarsten im „Deutschen Börsenkurier“ zum Ausdruck gekommen, dessen Redakteur sagt:

„Der Weltwirtschaftskonferenz gegenüber soll eine Verbeugung gemacht werden. Die Landwirtschaft soll die Zölle erhalten, die Ermäßigungen sollen erwogen werden, aber die Verschärfungen sollen stattfinden.“

In Verbindung mit der Zollerhöhung durch die deutsche Regierung steht die Frage: Was ist in Genf für die Lösung der Weltwirtschaftskrise geschehen, welchen Ausweg haben dort die Vertreter der Industriellen und der Regierungen gezeigt? Es ist klar, daß infolge der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise, infolge der zunehmenden Differenz zwischen Produktionskapazität und Aufnahmefähigkeit des Marktes die Bourgeoisie einen Ausweg sucht, wie sie aus dieser Krise herauskommt.

Man kann den Ausweg, den die Bourgeoisie in Genf aufgezeichnet hat, um aus der Krise herauszukommen, in vier Punkte zusammenfassen. Erstens: Herabdrückung der Lebenshaltung der Werktätigen, zweitens: der Versuch, das staatliche Außenhandelsmonopol in der Sowjetunion zu durchbrechen, drittens: gemeinsame Maßnahmen gegen die chinesische Revolution, viertens: der Versuch, die Industrialisierung der Agrarländer zu verhindern, um auf diese Weise Absatzgebiete für die Industrieprodukte zu bekommen.

Die Auswirkungen dieser Politik sehen wir heute schon in einer verschärften Kapitaloffensive gegen die Arbeiterklasse. Die Niederhaltung der Gewerkschaftsbewegung in England, die Streikverbote in Deutschland, die Schlichtungsordnungen in Norwegen, alles das sind Zeichen der verschärften Kapitaloffensive; ebenso die Zollpolitik in Deutschland, die eine Herabsetzung des Reallohnes der Werktätigen bedeutet. Die Weltwirtschaftskrise, die in der Richtung der vier von mir angeführten Hauptgesichtspunkte gelöst werden soll, zeigt in den letzten Wochen bereits eine weitere Verschärfung.

Wir können trotz der schärfsten Rationalisierung in Deutschland keine erhöhte Ausfuhr feststellen. Zweitens sehen wir, daß die Ausfuhr Englands zurückgeht, daß die Ausfuhr Frankreichs keine Steigerung aufweist. Wir sehen, daß der Innenmarkt Amerikas stagniert und daß die amerikanischen Industriellen dazu übergehen, mit allen Mitteln die Ausfuhr zu forcieren und damit die Konkurrenz gegenüber den Erzeugnissen Deutschlands, Frankreichs usw. auf dem Weltmarkt zu verschärfen.

Die Wirtschaftsgegensätze nehmen zu, und die Folge dieser Zuspitzung der weltwirtschaftlichen Gegensätze ist, daß die Regierungen der einzelnen Staaten, die die Interessen der Großindustriellen und Agrarier wahrnehmen, die Schutzzollmauer erhöhen, um auf Kosten ihrer werktätigen Bevölkerung den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt aufnehmen zu können. Gleichzeitig versuchen sie mit Hilfe der Zolleinnahmen Mittel zu bekommen, um ihre Kriegsrüstungen zu steigern, die einerseits zur Eroberung von Absatzgebieten und andererseits gegen die Werktätigen im eigenen Lande verwendet werden.

Vor einigen Monaten hat in Deutschland eine Diskussion darüber stattgefunden, ob infolge der kapitalistischen Rationalisierung die Preise zugunsten der Werktätigen herabgesetzt werden können. Ich glaube, nachdem wir zwei Jahre kapitalistischer Rationalisierung hinter uns haben, nachdem wir jetzt sehen, in welcher Weise die Bürgerblockregierung die Preise im Zusammenhang mit ihrer Zollpolitik erhöht, wird es hoffentlich keinen vernünftigen Menschen mehr geben, der sagt, daß die Rationalisierung zur Herabsetzung der Preise und zur Erhöhung der Löhne geführt habe.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß auf Grund der Rationalisierungsprofite und auf Grund der Gewinne, die von den Schwerindustriellen und Agrariern durch die Industriezölle und Agrarzölle eingesackt wurden, das deutsche Finanzkapital in zunehmendem Maße versucht, die Kapitalausfuhr zu fördern. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres werden 35 neue internationale Transaktionen durchgeführt, die einen Kapitalexport in Höhe von 165 Millionen Mark ausmachen. Gerade durch die Zollpolitik der Bürgerblockregierung sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, den weiteren Kapitalexport und die imperialistische Politik der deutschen Regierung überhaupt zu fördern. Statt Abbau der Zölle sehen wir Erhöhung der Schutzzollmauer, sehen wir die Beibehaltung der Hochschutzzölle.

Die deutsche Regierung hat in Genf bei den letzten Verhandlungen des Völkerbundes ganz offen zum Ausdruck gebracht, daß sie im Zusammenhang mit den Zollerhöhungen versucht, systematisch eine eigene, selbständige imperialistische Politik durchzuführen. Das kam zum Ausdruck in dem Rufe der bürgerlichen Presse gegen die Komintern, gegen die Sowjetregierung. Dieselbe deutsche Regierung, die stets Neutralität predigt, durchbricht ihre eigene phrasenhafte Neutralität und mengt sich in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion ein, indem sie davor warnt, die Erschießungen der Konterrevolutionäre fortzusetzen.

Warum sind denn die Maßnahmen der Sowjetregierung notwendig? Sie sind nichts anderes als Verteidigungsmaßnahmen gegen die imperialistischen Angriffe Englands. Die im Auftrage der Engländer von den Konterrevolutionären verübten Attentate sind die gegenwärtige neue Form der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Heute beginnen die Imperialisten den Krieg nicht mit telegrafischen Kriegserklärungen, sondern heute beginnen sie den Krieg mit Attentaten, Bandenüberfällen, mit der Wirtschaftsblockade usw. vorzubereiten. Geradeso haben die englischen Imperialisten allmählich den Krieg gegen das revolutionäre China eingeleitet und ganz systematisch ohne formelle Kriegserklärung einfach Kriegshandlungen begonnen.

Die aggressive Politik der deutschen Regierung kommt auch in den militärischen Maßnahmen zum Ausdruck, die von ihr in den nächsten Monaten vorgesehen sind. Zur gleichen Zeit, wo in Genf die deutsche Bourgeoisie sich ideologisch in die Antisowjetfront eingliedert und diese Einheitsfront mit der Bourgeoisie der westlichen Länder unter dem Deckmantel der Neutralität zu verschleiern versucht, in demselben Moment haben Verhandlungen über die Erhöhung der militärischen Streitkräfte Deutschlands, über die bessere Bewaffnung der deutschen Armee, über die Erhöhung der Kader der deutschen Armee stattgefunden. Auf diese Weise will man die militärischen Voraussetzungen für eine aggressivere imperialistische Politik schaffen und die deutsche Regierung auch militärisch in den Stand setzen, in den Kampf gegen die Sowjetregierung einzugreifen.

Ich verweise nur darauf, daß nach den Veröffentlichungen in der Presse die Kader in der deutschen Armee erhöht und an Stelle der bisher bestehenden ständigen sieben Divisionen neun Divisionen organisiert werden sollen. Der Mannschaftsbestand soll durch Einführung der dreijährigen Dienstzeit praktisch innerhalb von zwölf Jahren auf das Vierfache erhöht und das Flugzeugwesen systematisch ausgebaut werden (Zuruf des sozialdemokratischen Abg. Graupe). Wenn der Herr Abgeordnete Graupe den Zusammenhang zwischen der Zollpolitik der deutschen Bourgeoisie und ihrer imperialistischen Politik, ihrer Eingliederung in die Antisowjetfront nicht begreifen will, so unterstützt er damit die Politik, die von der Sozialdemokratie seit Jahren durchgeführt wird und die darin besteht, daß den Arbeitern eingeredet wird, die deutsche Bourgeoisie sei neutral.

*Verhandlungen des Sächsischen Landtages,
3. Wahlperiode, 1927/28,
41. Sitzung, S. 1482—1487.*

GEWERKSCHAFTLICHE FLUGSCHRIFTEN NR. 4

Aktuelle
Fragen
der
Gewerkschafts-
bewegung
von
Walter Ulbricht

VEREINIGUNG INTERNATIONALER VERLAGSANSTALTEN

BERLIN C 25 KL. ALEXANDERSTR 28

Aktuelle Fragen der Gewerkschaftsbewegung

Vorbemerkung

Die bisherigen Ergebnisse der kapitalistischen Rationalisierung, das Bestehen einer Durchschnittsarbeitszeit von über acht Stunden und die Stagnation des niedrigen Reallohns trotz ungeheurer Steigerung der Arbeitsleistung machen es notwendig, die bisherigen wichtigsten Erfahrungen der Arbeitskämpfe zusammenzufassen und zu der Frage Stellung zu nehmen:

Hat die gewerkschaftliche Aufgabenstellung, wie sie in der Denkschrift des ADGB vom Februar 1926 festgelegt ist, den Interessen der Arbeiterklasse entsprochen, oder wurde dadurch die Kapitaloffensive begünstigt?

Die Beantwortung dieser Frage ist jetzt um so nötiger, als infolge der Teuerungspolitik des Bürgerblocks, der Mietpreiserhöhungen, der Auswirkungen der Zollerhöhungen, der Portonerhöhungen usw. die Preissteigerungen weiter anhalten und der Reallohn der Arbeiter sinkt, während die Bürgerblockregierung zugleich durch ihre Schlichter und mit Hilfe der Klassenjustiz die Erkämpfung besserer Arbeitsbedingungen zu verhindern sucht.

Selbst die eingefleischtesten Reformisten können nicht bestreiten, daß es dem Reichsverband der Deutschen Industrie gelungen ist, sein Programm vom Dezember 1925 im wesentlichen zu verwirklichen, während die Arbeiterklasse Position um Position verloren hat. Darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die Arbeiter in den letzten Monaten einige Brotsamen von den Rationalisierungsprofiten erhielten, die aber durch die Teuerungspolitik des Bürgerblocks illusorisch gemacht sind. Ebenso wird das Trustkapital mit Hilfe der Bürgerblockregierung die Forderungen der Frankfurter Industriellentagung durchsetzen, wenn die Arbeiterklasse nicht mit den Methoden des revolutionären Kampfes antwortet und entschieden gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik und die wirtschaftsdemokratischen Illusionen Stellung nimmt. Wieweit die reformistische

Illusionspolitik die Politik der Industriellen begünstigt hat, das zeigt sich klar, wenn wir uns die Stellung der Sozialdemokratie zur Rede Silverbergs auf der Dresdner Industriellentagung vergegenwärtigen. Unter dem Titel „Kampf oder Gemeinschaft“ schrieb der „Vorwärts“ am 5. September 1926:

„Heute bejaht das Unternehmertum die Republik, den Dawesplan, das Recht der Arbeiterschaft an der Führung der Staatsgeschäfte. Es geht geistig dieselben Wege, die die Arbeiterschaft vorangeschritten ist. Eines Tages wird man auch widerstrebend anerkennen müssen, daß die Arbeiterschaft in den großen grundsätzlichen Fragen der Wirtschaftspolitik weiter gesehen hat als das Unternehmertum.“

Inzwischen hat die Erfahrung gelehrt, daß die Wege des Unternehmertums, die „geistig dieselben Wege“ sind, auf welchen die SPD-Führer „vorangeschritten sind“, zur verschärften Ausbeutung der Arbeiter und zur Festigung der Bürgerblockherrschaft geführt haben. In demselben Aufsatz heißt es an anderer Stelle:

„Aus dem gleichen Grunde haben wir sogar ein Interesse daran, daß der Kapitalismus, wo er nun einmal aus irgendwelchen Gründen (Welche mögen das wohl sein? W. U.) nicht beseitigt werden kann, richtig und mit dem größten Wirtschaftserfolg für die Gesamtheit, nicht aber nur für Aktionäre, Direktoren und Aufsichtsräte arbeitet. Darum traten die Gewerkschaften für eine Rationalisierung der Betriebe ein.“

Heute weiß jeder Arbeiter, daß der Wirtschaftserfolg der Rationalisierung nicht der Gesamtheit der Werkstätigen, sondern der Gesamtheit der Kapitalisten von Nutzen war. Das ist der richtige kapitalistische Wirtschaftserfolg. Die reformistische „Theorie“ von der „Rationalisierung im Interesse der Werkstätigen“ hat lediglich dazu gedient, die Arbeiter vom Kampfe gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung abzuhalten.

Nach diesen „grandiosen“ Ergebnissen reformistischer Wirtschaftspolitik ist es kein Wunder, daß die sozialdemokratische und die reformistische Presse kein Interesse hat, das Fazit der Entwicklung seit Veröffentlichung des Programms der Industriellen und des ADGB vom Winter 1926 zu ziehen. Statt dessen versuchten sie, das Augenmerk der Arbeiter auf die Reichstagswahlen abzulenken und die Illusion zu nähren, daß ein sozial-

demokratischer Stimmenzuwachs den Einfluß der SPD und der Gewerkschaften auf den Staatsapparat stärken würde, wodurch auch die Wirtschaftspolitik richtunggebend beeinflußt werden könne. Von Duisberg bis Geßler und Niedner lacht man darüber — aber die Arbeiter müssen derartige Illusionen teuer bezahlen, ebenso teuer wie den Glauben an den „Nutzen der kapitalistischen Rationalisierung für die Arbeiterklasse“.

Das Programm der Industriellen und des ADGB

Zu Beginn der Rationalisierungskrise hat der *Reichsverband der Deutschen Industrie* eine Denkschrift an alle Kreise der Bevölkerung gerichtet, überschrieben: „*Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik*“ (Dezember 1925). Darin haben die Industriellen jene Forderungen begründet, die nicht nur für den Reichsverband der Deutschen Industrie, sondern auch für die Reichsregierung die Richtschnur in den letzten zwei Jahren waren und noch sind. In diesem Programm der Kapitaloffensive gegen die Werktätigen wurden unter anderem folgende Hauptforderungen der kapitalistischen Wirtschaftspolitik aufgestellt:

1. Die erfolgreiche Durchführung der Rationalisierung erfordert die Maximalleistung jedes einzelnen.
2. Die Lohnhöhe müsse sich nach der Leistung richten. Dabei könne sich die Lohnhöhe nicht nach dem auf Grund von Indexzahlen ermittelten Minimum von Unterhaltungsmitteln richten, sondern müsse nach rein objektiven wirtschaftlichen Faktoren bemessen werden.
3. Beseitigung der Uniformierung der Löhne. Größere Lohn-differenzierung nach der Leistung jedes einzelnen.
4. Keine schematische Anwendung des Achtstundentages. Für betriebliche Regelung der Arbeitszeit. Für längere Arbeitszeit überall dort, wo sie mit Produktionssteigerung verbunden ist.
5. Ausbau des Monopols zur Verhinderung der Preisherabdrückung infolge gegenseitiger Konkurrenz.
6. Restlose Beseitigung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens.

Gegenüber diesen Forderungen der Industriellen hatte der ADGB in seiner *Denkschrift vom Februar 1926* betont,

„daß für die Lösung einzelner Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik die gemeinsame Arbeit aller Kreise erstrebenswert ist zum Zwecke der Überwindung der gegenwärtigen Krise und der Entfaltung der produktiven Kräfte der deutschen Wirtschaft“.

Weiter erklärte der Bundesvorstand des ADGB:

„Wir fordern deshalb neben einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung und Notstandsmaßnahmen als wichtigste Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik, den Rationalisierungsprozeß zu fördern, die Arbeitseinkommen zu steigern und die Preise zu senken. Auf dieses Ziel müssen entscheidend die einzelnen Vorschläge zur deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik der Gegenwart gerichtet sein.“

Die Gegenüberstellung der wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Bundesvorstandes des ADGB zeigt Übereinstimmung in dem Willen zur gemeinsamen Überwindung der Wirtschaftskrise auf dem Wege der kapitalistischen Rationalisierung. In bezug auf die Lohn- und Preispolitik stehen sich jedoch die Forderungen schroff gegenüber. Heute zeigt sich klar, daß der Reichsverband der Industriellen unter Führung des Trustkapitals seine programmatischen Forderungen in weitestgehendem Maße durchgesetzt hat, während die Forderungen des Bundesvorstandes des ADGB nur insofern verwirklicht wurden, als die Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung durch die Gewerkschaften zu einer bedeutenden Steigerung der Produktivität geführt hat, das heißt zur Erhöhung der Profite, nicht aber zur Herabsetzung der Preise und Erhöhung der Reallöhne oder zu einer Verkürzung der Arbeitszeit unter acht beziehungsweise sieben Stunden täglich.

Diese Mißerfolge der Gewerkschaften sind vor allem darauf zurückzuführen, daß das Programm des ADGB nicht auf der marxistischen Analyse der kapitalistischen Wirtschaft und damit auf der Lehre von der Unüberwindbarkeit der Klassengegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft basiert. Zum Beispiel wird in der *Denkschrift* des ADGB gesagt, daß der Sinn der wirtschaftlichen Entwicklung die Steigerung des Wohlstandes der Massen sei. Wie ist es möglich, daß der ADGB eine solche Behauptung aufstellt, die mit der Erfahrung in schroffem Widerspruch steht?

Einfach deshalb, weil die reformistischen Theoretiker nicht von der Frage ausgehen: *Wer besitzt die Produktionsmittel, welche Stellung nehmen die Arbeiter im gesellschaftlichen Produktionsprozeß ein, wer beherrscht den Staatsapparat?* Sie gehen von einem Wirtschaftssystem aus, das erst nach Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln Wirklichkeit wird. Erst in einer sozialistischen Gesellschaft ist der Sinn der wirtschaftlichen Entwicklung die Steigerung des Wohlstandes der Massen. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin und jede Gewerkschaftsleitung erfährt täglich, daß die Kapitalisten nur im Interesse ihres Profites produzieren lassen. Ohne Profit raucht kein Schornstein. *Erhöhung der kapitalistischen Profite bedeutet aber nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Stärkung der kapitalistischen Macht.*

Ist es nicht der Gipfel reformistischer Illusionen, von den deutschen Arbeitern zu verlangen, sie sollen die deutsche kapitalistische Wirtschaft der Duisberg, Klöckner, Thyssen, Borsig und Kompanie in derselben Weise unterstützen, wie die sowjetrussischen Arbeiter den Aufbau ihrer Staatsindustrie fördern? Die Sowjetgewerkschaften verwirklichen die Losung von Karl Marx: Die Gewerkschaften müssen Schulen des Sozialismus sein. Welche Auffassung vertritt demgegenüber der ADGB? In der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 23, Jahrgang 1927, lesen wir, daß das Ziel der Gewerkschaftsbewegung von jeher war, „mit Hilfe des Staates die Regelung der kapitalistischen Wirtschaft zu organisieren“. Selbst ein Teil der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder wird zugeben, daß das nicht von jeher die Aufgabe der Gewerkschaften war. Bekanntlich hat Karl Marx gesagt: *Die Gewerkschaften müssen Schulen des Sozialismus sein. Das heißt, sie müssen die Organisationsmittelpunkte der Arbeiterklasse zu deren vollständiger Befreiung werden.* Das ist nach Marx nicht durch Organisierung der kapitalistischen Wirtschaft möglich, sondern durch die Enteignung der Besitzer der Produktionsmittel und Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates mittels der proletarischen Diktatur.

Der reformistischen Politik hat es die Mitgliedschaft der freien Gewerkschaften vor allem zu danken, daß es den Industriellen gelungen ist, ihre Forderungen im wesentlichen durchzusetzen.

Die „gemeinsame Arbeit aller Kreise“ hat nur den deutschen Industriellen genützt und ihre wirtschaftliche Macht soweit gestärkt, daß sie in Form der Bildung der Bürgerblockregierung auch ihre politische Macht festigen konnten. Diese Tatsachen zwingen zur Beantwortung der Frage:

Was muß die Arbeiterklasse tun, um sich gegen die verschärfte Kapitaloffensive mit Erfolg zur Wehr zu setzen und die Macht des Bürgerblocks zu brechen?

Die Antwort ist wesentlich von der Beurteilung der Wirtschaftslage und der Perspektive der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung abhängig.

Wirtschaftslage und Kapitaloffensive in Deutschland

Seit ungefähr einem Jahr befindet sich die deutsche kapitalistische Wirtschaft in einer Konjunkturperiode. Den Anstoß dazu gab der englische Bergarbeiterstreik insofern, als vorübergehend die englische Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgeschieden war und die deutschen Kohlen- und Eisenkönige ihr Absatzgebiet auf englische Kosten erweitern konnten. Die Extraprofiten der deutschen Industriellen als Folge des englischen Streiks und der verschärften Ausbeutung der Bergarbeiter werden auf ungefähr 1 Milliarde Mark geschätzt. Diese Kapitalbildung wirkte konjunkturfördernd im Inland. Darüber hinaus ist die Hauptursache der gegenwärtigen Konjunktur, die sich im wesentlichen auf den Inlandsmarkt beschränkt, die verschärfte Ausbeutung und Aussaugung der Arbeiter. In entscheidendem Maße wurde die Konjunktur gefördert durch:

- a) Anlegung von Rationalisierungsprofiten in industriellen Neubauten, Erneuerung des Maschinenparks usw.;
- b) Belebung des Wohnungsbaus infolge erleichterter Finanzierung;
- c) größere Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft für Industrieprodukte infolge wesentlicher Preiserhöhung der Agrarprodukte;
- d) Rückgang der Arbeitslosigkeit und dadurch Erhöhung der Kaufkraft eines Teiles der Arbeiter (durch Arbeitslosigkeit gin-

gen im ersten Vierteljahr 1926 1730 Millionen Arbeitsstunden verloren, im zweiten Vierteljahr 1927 nur rund 680 Millionen).

Da sich die Konjunktur nur auf den Inlandsmarkt beschränkt, bedeutet das eine zunehmende Passivität der Handelsbilanz. Den vom Ausland eingeführten größeren Rohstoffmengen steht keine vermehrte Ausfuhr gegenüber. Die Zahlung der Kosten des Einfuhrüberschusses und damit die Fortführung der Inlandskonjunktur ist daher nur möglich, wenn Kapital im Ausland geborgt wird. Der Kapitalimport Deutschlands betrug in der Zeit von 1914 bis Herbst 1927 8 Milliarden Mark. Diese ungeheure ökonomische Abhängigkeit vom amerikanischen und englischen Finanzkapital ist eine der Ursachen für die Westorientierung der deutschen Bourgeoisie.

Trotz der Hochkonjunktur ist gegenwärtig das Arbeitslosenheer doppelt so groß als vor dem Kriege. Während in den Konjunkturperioden der Vorkriegszeit 2 bis 3 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitslos waren, sind es jetzt noch immer 6 Prozent. Ungefähr 1 Million Arbeiter sucht Beschäftigung. In diesen Zahlen zeigen sich deutlich die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung. Eine immer größere Zahl Arbeiter hat keine Möglichkeit mehr, Arbeit zu finden.

Die Reformisten glauben der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft einen Dienst zu erweisen, wenn sie die Herabsetzung der Preise zum Zwecke der Erweiterung des Inlandsmarktes fordern. Das kartellierte und vertrustete Kapital denkt gar nicht daran, etwa durch Preisherabsetzungen die Kaufkraft der Massen zu erhöhen, sondern es trifft im Gegenteil Vereinbarungen, um durch Monopolisierung der Wirtschaft, durch Ausschaltung der Konkurrenz die Preise hochzuhalten und zu erhöhen. In der Denkschrift des Verbandes der Industriellen ist das offen gesagt.

Ein weiteres Mittel zur Preishochhaltung und Profiterhöhung ist das Hochschutzzollsystem. Die Schutzzölle sollen nicht nur die Einfuhr billiger Waren verhindern, sondern den Profit erhöhen, denn auch die Preise der im Lande selbst produzierten Waren werden in der Höhe des Schutzzolles gesteigert. Wenn gegenwärtig besonders viel über den Abbau der Zölle geschwätzt wird, so meinen die kapitalistischen Regierungen dabei hauptsächlich den Abbau der Zölle in den Agrarstaaten und Kolonien sowie

die Herabsetzung des Zolles für solche Produkte, die in dem betreffenden Land nicht genügend rentabel produziert werden. Ein Abbau von Zöllen wird in der Regel nur in den Fällen durchgeführt, wo die Truste und Kartelle durch monopolistische Vereinbarungen die Herabdrückung der Preise verhindern können (zum Beispiel Internationales Eisenkartell).

In manchen Gewerkschaftszeitungen wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die weitere Rationalisierung der Produktion doch zu einer Preisherabsetzung führen werde. Es wird also eine unbeschränkte Ausdehnung des Marktes angenommen, denn bei unbeschränkter Massenproduktion wäre eine Preisherabsetzung bei gleichzeitiger Profiterhöhung möglich. Da aber auch bei weiterer Rationalisierung die Absatzmöglichkeiten nicht entsprechend der Entwicklung der Produktivität der Arbeit zunehmen, so werden die Kapitalisten auch künftig, vor allem durch monopolistische Vereinbarungen, bestrebt sein, die Preise hochzuhalten und zu erhöhen, um sich so erhöhten Profit zu sichern. Preisherabsetzung würde Herabsetzung des Profites bedeuten. Bei allgemeinen Preisherabsetzungen würde der dadurch etwas erhöhte Absatz nicht einen solchen Profit bringen wie die monopolistische Preishochhaltung.

Es ist charakteristisch, daß trotz der guten Inlandskonjunktur, die nach Meinung der bürgerlichen Wirtschaftler die Voraussetzung der Erhöhung der Ausfuhr ist, und trotz der Herabsetzung der Produktionskosten durch die Rationalisierung die Warenausfuhr nicht erhöht werden konnte und vor allem keine Steigerung der Fertigwarenausfuhr zu verzeichnen ist.

Der Außenhandel Deutschlands

			Einfuhr	Ausfuhr	Differenz
Mai	1925	993	728	— 264,8
Mai	1926	703	729	+ 26,1
Januar	1927	1093	799	— 294,8
April	1927	1096	797	— 299,4
Mai	1927	1073	833	— 240
Juli	1927	1277	847	— 430

Deutsche Ausfuhr an Fertigwaren

(Vorkriegswert in Millionen Mark)

Monatsdurchschnitt 1913	562
September 1926	429
Dezember 1926	419
Januar 1927	423
März 1927	440
Mai 1927	456
Juli 1927	470
Monatsdurchschnitt Januar bis Juli 1927	434

Wir sehen also, daß die Fertigwarenausfuhr sowohl in der Zeit der Konjunktur wie in der Zeit der Krise verhältnismäßig stabil geblieben ist. Da eine Erhöhung der Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes kaum im Bereiche der Möglichkeit liegt und da obendrein im nächsten Jahre Reparationszahlungen in Höhe von 2 $\frac{1}{2}$ Milliarden Mark zu leisten sind, die ebenfalls die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt beeinträchtigen, sind die Industriellen allgemein bestrebt, mit allen Mitteln die Produktionskosten durch verschärfte Ausbeutung zu senken, um die Ausfuhr auf Grund niedriger Preise zu steigern. Für die Beurteilung der Wirtschaftslage durch die Bürgerblockregierung und die Industriellen ist die Rede des Reichswirtschaftsministers *Curtius* auf der Frankfurter Industriellentagung bezeichnend:

„Niemals vor dem Kriege waren wirtschaftliche Krise und wirtschaftlicher Aufstieg so nahe aneinander, niemals waren die Kurven so steil, niemals war die Zahl der Menschen, die wider ihren Willen von nutzbringender Arbeit ausgeschlossen waren, so groß und ihre Wiederaufnahme in den Produktionsprozeß so plötzlich, wie dies bei der letzten Konjunkturentwicklung Deutschlands zutage trat. Nie gab es in gleichem Umfange neben den allgemeinen, sich auf alle Länder erstreckenden Konjunkturverhältnissen der Welt so starke Sonderkonjunkturen einzelner Länder, wie sie Europa während der letzten Jahre infolge der erst allmählich und zu verschiedenen Zeitpunkten einsetzenden Stabilisierung der Währung und der wirtschaftlichen Umstellung gesehen hat. Wenn auch diese Vorgänge jetzt im großen und ganzen der Vergangenheit angehören, so bleiben doch noch eine Reihe von Umständen übrig, die auch die kommenden Jahre als nicht normale im Sinne der Vorkriegszeit erscheinen lassen.“

Auf Grund dieser Beurteilung der Wirtschaftslage stellte *Curtius* im Namen des Trustkapitals und der Bürgerblockregierung für die kapitalistische Wirtschaft Deutschlands als Hauptaufgabe:

„Verflechtung in die Weltwirtschaft und Bildung eigenen Kapitals sind die beiden großen Aufgaben, welche die deutsche Wirtschaftspolitik lösen muß.“

Also die alte Losung: Kapitalbildung! „Wir müssen ins Verdienen kommen!“ Das heißt, der Profit muß um jeden Preis erhöht werden, damit die deutsche Bourgeoisie auf Kosten der deutschen Arbeiter mit Erfolg den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt führen kann. Selbst die hellhörigsten Reformisten werden aus dieser programmatischen Erklärung von *Curtius* nicht entnehmen können, daß durch Stärkung der Kaufkraft der Werktätigen der Inlandsmarkt erweitert werden soll. Was kümmert die deutschen Industriellen das Elend der Arbeiter? Kapital-export ist rentabler! Auf welchem Wege die verstärkte Kapitalbildung geschehen soll, das sagten der Beherrscher der chemischen Gifthöhlen, *Duisberg*, und der Sekretär des Reichsverbandes, *Kastl*: Durch Erzielung von Qualitätsarbeit mit möglichst niedrigen Produktionskosten sollen die Auslandsmärkte erobert werden.

Die Verwirklichung dieser Forderung stößt auf die größten Schwierigkeiten. Die Industrialisierung der Agrargebiete und Kolonien während und nach dem Kriege hat zur Folge, daß die europäische Industrie dort nur noch hochwertige Qualitätswaren absetzen kann. Infolge der Konkurrenz der Industrieländer untereinander ist auch das nur bei niedrigsten Produktionskosten und bei gleichzeitiger Preishochhaltung im eigenen Lande durch monopolistische Vereinbarungen der Kartelle und Truste möglich. Deshalb hat Herr *Duisberg* nachzuweisen versucht, daß an der mangelnden Kapitalbildung und an den hohen Produktionskosten die Arbeiter schuld sind. Der Reallohn der Arbeiter sei im Verhältnis zur Vorkriegszeit stabil geblieben, die Dividenden seien aber viel niedriger als früher. Es war nicht zu erwarten, daß uns Herr *Duisberg* sagt, daß die Dividenden nur der Teil des Profits sind, der nicht mehr verschleiert werden kann, aber sein Zahlenschwindel, der die Notlage der Kapitalisten beweisen sollte, war doch zu plump.

Als Beweis wollen wir die Information des „Berliner Tageblattes“ über die Bilanzstatistik deutscher Aktiengesellschaften anführen („Berliner Tageblatt“, Abendausgabe, 7. September 1927). Dort wird gesagt:

„Der durchschnittliche Reingewinn beläuft sich auf nur 5,5 Prozent des Aktienkapitals, es muß aber berücksichtigt werden, daß die Abschreibungen 50,1 Prozent der erzielten Rohgewinne betragen, daß sie absolut betrachtet also höher sind als der Ausschüttungsbetrag. Der Rohgewinn stellt sich im Durchschnitt auf 11 Prozent des erfaßten Aktienkapitals. Diese Verzinsung ist volkswirtschaftlich als günstig zu bezeichnen. Die Aktionäre erhalten freilich nur 63,8 Prozent des Reingewinnes als Dividende. Der Rest geht trotz der zuvor erfolgten Stärkung der inneren Reserven noch in die offene Reserve beziehungsweise kommt zum Vortrag auf neue Rechnung, was im Effekt dasselbe ist. Auf den Rohgewinn bezogen heißt das, daß nur 42 Prozent der tatsächlichen Überschüsse den Aktionären direkt zugute kommen.“

Diese Veröffentlichung des „Berliner Tageblattes“, die auch durch Veröffentlichungen der „Frankfurter Zeitung“ bestätigt wird, enthüllt zur Genüge Duisbergs Märchen über die niedrigen Dividenden.

Fassen wir die Forderungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zur „Erzielung der Qualitätsarbeit bei niedrigsten Produktionskosten“ zusammen, so erhalten wir folgendes Bukett, das wahrlich nicht nach Wirtschaftsdemokratie riecht:

1. „Bestmögliche Auswertung der Arbeit.“

„Jeder einzelne muß sich klar sein, daß ohne persönliche Opfer keine Gesundung möglich ist.“

„Freudige Hingabe der Beamten und Arbeiter an das gemeinsame Werk.“

2. Keine Erhöhung des Reallohnes der Arbeiter, weil dadurch die Kapitalbildung verhindert wird.

3. Gegen Achtstundentag und Überstundenzuschlag.

Dazu sagte Kastl wörtlich:

„Wie kann in einem Lande mit solcher Kapitalarmut und derartig hohen auswärtigen Verpflichtungen freiwillige Mehrarbeit bestraft werden? Besonders bedenklich ist es aber, daß für Mehrarbeit eine besondere Vergütung durch das Arbeitszeitgesetz vorgeschrieben wurde und daß das Gesetz selbst als angemessene Vergütung einen

25prozentigen Zuschlag zum Lohne bezeichnet. Das bedeutet eine Beschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit, die zu den positiven Erfordernissen der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftsverhältnisse im stärksten Widerspruch steht."

4. Abbau der Sozialpolitik, weil durch sie die Produktionskosten verteuert werden.
5. Ermäßigung der direkten Steuern, vor allem der Einkommensteuern in den höheren Stufen.
6. Förderung der Werksgemeinschaftspolitik:

„Das Dinta-Institut in Düsseldorf hat trotz der kurzen Zeit seines Bestehens eine erstaunlich umfassende und vielseitige Tätigkeit ausgeübt. Es will, wie Sie wissen, eine ‚Menschenwirtschaft‘ durchführen ... immer unter dem Gesichtswinkel der Werksproduktivität.“ (Rede Kastls.)

Die Durchsetzung dieser Forderungen ist nur möglich mit Hilfe des Staatsapparates der „demokratischen deutschen Republik“. Um die Unterstützung der Politik des Trustkapitals durch die „Republik“ künftig zu erleichtern, fordert der Reichsverband der Deutschen Industrie

„eine Verfassungsreform, die nur in einer systematischen Erweiterung der Reichsgewalt bestehen kann ... Damit wollen wir für die Wirtschaft nicht den Primat verlangen. Unser Ziel ist vielmehr, auf der Grundlage einer gesunden Wirtschaft den Primat des Staates zu festigen.“

Wahrlich, die Bescheidenheit des deutschen Trustkapitals steht in der Geschichte einzig da. Der Reichsverband der Deutschen Industrie verzichtet gern auf die sichtbare Vorherrschaft über den Staat — wenn seine Beauftragten die Hindenburgrepublik regieren und dafür sorgen, daß die Wirtschaftspolitik im Sinne der Richtlinien des Reichsverbandes der Deutschen Industrie durchgeführt wird, wenn eine „vernünftige Steuerpolitik“ die Steuern auf hohe Einkommen herabsetzt, wenn Reichswehr und Polizei ihre Pflicht erfüllen und auch Herr Niedner in gewohnter Weise seinen „republikanischen“ Aufgaben gerecht wird.

Daß es der Reichsregierung heiliger Ernst ist mit der Durchführung der Forderungen des Reichsverbandes, beweist die Tatsache, daß im Interesse der „Verflechtung in die Weltwirtschaft“, das heißt im Interesse der imperialistischen Politik, der Sekretär

des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Herr Kastl, als deutscher Vertreter in die Mandatskommission (Kolonialkommission) des Völkerbundes delegiert wurde.

Was hat der Bundesvorstand des ADGB auf das Programm der Industriellen geantwortet?

Hat er den Gewerkschaftsmitgliedern gesagt, daß sich hinter der Losung „Qualitätsarbeit“ und der Forderung der „volkswirtschaftlichen Einheit von Wissenschaft, Unternehmertum und Arbeiterschaft im Produktionsprozeß“ der Wille zur Stabilisierung des Elends der Arbeiter und zur aktiven imperialistischen Politik (Eroberung von Absatzmärkten) verbirgt? Diese Aufklärungskampagne über das Programm der Industriellen wäre um so nötiger, als die Unternehmer der wichtigsten Industrien offen zum Schlage gegen die Arbeiter rüsten. Bekanntlich hat der Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe seine Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß

„über kurz oder lang ein großer Kampf zwischen der Arbeitgeberschaft und der Arbeiterschaft über gewisse Prinzipien beziehungsweise Lebensnotwendigkeiten der deutschen Wirtschaft entbrennen werde, deshalb haben die Unternehmer in Rheinland-Westfalen und die Unternehmer der Textilindustrie beschlossen, zur Gründung einer Streikkasse (Gefahrengemeinschaft) monatlich einen Betrag pro Arbeitnehmer zu erheben“.

Wir glauben, daß diese Anweisung zur Genüge die Forderungen der Frankfurter Industriellentagung erläutert. Die reformistischen Führer interessiert das aber sehr wenig, sie suchen den Weg zur „Wirtschaftsdemokratie“. Deshalb antworten sie den Industriellen in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 17. September unter anderem folgendes:

„Wir halten diese geistige Kooperation (Zusammenarbeit) (das bezieht sich auf die Industriellenforderung betr. Einheit von Wissenschaft, Unternehmertum und Arbeiterschaft im Produktionsprozeß. W. U.) nur dann für möglich, wenn die Arbeiter wirklich als an der Wirtschaft aktiv beteiligt anerkannt werden, indem ihrer aktiven Be-

teiligung Raum gegeben wird, durch ein Mitbestimmungsrecht in den führenden Organen, welche die Entwicklung der Wirtschaftsorganisation heute schon erzeugt hat, und in anderen Organen öffentlich-rechtlicher Art, die geschaffen werden müssen, um die Wirtschaft weiterhin durchzuorganisieren. In dem Ausbau einer solchen gemeinnützigen Verfassung der Wirtschaft hätten wir das Ziel, dessen wir nach Bücher ebenfalls bedürfen, um jene ‚geistige Kooperation‘ herbeizuführen.“

Die Industriellen rüsten zum Kampf, während die Reformisten den Weg zur „geistigen Kooperation“ mit dem Unternehmertum suchen und weinerlich die Industriellen fragen:

„Warum lehnt man die Aufnahme von Vertretern der Arbeiterschaft in die Leitungen der Kartelle und ähnlicher Unternehmerorganisationen ab und verweigert die Ausgestaltung der Handels-, Handwerks- und Gewerbekammern zu paritätisch besetzten Wirtschaftskammern?“

Die Industriellen verkündeten in Frankfurt klar das Programm ihrer Machtpolitik, und der ADGB antwortet mit der Forderung „wirtschaftlicher Moral“ und paritätischer Besetzung der verstaubten Handels-, Handwerks- und Gewerbekammern und ihrer Umgestaltung zu Wirtschaftskammern. (Wahrscheinlich soll dort den Unternehmern von den Reformisten die „wirtschaftliche Moral“ gelehrt werden.) Ist es verwunderlich, wenn die Industriellen einen solchen „Widerstand“ nicht ernst nehmen und um so frecher ihre Forderungen durchsetzen?

Die Weltwirtschaftslage und der kapitalistische „Ausweg“

Welche Kräfte wirken dem Bestreben des deutschen Kapitalisten zur Gewinnung von Absatzmöglichkeiten und Eroberung von Absatzgebieten auf dem Weltmarkt entgegen? Vor allem ist es die Tatsache, daß der Widerspruch zwischen der Produktionskapazität (Leistungsfähigkeit) der Industrie und den Absatzmöglichkeiten in allen kapitalistischen Ländern in zunehmendem Maße verschärft wird. Auch die anderen kapitalistischen Staaten suchen nach größeren Absatzmöglichkeiten für ihre Industrieprodukte. Die Verschärfung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes resultiert hauptsächlich aus folgenden Ursachen:

1. Entwicklung der Produktivkräfte, vor allem auf dem Wege der kapitalistischen Rationalisierung in allen Ländern.

2. Sinken der Kaufkraft der Werktätigen in den kapitalistischen Staaten.
3. Industrialisierung der Agrarländer und Kolonien.
4. Verlust beziehungsweise Beschränkung des chinesischen Marktes infolge der nationalrevolutionären Bewegung.
5. Ausschaltung der Sowjetunion als offenes Absatzgebiet.
6. Steigerung der amerikanischen Ausfuhr.

Es ist charakteristisch für die Weltwirtschaftslage, daß der europäische Handel im Jahre 1926 noch geringer war als 1913 und daß der Welthandel (der zwischenstaatliche Handel) gegenwärtig ungefähr 15 Prozent hinter dem Welthandel von 1913 zurücksteht. Die Ausfuhr der englischen, französischen, italienischen und auch der deutschen Industrie stagniert. Der Kampf zwischen den Kartellen und Trusten um den Weltmarkt nimmt immer schärfere Formen an. Die Ungleichheit der kapitalistischen Entwicklung der einzelnen Länder (industrieller Vorsprung Deutschlands, Wirtschaftskrise in England, Entwicklung Frankreichs vom Rentnerstaat zum Industriestaat, zunehmender Kapitalexport Amerikas) ist unvermeidlich verbunden mit dem Kampf um die Neuaufteilung der Welt, mit der Verschärfung der imperialistischen Gegensätze, mit der unmittelbaren Kriegsgefahr. Verschärfend wirkt dabei die veränderte Bedeutung der einzelnen Rohstoffe und der Kampf um die Rohstoffquellen (zum Beispiel Öl). Der Übergang zur Ölfeuerung, die zunehmende Verwendung leichter Metalle an Stelle der schweren Metalle, die Verwendung der Kunstseide an Stelle der Baumwolle, die Entwicklung der chemischen Industrie und anderes beeinflußt die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den imperialistischen Staaten. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf den neu erstarkten deutschen Imperialismus, dessen Kraft durch die Entwicklung der chemischen Industrie, die in hervorragendem Maße Kriegsindustrie ist, wesentlich gestärkt wurde und noch wird.

Die Zuspitzung der kapitalistischen Gegensätze auf dem Weltmarkt, die durch weitere Fortschritte der kapitalistischen Rationalisierung in steigendem Maße verschärft wird (Widerspruch zwischen Leistungsfähigkeit der Industrie und Absatzmöglichkeit), war der Anlaß zur Genfer Wirtschaftskonferenz. Welches

war der Ausweg, den die Genfer Wirtschaftskonferenz zur Beseitigung der Krisenelemente in der Weltwirtschaft zeigte? Die Konferenz gab die Antwort:

Verschärfte Durchführung der kapitalistischen Rationalisierung in allen Ländern. Abwälzung der Kosten des kapitalistischen Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt auf die Schultern der Werktätigen.

Zweifellos kann auf dem Wege der kapitalistischen Rationalisierung, als Folge der verschärften Ausbeutung der Werktätigen, vorübergehend, wie zum Beispiel in Deutschland, die Konjunktur gefördert werden. Eine solche Erhöhung der Intensität und Produktivität der Arbeit mittels Antreibersystems und technischer Verbesserungen, durch bessere Organisation der Produktion im einzelnen Betrieb und durch Trustbildung schafft aber auf die Dauer noch immer keine neuen Absatzmöglichkeiten.

Die wirtschaftspolitische Orientierung der Genfer Wirtschaftskonferenz ist eine genügend eindeutige Antwort auf die Illusion der Reformisten, die glauben, mit Hilfe solcher Wirtschaftskonferenzen und mit Hilfe des Internationalen Arbeitsamtes eine Reformierung des Kapitalismus durchsetzen zu können. Die Reden der kapitalistischen Vertreter zeigten, daß sie sich nicht durch wirtschaftsdemokratisches Geschwätz von der Wahrung ihrer Klasseninteressen abhalten lassen. Der Vertreter der deutschen Großindustriellen, Herr v. Siemens, sagte offen, daß die Niedrighaltung der Löhne die wichtigste Maßnahme zur Abschwächung der weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten sei. Andere Redner forderten die verschärfte Durchführung der Rationalisierung. Es ist charakteristisch, daß der Vertreter des ADGB, Kollege Eggert, auf diese freche Rede von Siemens kein Wort zu erwidern wußte.

Den in Genf gezeigten Ausweg aus den Schwierigkeiten des Kapitalismus kann man zu folgenden Hauptpunkten zusammenfassen:

1. Verschärfte kapitalistische Offensive gegen die Werktätigen in allen Ländern. Systematische Weiterführung der Rationalisierung.

2. Kampf gegen das Außenhandelsmonopol der Sowjetunion mit Hilfe der Wirtschafts- und Finanzblockade, um durch Beseitigung des Außenhandelsmonopols den russischen Markt zu erschließen.
3. Niederwerfung der chinesischen Revolution, um das riesige chinesische Absatzgebiet wiederzugewinnen.
4. Verhinderung der Industrialisierung der Agrarstaaten und Abbau der Schutzzollmauern vor allem in den Agrarländern. Die Vertreter jeder Regierung forderten Abbau der Schutzzölle, aber zuerst bei den anderen Staaten.

Gegenüber diesem Programm der Kapitaloffensive im Weltmaßstab fordert Jouhaux im Auftrage des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) die

„Schaffung einer beratenden Wirtschaftskonferenz, deren Mitglieder von den verschiedenen Regierungen auf dem Gebiete der Finanzen, der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft, der Arbeit und des Verbrauches ernannt werden, die alle drei Jahre zusammentreten soll und ihre Empfehlungen und Beschlüsse weiterzuleiten hätte an den Internationalen Wirtschaftsrat, der aus 18, darunter 12 vom Völkerbundsrat und 6 vom Internationalen Arbeitsamt ernannten Mitgliedern bestehen soll“.

Der IGB ist also der Meinung, daß die Schaffung eines Internationalen Wirtschaftsrates, der sich in der Mehrheit aus kapitalistischen Interessenvertretern zusammensetzt, die wichtigste Maßnahme ist, um die Interessen der internationalen Arbeiterklasse wahrzunehmen. Das ist ungefähr dasselbe, als wenn die deutschen Arbeiter, statt den politischen und gewerkschaftlichen Kampf zu führen, sich auf den Reichswirtschaftsrat oder auf das Reichsarbeitsministerium verlassen würden. Die Forderung der Vertreter des IGB auf der Weltwirtschaftskonferenz zeigt, daß es den Reformisten nicht darauf ankommt, die Klasseninteressen der Arbeiter wahrzunehmen, sondern die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft im Weltmaßstab zu fördern und die Krisenelemente in der Weltwirtschaft zu mildern.

Auf der Weltwirtschaftskonferenz traten den kapitalistischen und reformistischen Rednern die Mitglieder der Sowjetdelegation als die Vertreter der Klasseninteressen des Weltprole-

tariats und der Werktätigen der Sowjetunion entgegen. Gegenüber dem Programm der Kapitalsoffensive begründete der Vertreter des sowjetrussischen Metallarbeiterverbandes die Forderung auf Erhöhung des Reallohnes, Achtstundentag und Sechsstundenschicht, Gewerkschaftsfreiheit und ausreichende Arbeitslosenunterstützung. Jeder Arbeiter muß zugeben, daß der Kampf um diese vier Forderungen den Arbeiterinteressen entspricht und nicht die Schaffung eines Internationalen Wirtschaftsrates, der sich obendrein in der Mehrheit aus Kapitalisten zusammensetzen soll. Darüber hinaus begründete der Führer der sowjetrussischen Delegation die folgenden *Vorschläge der Sowjetunion*:

Annullierung sämtlicher Kriegsschulden sowie sämtlicher Zahlungen, die auf den Weltkrieg Bezug haben.

Erhöhung der Löhne der Industriearbeiter.

Wiederherstellung des Achtstundentages und Einführung des Sechsstundentages im Bergbau sowie in den die Gesundheit gefährdenden Industrien.

Völlige Freiheit der gewerkschaftlichen Organisationen, insbesondere Freiheit des Streikrechts.

Weitgehende Unterstützung sämtlicher Arbeitslosen.

Kampf gegen die Preiserhöhung der Industriewaren als Folge der Kartellbildung.

Beseitigung des Protektoratssystems über Mandatsgebiete und Kolonien, Rückzug der Truppen aus den Kolonien, Anerkennung der Selbstbestimmungsrechte der Völker.

Zurückziehung aller fremden Truppen aus China, völlige politische und wirtschaftliche Freiheit für China.

Einstellung des wirtschaftlichen und politischen Boykotts gegen die Sowjetunion, Wiederherstellung der Beziehungen zur Sowjetunion auf der Basis der Gleichberechtigung unter folgenden Bedingungen:

- a) die Sowjetunion erhält Kredite zur Erhöhung ihrer Kaufkraft;
- b) das ausländische Kapital erhält in der Sowjetunion Konzessionen;

- c) Herstellung technischer Zusammenarbeit und Austausch von Sachverständigen auf dem Gebiete der industriellen Technik;
- d) völlige Abrüstung und Beseitigung aller ständigen Armeen und Flotten, Organisierung der Arbeiter und Bauern, die die Beseitigung aller militärischen Zwecken dienenden Einrichtungen zu kontrollieren haben.

Die Antwort der Imperialisten auf die Forderungen der Sowjetregierung waren die Besetzung der Arcos, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die Regierung Baldwin-Chamberlain, die verstärkten Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Die englischen Imperialisten sind sich klar, daß eine weitere Festigung der ökonomischen und politischen Kraft der Sowjetunion größere Schwierigkeiten der Imperialisten in den Kolonien und bei der Durchführung der Kapitalsoffensive gegen die Werktätigen zur Folge haben wird.

Die zentrale Frage ist das Verhältnis zwischen dem Kapitalismus auf der einen Seite und dem Weltproletariat und der Sowjetunion auf der anderen Seite. Das wirtschaftliche Erstarren der Sowjetunion bedeutet nicht nur verstärkte Konkurrenz auf dem Petroleum- und Getreidemarkt, sondern zugleich militärische Stärkung der proletarischen Staatsmacht. Der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion ist den Arbeitern und Bauern in allen Ländern ein nachahmungswertes Vorbild, das geeignet ist, den revolutionären Kampf in allen Ländern zu fördern. Es kommt hinzu, daß die sowjetrussischen Arbeiter in vorbildlicher Weise den englischen Bergarbeiterstreik, die chinesische Revolution und den Befreiungskampf der unterdrückten Völker unterstützt haben. Die Existenz der Sowjetunion bedeutet somit die Stärkung der Kampffront der Arbeiter gegen die Kapitalsoffensive und für die Betreuung der Arbeiterklasse. Das ist der Grund, warum die englische Regierung eine Kriegsprovokation nach der anderen durchführt.

Die Kriegsvorbereitungen sind in allen Ländern mit dem verschärften Kampf der Industriellen und ihrer Regierungen gegen die freien Gewerkschaften verbunden. Einerseits versuchen sie durch Antigewerkschaftsgesetze, wie in England, Ita-

lien, Rumänien, Bulgarien, oder mit Hilfe der Schlichtungspolitik und der Arbeitsgerichte, wie in Deutschland, die Arbeiterklasse zu knebeln, und andererseits sind sie bestrebt, die Gewerkschaften zu zersetzen, indem sie die wirtschaftsdemokratischen Illusionen der Reformisten ausnutzen und versuchen, die Gewerkschaften in den kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparat einzugliedern.

Die imperialistische Politik ist nur durchführbar, wenn es gelingt, die Arbeiterklasse im eigenen Land zu knebeln und durch den schärfsten Terror niederzuhalten. Gerade deshalb ist es notwendig, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder bewußt werden, daß der Kampf gegen die Kapitaloffensive zugleich die Unterstützung der Sowjetunion, die Unterstützung der Sowjetgewerkschaften notwendig macht. *Wer gegen die Sowjetunion hetzt, wer die sowjetischen Gewerkschaften bekämpft, der steht auf der Seite der Imperialisten, die mit allen Mitteln versuchen, die Sowjetunion niederzuschlagen, weil sie wissen, daß sie damit einen entscheidenden Schlag gegen das Weltproletariat überhaupt führen.* Diese ursächlichen Zusammenhänge zwischen der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise, der Kapitaloffensive gegen die Werktätigen in allen Ländern und den Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion gebieten, daß die Gewerkschaftsorganisationen alle Kräfte zur Verteidigung der russischen Revolution mobilisieren. *Ebenso wie die Niederlage der englischen Bergarbeiter zum verschärften Kampf der englischen Bourgeoisie gegen die englischen Arbeiter und gegen die chinesische Revolution führte, so würde eine Schwächung der Sowjetunion zugleich die Schwächung des Abwehrkampfes der Arbeiterklasse in allen Ländern gegen die Kapitaloffensive bedeuten und es dem Proletariat in allen Ländern erschweren, vom Abwehrkampf zum Angriff, zur Niederwerfung der Bourgeoisie überzugehen.*

Die gegenwärtige Wirtschaftslage, die Politik der deutschen Industriellen und die Ergebnisse der Genfer Wirtschaftskonferenz lehren, daß der Klassengegner des Proletariats die Krisenelemente im Kapitalismus erstens durch verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen und zweitens durch Niederwerfung der Sowjetunion zu überwinden sucht.

Was müssen die Gewerkschaften tun, um die Kapitaloffensive abzuwehren und die gesamte gewerkschaftliche Macht zur vernichtenden Niederwerfung der Bourgeoisie einzusetzen? Für die konkrete Beantwortung dieser Frage ist die Auswertung der wichtigsten Erfahrungen der Wirtschaftskämpfe von Nutzen.

Die wichtigsten Erfahrungen der Wirtschaftskämpfe

Die Unternehmer hatten seit 1924 systematisch die Arbeitszeit verlängert und die Löhne gekürzt beziehungsweise trotz Preissteigerungen nicht erhöht und die Arbeitsintensität ungeheuer gesteigert. Das alles geschah im Interesse der „Wirtschaft“. Dabei ist wesentlich, daß die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen meist auf dem Wege des Tarifvertrages geschah. Die Unternehmer verstanden es, die kapitalistische Wirtschaft unter Ausnutzung der sozialdemokratischen Politik aufzubauen, die Gewerkschaftsleitungen zum Abschluß ungünstiger Tarife zu veranlassen oder durch verbindlich erklärte Schiedssprüche die Durchführung verschlechterter tariflicher Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Das kommt offensichtlich in der Arbeitszeitstatistik zum Ausdruck.

Der Deutsche Werkmeisterverband hat eine Arbeitszeitstatistik über die zehn wichtigsten Industriegruppen zusammengestellt. Daraus geht hervor, daß eine tariflich zulässige Überschreitung der 48-Stunden-Woche in 76,9 Prozent der geprüften Fälle festgestellt werden mußte, während 6,8 Prozent darüber hinausgehende Überstunden außertarifliche Überstunden waren. Die tarifliche Mehrarbeit pro Woche betrug im Durchschnitt $6\frac{3}{4}$ Stunden; das bedeutet die tarifliche Anerkennung der $54\frac{3}{4}$ -Stunden-Woche. Wir sehen daraus, zu welchen Konsequenzen die Losung des ADGB auf Einführung des „beweglichen“ Achtstundentages geführt hat.

Aus der Statistik des Reichsarbeitsministeriums vom Oktober 1926 geht ebenfalls hervor, daß 97,77 Prozent der Überstunden durch Tarifvertrag der Gewerkschaften zugelassen waren.

In derselben Zeit der ungeheuren Erhöhung der Arbeitsleistung und Verlängerung der Arbeitszeit ergeben die amtlichen Statistiken folgende Steigerung des Lebenshaltungsindex:

1913 = 100

		Ernährung	
Dezember	1925	141,2 bis	146,4
September	1926	142,0 bis	144,0
Oktober	1926	142,2 bis	145,4
November	1926	143,6 bis	148,2
Dezember	1926	144,3 bis	149,6
Januar	1927	144,6 bis	150,7
April	1927	146,4 bis	150,3
Juni	1927	147,7 bis	152,8
Juli	1927	150,0 bis	156,8

Der Großhandelsindex für pflanzliche Nahrungsmittel zeigt folgende Steigerung:

1924	115,1
1925	127,1
1926	130,5
1927 (August)	150,4

Im Gegensatz zu dieser Steigerung des Lebenshaltungsindex und der Arbeitszeit zeigt die amtliche Statistik über die Entwicklung der tarifmäßigen Wochenlöhne folgende Zahlen:

		Gelernter Arbeiter	Ungelernter Arbeiter
in Mark			
Dezember	1925	45,98	34,05
September	1926	46,37	34,35
Oktober	1926	46,31	34,38
November	1926	46,31	34,38
Dezember	1926	46,36	34,44
Januar	1927	46,36	34,46
Februar	1927	46,43	34,52
März	1927	46,92	34,80
April	1927	47,98	36,01
Mai	1927	47,98	36,59
Juni	1927	49,18	36,70
Juli	1927	49,09	36,63

Die Steigerung der Arbeitsleistung zeigen die folgenden Zahlen:

1925 = 100

	Bergarbeiter Ruhrgebiet	Stahl- industrie	Eisen- industrie
1926			
Januar	111,6	96,9	90,2
Februar	113,3	102,3	96,6
März	114,0	108,7	99,9
April	114,0	112,5	97,4
Mai	117,2	117,5	103,9
Juni	119,8	118,4	108,3
Juli	120,8	118,8	106,4
August	121,0	133,2	120,3
September	120,2	133,4	127,1
Oktober		129,5	125,7
November		137,6	123,8

Zahl der beim Reichsversicherungsamt gemeldeten Unfälle:

1924	646 000
1925	863 000
1926	1 000 000

Es wurden in der Reichsknappschaft gezählt an Krankheitstagen:

im Jahre	insgesamt	auf ein Mitglied	Steigerung in Prozenten gegen 1908
1908	8 030 355	9,3	100
1909	8 821 899	10,0	107,53
1910	8 751 440	9,9	106,45
1911	9 243 556	10,3	110,75
1912	9 125 168	9,8	105,38
1913	9 241 412	9,3	100
1924	16 770 769	19,1	205,38
1925	17 318 711	21,2	227,96

Diese Zahlen zeigen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung, auch wenn man die größere Zahl der Beschäftigten berücksichtigt.

Die Statistiken beweisen, daß bei verlängerter Arbeitszeit, Erhöhung der Arbeitsintensität und Steigerung der Unfälle die

Löhne der gelernten Arbeiter um 8 Prozent erhöht wurden, während in der gleichen Zeit die Lebenshaltungskosten um 21 Prozent stiegen. Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, wie es möglich ist, daß trotz der guten Konjunktur und obgleich nach Angabe des deutschen Konjunkturinstitutes die „Ersparnisse“ an Arbeitslohn im Jahre 1925 1 Milliarde und im Jahre 1926 4 Milliarden Mark betragen und im ersten Halbjahr 1927 mit weiteren 3 Milliarden Mark eingeschätzt werden (Bericht des Konjunkturinstitutes), keine wesentlichen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht wurden. Da nach Auffassung vieler Gewerkschaftsfunktionäre der Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen nur in Zeiten der Konjunktur geführt werden kann, hätte doch wirklich mehr herausgeholt werden müssen. Die Statistik über die Arbeitskämpfe enthüllt das „Geheimnis“ der unwesentlichen Erfolge der Gewerkschaften.

Im Jahre 1913 wurden im Vierteljahrsdurchschnitt rund 2 Millionen Arbeitstage durch Arbeitskämpfe verloren, 1925 4 Millionen, 1926 $1\frac{1}{4}$ Million, 1927 (erstes Halbjahr) 1 Million. Die Streikstatistik zeigt, in welchem Ausmaß die Gewerkschaftsleitungen schon dazu übergegangen sind, sich in Form von Tarifgemeinschaften oder durch Unterordnung unter die kapitalistische Schlichtungspolitik an der „demokratischen Leitung der Wirtschaft“ zu beteiligen und „die Regelung der Organisierung der kapitalistischen Wirtschaft“ durchzuführen.

Der Unwille der Arbeiter gegen die verschärfte Ausbeutung infolge der kapitalistischen Rationalisierung kam Ende 1926 in verschiedenen Teilstreiks zum Ausdruck. Die Hamburger Hafenarbeiter traten in den Streik, obgleich führende Gewerkschaftsfunktionäre versuchten, den Kampf zu verhindern. Danach setzte auch die Bewegung in anderen Industriezweigen ein. In den Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen wurde der Kampf für den Achtstundentag, für Lohnerhöhungen und gegen die Hetzarbeit gefordert. Die Unternehmer sahen rechtzeitig die aufsteigende Gefahr und gewährten auf dem Wege der Tarifverhandlungen beziehungsweise der Schiedssprüche den Arbeitern einige Brosamen vom Tische der riesigen Rationalisierungsprofite. Mit diesen unwesentlichen Lohnkonzessionen verbanden sie die weitere Differenzierung der Löhne, die ungleiche Bezah-

lung der Männer- und Frauenarbeit und eine möglichst langfristige tarifliche Festlegung der Gewerkschaften. Von den Gewerkschaftsführern wurde vielfach die Langfristigkeit der Tarife damit begründet, daß so die Löhne über die Zeit der Wirtschaftskrise hinweg gehalten werden könnten. Jetzt sehen wir aber, daß die langfristigen Tarife die Arbeiter hindern, Streiks zur Erhöhung der Löhne zu führen, um die Senkung des Reallohnes und die Verschlechterung der Lebensbedingungen durch Teuerung und Rationalisierung zu verhindern. Im übrigen denken die Unternehmer gar nicht daran, sich in Krisenzeiten den Tarifbestimmungen zu fügen. Wie oft haben sie den Arbeitern unter der Drohung der Arbeitslosigkeit die Entlassung angedroht, wenn diese nicht zu niedrigeren Löhnen arbeiten wollten. Damit haben sie tatsächlich die Bestimmungen des Tarifvertrages außer Kraft gesetzt.

Zweifellos ist es den Unternehmern gelungen, durch geringe Lohnkonzessionen die Arbeiter vorübergehend vom Kampf für Erhöhung des Reallohnes und für den Achtstundentag abzuhalten. Das ungeheure Elend der Arbeiter infolge der kapitalistischen Rationalisierungspolitik, infolge Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau in den letzten Jahren erleichterte es der Bourgeoisie, breite Massen der Arbeiter durch diese Lohnkonzession vorübergehend zu beruhigen. Dabei war entscheidend, daß es den Unternehmern gelang, durch Gewährung von Überstundenzuschlägen den Kampf um den Achtstundentag zu unterbinden. In Verbindung mit den Lohnverhandlungen wurden Tarifabschlüsse mit einer Arbeitszeit von 51 bis 54 Stunden und sogar darüber hinaus getätigt. Die damalige Arbeitszeitforderung des ADGB: „Ablehnung der außertariflichen Überstunden“ blieb weit hinter den Forderungen der Mehrheit der Arbeiter zurück. Da der größte Teil der Überstunden früheren tariflichen Abmachungen entsprach, bedeutete die Ablehnung der außertariflichen Überstunden die Duldung der 51- bis 60stündigen Arbeitszeit.

Als trotz dieser Taktik die Arbeiter in mehreren Betrieben die Arbeit nach acht Stunden niederlegten und in Gewerkschaftsversammlungen Schiedssprüche mit einer längeren als der achtstündigen Arbeitszeit abgelehnt wurden, versuchten die Unterneh-

mer, die Arbeiter auf die Parlamentsverhandlungen über das Arbeitszeitnotgesetz abzulenken. Die reformistischen Gewerkschaftsführer haben diese Taktik begünstigt. Einesteils wurden in den Gewerkschaftsleitungen Tarifverträge mit zehnstündiger Arbeitszeit abgeschlossen, und andererseits wurde auf die Annahme des Arbeitszeitnotgesetzes im Reichstag vertröstet. Es ist selbstverständlich, daß die Parlamentsverhandlungen nur Beschlüsse in der Arbeitszeitfrage ergeben konnten, die höchstens dem entsprachen, was die Arbeiter in den Betrieben mit Hilfe der Gewerkschaften schon durchgesetzt hatten. Wenn also die reformistischen Gewerkschaftsführer Streikbewegungen für den Achtstundentag zu verhindern suchten und zugleich langfristige Tarife mit neun- bis zehnstündiger Arbeitszeit abschlossen, dann war es eine direkte Irreführung, die Arbeiter auf Parlamentsbeschlüsse oder gar auf die Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens zu vertrösten, als ob von dort eine kürzere Arbeitszeit komme.

Wie es in Wirklichkeit um diesen Kampf für den Achtstundentag bestellt war, das zeigt der Arbeitszeitgesetzentwurf des ADGB. Darin wird in § 9 gesagt:

„Die Arbeitszeit darf auch bei Anwendung der in den vorangehenden Paragraphen zulässigen Ausnahmen einschließlich der Arbeitsbereitschaft 10 Stunden täglich nicht überschreiten.

Weibliche Arbeitnehmer sind auf ihren Wunsch während der Schwangerschaft und der Stillzeit von einer die Grenze des § 1 Abs. 2 8 Stunden überschreitenden Arbeit zu befreien.“

Der ADGB verlangte also den zehnstündigen Maximalarbeitstag und forderte nicht einmal einen wirksamen Schutz der schwangeren Arbeiterinnen. Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter weiß, wie es mit dem „eigenen Wunsch“ der Arbeiterinnen bestellt ist, wenn der Unternehmer den Lohn nicht weiterbezahlt und mit Entlassung droht. Die gestellte Forderung kann deshalb nicht als Arbeiterinnenschutz angesprochen werden. Diese Taktik des ADGB ist die Folge davon, daß die reformistischen Gewerkschaftsfunktionäre unter allen Umständen die Einheitsfront mit den christlichen Gewerkschaftsführern erhalten wollen. Sie wollen nicht sehen, daß diese christlichen Gewerkschaftsführer die Aufgabe haben, als Verbindungsleute des

Bürgerblocks mit Teilen der Arbeiterschaft, insbesondere mit den freien Gewerkschaften, diese vom wirksamen Kampf gegen die Bürgerblockregierung abzuhalten.

Bei der Beratung des Arbeitszeitgesetzes im Reichstag zeigten sich die Wirkungen der koalitionspolitischen Orientierung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit aller Deutlichkeit. Mit Rücksicht auf das Zentrum, auf den Koalitionsbruder, stimmte die preußische Koalitionsregierung dem Zehnstundentagesgesetz des Bürgerblocks zu. Die bürgerlichen Parteien haben es ausgezeichnet verstanden, die Koalitionssehnsucht der Sozialdemokratie, die in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 4. Juni verherrlicht wird, zur Verhinderung des Kampfes für den Achtstundentag auszunutzen.

Nach der Annahme des Arbeitszeitgesetzes rief der ADGB die Arbeiter zur individuellen Überstundenverweigerung auf. Diese Losung dokumentierte, daß der ADGB trotz Zehnstundentagpolitik des Bürgerblocks den Kampf nicht führen will, sondern im Gegensatz zu allen gewerkschaftlichen Erfahrungen dem einzelnen Arbeiter die Verweigerung der Überstunden überläßt. Wir glauben nicht, daß eine solche Politik die Werbekraft der Gewerkschaften erhöht. Gerade in dieser Situation wäre es Aufgabe der Gewerkschaften gewesen, die Parole herauszugeben: Verlaßt nach acht beziehungsweise sieben Stunden die Betriebe! Statt dessen wurden auch weiterhin Tarifverträge unterzeichnet, die nur einige Konzessionen in bezug auf die Überstundenzuschläge enthielten, aber keine Verkürzung der Arbeitszeit. Die Erhebung des ADGB über die Arbeitszeit in der Woche vom 25. bis 30. April 1927 zeitigte zum Beispiel folgendes Ergebnis:

Gegenüber der Erhebung vom November 1924 ist die Zahl der unter 48 Stunden Arbeitenden von $4\frac{1}{10}$ auf $6\frac{3}{10}$ Prozent, die Zahl der bis 48 Stunden Arbeitenden von 45,3 auf 47,4 Prozent gestiegen. Aber auch die Zahl der über 48 Stunden Arbeitenden ist von 45,4 auf 48 Prozent und darunter, die der über 54 Stunden Arbeitenden von 10,7 auf 12,3 Prozent gestiegen.

Für die nordwestliche Gruppe der Metallindustrie wurde im Mai sogar die 56-, 58- und 60-Stunden-Woche vereinbart. Die Arbeiter zahlreicher Betriebe weigerten sich, sich den Diktaten der

Schlichter zu fügen, und verließen nach acht Stunden die Betriebe. In vielen Fällen gingen die Unternehmer dazu über, die Klassenjustiz noch offener als bisher in ihre Dienste zu stellen, indem sie Verfügungen erwirkten, die eine Unterstützung des Streiks und die Propagierung von Arbeitsniederlegungen durch die Gewerkschaften verboten. Geradezu klassisch ist die Verfügung des Stuttgarter Landgerichts. Dieses ordnete im Wege der einstweiligen Verfügung an:

„Es wird den Auftraggebern bis zur Entscheidung des seitens des Antragstellers im Rechtsstreit bezüglich der Hauptsache erfolgten Einspruches bei Vermeidung einer Geldstrafe in unbestimmter Höhe oder einer Haftstrafe bis zu 5 Monaten untersagt, durch Rundschreiben oder in sonstiger Weise die Betriebsvertretungen und die Arbeiterschaft der Betriebe der Textilindustrie aufzufordern, während der vertraglich festgesetzten Arbeitszeit die Betriebe zu verlassen und zu behaupten, daß die Arbeiter hierzu auf Grund der Vereinigungsfreiheit berechtigt seien.“

In derselben Weise versuchte das Landesarbeitsgericht Sachsen den Kampf der Chemnitzer Zimmerer für zwischentarifliche Lohn erhöhungen abzuwürgen, indem es diesen Streik als Tarifbruch bezeichnete und die Gewerkschaft schadenersatzpflichtig verurteilte. Die Chemnitzer Zimmerer haben trotzdem den Streik weitergeführt. Ebenso wurde der Berliner Organisation des Baugewerksbundes die Führung und Unterstützung des Putzerstreiks vom Arbeitsgericht Berlin verboten. Das Arbeitsgericht verurteilte den Baugewerksbund zur Zahlung von 10 Mark täglich für jeden streikenden Bauarbeiter. Auch die Putzer haben sich trotz dieser Verfügung der Antistreikjustiz des Bürgerblocks nicht vom Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen abhalten lassen. Die Unterordnung unter die Beschlüsse der Arbeitsgerichte würde die freiwillige Aufgabe des Streikrechtes bedeuten.

Diese Maßnahmen der republikanischen Staatsorgane erinnern lebhaft an das Vorgehen der englischen konservativen Regierung gegen die englische Gewerkschaftsbewegung. Tarifbruchschreien die Unternehmer und ihre willfährigen Richter. Wer bricht in Wirklichkeit die Tarife? Durchbrechen die Unternehmer nicht täglich bei der Durchführung der kapitalistischen Rationali-

sierung die Tarifverträge, setzen sie nicht ständig die Akkordpreise herab, steigern sie nicht die Arbeitsintensität ohne gleichzeitige Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung?

Haben die Unternehmer nicht langfristige Tarifverträge erzwungen, um nach Abschluß dieser Tarife eine planmäßige Teuerungspolitik durchzuführen, um den Reallohn der Arbeiter herabzudrücken? Ist das nicht vorsätzliche Durchbrechung der Tarifverträge? Haben sie nicht in den Tarifverträgen festgelegt, daß in der Regel der Achtstundentag besteht? Entspricht es diesen Bestimmungen des Tarifvertrages, wenn statt dessen die 51- bis 60stündige Arbeitszeit zur Regel gemacht wird? Unter diesen Verhältnissen gibt es für die Arbeiter keinen anderen Weg, als den Kampf für Lohnerhöhungen und für Durchführung des Achtstundentages aufzunehmen.

Keineswegs dürfen sich die Arbeiter mit irgendwelchen Wirtschaftsbeihilfen begnügen. Aufgabe der Gewerkschaftsleitungen ist es, die gesamte Mitgliedschaft und die gesamte Arbeiterschaft zu mobilisieren und wirklich alle Kräfte der Arbeiterklasse zum Kampfe für Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Bewegung zu setzen. *Die Vertretung der Forderungen gegenüber den Unternehmern darf allerdings nicht wie bisher in Geheimverhandlungen erfolgen. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen über die Forderungen vorher beraten. Über die Verhandlungen ist ausführlich zu berichten, damit wirklich alle Arbeiter durch die Heranziehung zur Mitberatung auch zur Mitverantwortung für die Durchsetzung der Beschlüsse veranlaßt werden.*

Selbstverständlich werden die Unternehmer bei einer aktiven Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften in noch schärferer Weise als bisher die staatliche Schlichtungsmaschine benutzen, um die Gewerkschaften dem Unternehmerwillen fügsam zu machen. Deshalb ist es notwendig, daß die Gewerkschaften die Anerkennung der verbindlich erklärten Schiedssprüche ablehnen, denn die verbindlich erklärten Schiedssprüche nutzen nur den Unternehmern und schaden der Durchsetzung der Arbeiterforderungen.

Diese aktive Lohn- und Arbeitszeitpolitik ist die wichtigste Maßnahme zur Stärkung der Werbekraft für die Gewerkschaften. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, die Kampfkraft der

Arbeiter zu stärken und sie gegen die Herrschaft des Trustkapitals zu mobilisieren. Die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse in den Betrieben des Stahltrusts usw. zeigen, daß dort die Arbeitsverhältnisse am elendsten sind. Deshalb ist die Organisierung des einheitlichen Kampfes der Arbeiter der Trustbetriebe erforderlich. Zur Vorbereitung dieser Aufgaben ist es notwendig, für die einzelnen Truste Trustbetriebsräte zu bilden, die von den Belegschaften der einzelnen Trustbetriebe gewählt werden. *So einheitlich, wie die Direktion des Trusts gegen die Arbeiter auftritt, so einheitlich und geschlossen müssen die Arbeiter den Kampf gegen das Trustkapital organisieren.* Deshalb sind gemeinsame Kampfvorbereitungen der Gewerkschaften, in denen die Arbeiter der einzelnen Betriebe eines Trusts organisiert sind, nötig. Ebenso ist es notwendig, daß bei Kämpfen der Arbeiter wichtiger Industriegruppen eine Verbreiterung der Bewegung durch Kampfbündnisse zwischen den einzelnen Gewerkschaften erfolgt, wie zum Beispiel Verbindung des Kampfes der Seeleute und der Hafendarbeiter, der Bergleute und der Eisenbahner, der Metallarbeiter und der Bergarbeiter, der Arbeiter des Braunkohlenbergbaues und der Chemiarbeiter und anderer.

Dieser Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen muß im Rahmen des allgemeinen politischen Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Regierung des Krieges und des Hungers durchgeführt werden. Die Bürgerblockregierung setzt eine reaktionäre Gesetzesmaßnahme nach der anderen durch. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz bedeutet nicht nur eine Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützungssätze und eine teilweise Abwälzung der Kosten auf die Arbeiter, sondern auch eine Erschwerung der Streikbewegungen durch Verweigerung der Erwerbslosenunterstützung. Das Arbeitsgerichtsgesetz bedeutet die Eingliederung der arbeitsrechtlichen Streitigkeiten in das System der staatlichen reaktionären Gerichtsbarkeit. Die Strafrechtsreform bringt das Streikverbot in lebenswichtigen Betrieben.

Zur gleichen Zeit werden die Massen der Werkstätigen durch die Zollpolitik der Großagrarier und Industriellen aufs schwerste belastet. Nicht nur die Lebensmittelpreise werden erhöht, obendrein wird auch das Brot verkleinert. Die Reichsregierung beabsichtigt weiterhin, die Mieten auf 160 Prozent zu erhöhen. Hand

in Hand mit dieser weiteren Herabdrückung der Lebensverhältnisse der Werktätigen versucht der Bürgerblock das Koalitionsrecht einzuschränken und seinen militärischen Apparat so auszubauen, daß er imstande ist, den unvermeidlichen Widerstand der Arbeiter gegen diese Aussaugung zu unterdrücken. Die beabsichtigte Verkürzung der Reichswehrdienstzeit von zwölf auf drei Jahre (das bedeutet Erhöhung der Truppenzahl einschließlich Reservisten auf das Vierfache), die Verbesserung der Bewaffnung der Reichswehr und die Unterbringung der Reichswehrreservisten im Staatsapparat beziehungsweise als Aufseher in den Großbetrieben — all das zeigt klar und eindeutig, in welcher konsequenter Weise das Trustkapital und die Großagrarien den Staatsapparat in ihrem Interesse ausbauen und militärisch verstärken.

*Wirtschaftsdemokratie
statt revolutionärer Klassenkampf?*

Gegenüber den genannten Erfahrungen erklären die reformistischen Gewerkschaftsfunktionäre, daß es eben nicht möglich sei, mit den „alten“ Methoden des Klassenkampfes die Forderungen der Arbeiterklasse durchzusetzen, und die Gewerkschaften müßten zu neuen, höheren Formen des Kampfes übergehen. Welches diese „neuen“ Formen des Kampfes sind, die in Wirklichkeit eine verschlechterte Wiedergabe der Bernsteinschen Reformtheorie darstellen, das wurde auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß den Gewerkschaftsmitgliedern verkündet.

Inzwischen sind zwei Jahre ins Land gegangen, ohne daß die reformistischen Führer irgendwelche Fortschritte in der Richtung der Wirtschaftsdemokratie nachweisen können. Im Gegenteil, die verschärfte Diktatur der Unternehmer ist offensichtlich. Diese ungünstige Konjunktur für die Verbreitung wirtschaftsdemokratischer Illusionen läßt es den Reformisten notwendig erscheinen, das wirtschaftsdemokratische Programm des Breslauer Gewerkschaftskongresses zu „vertiefen“. Auf dem Kieler Parteitag der SPD wurde von Hilferding zu begründen versucht, daß die Wirtschaftsdemokratie nur durch „Mitwirkung der Vertretungen der Arbeiterklasse an der Leitung des demokratischen Staates“ ver-

wirklicht werden könne. In diesem Sinne stellte *Hilferding* den Gewerkschaften folgende Hauptaufgabe:

„In der Gesellschaft der freien Konkurrenz konnten die Gewerkschaften nur den unmittelbaren Klassenkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern um den Betrag der Produktion, um die kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne führen. Jetzt stellen sich die Gewerkschaften immer mehr andere Aufgaben. Jetzt gehen die herrschenden Ideen um die Betriebsdemokratie, um die Wirtschaftsdemokratie. Die Gewerkschaften müssen sich also im Zeitalter des organisierten Kapitalismus unmittelbar sozialistische Aufgaben stellen.“

Die gegenwärtigen „unmittelbaren sozialistischen Aufgaben“ gehen also nach Auffassung der Reformisten um die Betriebsdemokratie, um die Wirtschaftsdemokratie. Jeder Arbeiter, dessen Gehirn nicht mit wirtschaftsdemokratischen Phrasen verkleistert ist, sieht täglich, daß der Unternehmer seine ökonomische Macht zur rücksichtslosesten Ausbeutung der Arbeiter ausnutzt. Arm in Arm versuchen Unternehmer und Klassenjustiz die Rechte der Betriebsräte einzuschränken, die Bewegungsfreiheit der Arbeiter im Betrieb zu beseitigen und die Arbeiter noch mehr als bisher zu Sklaven der Maschine und des laufenden Bandes zu machen. Ist das die Entwicklung zur Betriebsdemokratie?

Wenn sich die Gewerkschaften immer mehr andere Aufgaben stellen sollen als in der Zeit der freien Konkurrenz, so wäre zuerst einmal die Frage zu beantworten: Was hat sich denn im Klassenverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital seitdem geändert? Geändert hat sich, daß die Unternehmer mehr als früher die Politik des kapitalistischen Staates beeinflussen und offener als früher den kapitalistischen Staatsapparat in ihren Dienst stellen. Diese Tatsache ist offensichtlich nicht geeignet, zu beweisen, daß gegenwärtig der Kampf um die Betriebsdemokratie geht, das heißt um die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiter an der Betriebsführung, sondern sie beweist im Gegenteil die Notwendigkeit der Führung des täglichen Klassenkampfes mit dem Ziel des revolutionären Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie hat nicht ihre Politik geändert, sondern sie versucht lediglich die wirtschaftsdemokratischen Illusionen, die Phantasien von der Betriebsdemokratie für sich auszunutzen,

um die Arbeiter im Namen der „Wirtschaft“, die ja angeblich auch die Wirtschaft der Arbeiter ist, vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten. Silverberg hatte auf der Dresdner Industriellentagung das offen ausgesprochen, indem er erklärte, daß die gemeinsame Arbeit von Unternehmer- und Arbeiterv Vertretern nur unter Führung der Unternehmer erfolgen könne.

Die wirtschaftsdemokratische „Theorie“ der SPD zeigt, daß sie den Glauben an den Sozialismus verloren hat, sie will deshalb getreu nach der „Theorie“ von Eduard Bernstein allmählich in den kapitalistischen Staat und in die kapitalistische Wirtschaft „eindringen“. Das Ergebnis sehen wir schon heute. Die Bourgeoisie und ihre Repräsentanten von Hindenburg bis Marx und Duisberg führt konsequent den Kampf um ihre Klasseninteressen. Nicht die Bourgeoisie hat ihre Politik geändert, sondern die SPD ist verbürgerlicht; sie ist, wie Hilferding sagt, „ein unentbehrlicher Bestandteil des Staates“ geworden. Und jetzt wollen sie auch die freien Gewerkschaften im Namen der Betriebs- und Wirtschafts-demokratie zum Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft machen.

Indem die Gewerkschaften bisher nicht den unmittelbaren Klassenkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern zur Erreichung kürzerer Arbeitszeit und höherer Löhne geführt, sondern im Interesse der Wirtschaftsdemokratie auf die „organisierte kapitalistische Wirtschaft“ Rücksicht genommen haben, diente das nur dem Nutzen der kapitalistischen Wirtschaft, nicht aber dem der Arbeiter. Hilferding behauptet (siehe „Gewerkschaftszeitung“ vom 4. Juni 1927), daß wir uns im Zeitalter des „organisierten Kapitalismus“ befinden. Diese Behauptung sucht Hilferding durch einen einfachen Trick zu stützen. Aus der Tatsache der Organisation der Produktion im einzelnen Betrieb zieht er die Schlußfolgerung, daß auch eine Organisierung der Produktion in der gesamten kapitalistischen Gesellschaft vorhanden sei beziehungsweise im Rahmen des Kapitalismus erreicht werden könne.

Wir haben bei der Behandlung der Wirtschaftslage gesehen, daß im Gegensatz zur Hilferdingschen Theorie in dem Maße, wie die Produktion in den Betrieben oder den Trusten organisiert wird, die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft im natio-

nalen und internationalen Maßstab immer weiter auf die Spitze getrieben werden.

Hilferding sagt weiter:

„Organisierter Kapitalismus heißt Ersatz des kapitalistischen Prinzips des freien Wettbewerbs durch das sozialistische Prinzip der Planmäßigkeit.“

Auch hier geht Hilferding von der planmäßigen Produktion in einem Betriebe aus. Im einzelnen Betrieb geschieht die Produktion allerdings planmäßig, in der kapitalistischen Gesellschaft sehen wir aber das absolute Gegenteil der Planmäßigkeit. Auch die Truste umfassen nur einen Teil der kapitalistischen Produktion und lassen den Konkurrenzkampf in Form des Kampfes um die Quote bestehen. Soweit im Kapitalismus teilweise und vorübergehend eine gewisse Regelung von Produktion und Austausch stattfindet (Kriegswirtschaft, Lebensmittelzwangswirtschaft u. a.), geschieht es immer im Interesse der Kapitalisten. Auf den Zweck dieser Wirtschaftsregelung kommt es an. *Wir verstehen unter Planwirtschaft die Produktion zur Befriedigung der Bedürfnisse der werktätigen Massen auf Grund eines vorgefaßten Planes.* Da aber im Kapitalismus nicht produziert wird, um die Bedürfnisse der Massen zu befriedigen, sondern um Profit zu erzeugen, werden nicht die Produkte wohlfeil hergestellt, deren die Massen bedürfen, sondern jene Produkte, die einen möglichst hohen Profit abwerfen.

Um die sozialdemokratische Theorie den Arbeitern einigermaßen glaubhaft zu machen und zu zeigen, daß es allmählich möglich ist, durch Einwirkung auf den Staat das Ziel der Sozialdemokratie zu verwirklichen, erzählt *Hilferding* folgendes über die „staatliche Regelung des proletarischen Schicksals“:

„Der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft war immer vorhanden. Neu aber ist die Staatsregelung auf dem Gebiet des unmittelbar proletarischen Schicksals, die Regelung des Arbeitsmarktes, die Arbeitslosenversicherung, Tarifvertrag und Schiedsgerichte, staatliche Arbeitszeitregelung usw. Sie lassen das Schicksal des Arbeiters als Lohnarbeiter völlig durch die Politik bestimmen.“

Niemand wird bestreiten, daß die staatlichen Maßnahmen auf dem Gebiet des „unmittelbaren proletarischen Schicksals“ in den letzten Jahren wesentlich ausgebaut wurden — aber nicht im

Interesse der Arbeiter, sondern im Interesse der Gesamtheit der kapitalistischen Klasse und im Interesse der Festigung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie. Das ist leicht zu beweisen: Die Erwerbslosenversicherung wurde eingeführt, um einen Teil der Kosten der Erwerbslosenunterstützung auf die Arbeitenden abzuwälzen und die revolutionären Erwerbslosenorgane zu liquidieren. Das Arbeitszeitnotgesetz mit seiner zehnstündigen Maximalarbeitszeit wurde beschlossen, um den Kampf für den Achtstundentag zu verhindern. Durch Annahme dieses Gesetzes ist der Klassenjustiz die Möglichkeit gegeben worden, Streiks für den Achtstundentag im Namen der „staatlichen Regelung des proletarischen Schicksals“ zu behindern. Die Schiedsgerichte fällen Schiedssprüche zugunsten der Unternehmer. Die Arbeitsgerichte bestätigen die Entlassung revolutionärer Betriebsräte und verbieten im Namen der „Tariftreue“ die Führung zwischentariflicher Lohnkämpfe durch die Gewerkschaften.

Daß Hilferding auf dem sozialdemokratischen Parteitag solche „Theorien“ vertritt und die genannte „staatliche Regelung auf dem Gebiete des unmittelbar proletarischen Schicksals“ verherrlicht, wundert uns nicht, aber es ist für die Entwicklung der freien Gewerkschaften verhängnisvoll, daß der ADGB diese Politik vollinhaltlich unterstützt. (Siehe „Gewerkschaftszeitung“ vom 4. Juni 1927.) Im Sinne der sozialdemokratischen Theorie wird in dem genannten Aufsatz der „Gewerkschaftszeitung“ gesagt, daß „die Demokratie im Arbeitsverhältnis ausgeübt wird durch den Tarifvertrag“.

Wie herrlich weit hat es doch die deutsche Arbeiterklasse schon gebracht! Allerdings bestehen Tarifverträge, aber daß diese Tarifverträge, die in den meisten Fällen durch das Diktat jener Schlichter bestimmt werden, deren Aufgabe die Wahrung der Unternehmerinteressen ist, den Ausdruck der Demokratie im Arbeitsverhältnis bilden, das glaubt den reformistischen Führern kein Arbeiter. Eine solche Beurteilung der gegenwärtigen Tarif- und Schlichtungspolitik ist nur möglich, wenn man von der Illusion der Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiter und Unternehmer in der kapitalistischen Wirtschaft ausgeht und im Interesse der Förderung des kapitalistischen Wirtschaftsaufbaus die Schlichtungspolitik verherrlichen will.

Der reformistische Charakter der gewerkschaftlichen Tarifpolitik zeigt sich auch in der Begründung der Lohnforderungen. Oft werden diese damit begründet, daß sie nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern im Interesse der Förderung der kapitalistischen Wirtschaft und des Antriebes zu „technischer“ Verbesserung des Produktionsapparates notwendig seien. Zugleich bedeute die Lohnerhöhung erhöhte Aufnahmefähigkeit des Marktes, sie wirke also konjunkturfördernd. Hier wird also ausgegangen von der angeblichen Gemeinsamkeit der Interessen der Unternehmer und Arbeiter am Aufbau der „Wirtschaft“.

Obgleich in der kapitalistischen Presse diese guten Ratschläge seit Jahren verhöhnt werden, obgleich die Unternehmer offen sagen, daß die Erhöhung des Profites der Antrieb für die kapitalistische Wirtschaft ist, wird in der Gewerkschaftspresse den Unternehmern noch immer mit solchen guten Ratschlägen aufgewartet. Diese reformistische Lohn- und Wirtschaftspolitik ist keine Entdeckung der Nachkriegszeit. Sie stammt aus dem Arsenal der bürgerlichen Professoren vom Schläge der Sombart und Co.

Professor Sombart schrieb seinerzeit:

„Auch auf die Dauer wirkt die Steigerung des Anteils der Arbeiterklasse am Produktionsertrag, wie sie die Gewerkschaften erstreben, krisenmindernd, denn sie hebt den Wohlstand der Massen, weitet deren Konsumfähigkeit aus, festigt also den Absatz in den am letzten Ende doch ausschlaggebenden Reihen der großen Menge und damit den ungestörten Verlauf der wirtschaftlichen Produktion.“

Darauf antwortete bereits Rosa Luxemburg:

„Für alle Unternehmer zusammen, für die Klasse, läuft das pflügende Mittel des Herrn Sombart darauf hinaus, daß sie aus eigener Tasche die Kaufkraft der Masse der Konsumenten vergrößern sollen, um ihnen dann mehr Waren verkaufen zu können. Wäre es nicht einfacher, direkt den Unternehmern auseinanderzusetzen, sie sollten durch periodische Versenkung des überschüssigen Warenvorrats an die Gewerkschafter ‚den ungestörten Verlauf der wirtschaftlichen Produktion‘ sichern? Wir glauben nur, daß unsere ‚königlichen Kaufleute‘ und ‚genialen Unternehmer‘, genial wie sie sind, ihm kurz erwidern werden: Herr Professor, Sie haben vergessen, daß die Vulgärökonomie zur Nasführung

der Arbeiter und nicht zur Nasführung der Kapitalisten erfunden wurde!¹

Der andere Hauptgesichtspunkt der Lohnpolitik des ADGB, wie er in der Denkschrift entwickelt wurde, entspricht ebenfalls dieser Grundauffassung von der Interessengemeinschaft. In der Denkschrift wird gesagt, daß „ein höherer Reallohn nur mit gleichzeitiger Steigerung der Produktivität erreicht werden kann“, das heißt, die Erhöhung des Reallohnes soll nicht ohne Steigerung der Arbeitsleistung erfolgen, also nicht auf Kosten der kapitalistischen Profite. Die Erhöhung des Reallohnes darf im allgemeinen den kapitalistischen Profit nicht gefährden. Dieser „Klassenkampf“ im Rahmen des Kapitalismus bedeutet Verewigung der kapitalistischen Ausbeutung.

Nachdem die Entwicklung der Löhne im letzten Jahre gezeigt hat, daß die Erhöhung des Lohnes weit hinter der Steigerung der Produktivität zurückbleibt, und selbst die reformistischen Führer einsehen, daß die Formulierung in der Denkschrift des ADGB nicht mehr vor den Arbeitern vertreten werden kann, fordern sie die Erhöhung der Löhne entsprechend der Steigerung der Produktivität der Arbeit.

Es ist eine Illusion, zu glauben, daß eine solche Forderung auf dem Verhandlungswege und bei Anerkennung verbindlich erklärter Schiedssprüche durchgesetzt werden kann. Kein Arbeiter glaubt, daß die Unternehmer auf die Rationalisierungsprofite zugunsten der Erhöhung des Reallohnes der Arbeiter verzichten. Die Forderung auf „Erhöhung der Löhne entsprechend der Steigerung der Produktivität der Arbeit“ bedeutet, daß die erhöhte Produktivität nur der Erhöhung des Reallohnes der Arbeiter zugute kommen soll. Damit fordern die Reformisten also die Aufhebung der Gesetze der kapitalistischen Profitwirtschaft im Kapitalismus. Durch diese Revidierung ihrer bisherigen Lohnforderungen soll der Anschein erweckt werden, als ob die Reformisten wirklich kämpfen wollen und als ob innerhalb des Kapitalismus eine wesentliche Verbesserung der Lage der Arbeiter möglich sei.

¹ Rosa Luxemburg, „Sozialreform oder Revolution“, Hamburg 1919, S. 35.

Schon Marx hat diese Illusion der Forderung des „gerechten Lohnes“, wie sie in der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 36, Jahrgang 1927, erwähnt wird, bekämpft, indem er sagte, daß statt der konservativen Losung „einen gerechten Lohn für einen gerechten Arbeitstag“ die Arbeiter auf ihre Fahne die revolutionäre Parole schreiben sollen: „Abschaffung des Lohnsystems“. Eben deshalb müssen die Lohnforderungen ohne Rücksicht auf die Interessen der — kapitalistischen — Wirtschaft gestellt werden. Der zentrale Gesichtspunkt der Lohnpolitik und damit auch der Tarifabschlüsse muß sein:

Wie kann der Lohnkampf geführt werden, damit er den kapitalistischen Profit schmälert, die kapitalistische Macht schwächt, die Kampfkraft der Arbeiter stärkt und als ein Teil des politischen Kampfes der Arbeiterklasse den revolutionären Kampf zum Sturze des Kapitalismus fördert?

In diesem Sinne ist der Arbeitslohn ein politischer Lohn. Die Veränderung des Reallohnes ist die Frage der Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen. Daß die Reformisten nicht gewillt sind, das Kräfteverhältnis durch den Kampf in den Betrieben zu ändern, sondern auf die Wunder der Parlamentswahlen warten, das beweist am klarsten der Verlauf der Berliner Straßenbahnerbewegung.

Die Berliner Straßenbahner hatten Lohn- und Arbeitszeitforderungen gestellt, und es war für die Kollegen klar, daß die Forderungen nur mit Hilfe des Streiks durchgesetzt werden konnten. Bei der ersten Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß waren die beiden Sozialdemokraten *Ziska* und *Kemper* Beisitzer. Es wurde mit Zustimmung der Sozialdemokraten ein Schiedsspruch gefällt, der keine Verbesserung brachte und deshalb von den Straßenbahnern abgelehnt wurde. Danach fanden neue Verhandlungen unter Vorsitz des Sozialdemokraten *Wissell* statt, die zu einer freien Vereinbarung führten, die wiederum keine weiteren Vorteile brachte und deshalb ebenfalls von den Straßenbahnern abgelehnt wurde. Danach wurde ein neues Schiedsgericht unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Schlichters *Wissell* und unter der Teilnahme der Sozialdemokraten *Ortmann* und *Urich* (DMV Berlin) gebildet. Die Sozialdemokraten hatten also die Mehrheit in diesem Ausschuß. Trotzdem wurde wiederum ein

Schiedsspruch gefällt, in dem der Achtstundentag nicht gesichert war und der keine wesentliche Verbesserung brachte. Auch dieser Schiedsspruch wurde mit 90 Prozent Mehrheit von den Straßenbahnern abgelehnt.

Dabei muß noch in Betracht gezogen werden, daß es möglich gewesen wäre, mit Hilfe des Verkehrsausschusses der Stadt Berlin und des Stadtparlamentes die Forderungen der Straßenbahner zu unterstützen. Der sozialdemokratische Vorsitzende des Verkehrsausschusses sabotierte das jedoch mit allen Mitteln. Die Einheit der sozialdemokratischen Mitglieder des Schlichtungsausschusses und der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker gegen die Straßenbahner war offensichtlich. Die Straßenbahner beschlossen also am Tage vor dem Hindenburgrummel^[9] mit 90 Prozent Mehrheit gegen den Willen der reformistischen Führer den Streik. Die Gewerkschaftsleitung erklärte, daß der Termin des Streiks noch bestimmt werde, sie wolle erst abwarten, ob der Schiedsspruch verbindlich erklärt wird. Statt dem Willen der Straßenbahner Rechnung zu tragen und den Streik sofort als politischen Kampf gegen die Hindenburgpolitik, gegen den Bürgerblock durchzuführen, vertagten die reformistischen Führer die Festsetzung des Streiktermins, damit der Hindenburgrummel in Ruhe und Ordnung durchgeführt werden konnte. So sieht der außerparlamentarische Kampf der Sozialdemokraten gegen die Hindenburgpolitik aus.

Der Schiedsspruch wurde prompt und pünktlich auch zwei Tage später für verbindlich erklärt. Die Reformisten erklärten nun, daß man gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch nicht kämpfen könne.

Durch ihre Abwartepolitik hatten sie also bewußt den Kampf der Straßenbahner hintertrieben.

Gerade in dieser Situation wäre es notwendig gewesen, den Streik für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen offen als einen Teil des Kampfes gegen die Teuerungs- und Schlichtungspolitik der Hindenburg-Regierung zu führen. Es war nicht nur im Interesse der Straßenbahner, sondern im Interesse der gesamten Arbeiterschaft, daß der Hindenburgrummel, diese imperialistische Demonstration, die im Zeichen Hindenburgs stattfand, gestört wurde. Indem die sozialdemokratischen Mitglieder des Schieds-

gerichtes, die sozialdemokratischen Mitglieder des Verkehrsausschusses und die reformistischen Gewerkschaftsführer diesen Kampf sabotierten, haben sie offen gezeigt, daß sie die Interessen der Hindenburg-Regierung über die Arbeiterinteressen stellen.

Wir sind der Überzeugung, und alle Erfahrungen bestätigen es, daß das Kräfteverhältnis nur durch den revolutionären Kampf des Proletariats (Lohnkampf, politischer Streik, bewaffneter Aufstand) verändert werden kann. Die SPD ist aber im Gegensatz dazu der Meinung, daß das Kräfteverhältnis durch die Parlamentswahlen verändert wird. Sie glauben, auf diesem Wege allmählich Einfluß im kapitalistischen Staat zu gewinnen, um mit Hilfe dieser „Macht“ die Steuer-, Sozial- und Lohnpolitik beeinflussen zu können. Die Schlichtungsergebnisse der sozialdemokratischen Schlichter haben uns schon gezeigt, wie das geschehen soll. Die „Gewerkschaftszeitung“ vom 4. Juni konkretisiert diese Politik in folgender Weise:

„Daher wird die Sozialdemokratie alles daransetzen müssen, bei den Wahlen die Mehrheitsverhältnisse im Parlament zu ändern. Sie muß mit größerer Macht auftreten, um ihren Anspruch auf die Beteiligung an der Staatsleitung geltend machen und ihre Bedingungen durchsetzen zu können. Sie empfängt aber ihre Macht vom Vertrauen der stimmberechtigten Bürger. Vertrauen wird jedoch die Wählerschaft nur dann einer Partei entgegenbringen, wenn sie weiß, was diese Partei mit ihrer Macht zu beginnen gedenkt. Je mehr in der Masse der Bürger der Demokratie politische Erfahrung und Erkenntnis zunehmen und sich vertiefen und Vertrautheit mit dem Wesen der Demokratie sich ausbreitet, um so mehr wird die Wählerschaft von jeder um ihre Stimme werbenden Partei verlangen, daß sie mit einem aktiven Programm vor ihr erscheint, das die bestehende Ordnung positiv wertet und durch politische Handlungen überzeugend bestätigt wird.

Zur fruchtbaren Anwendung politischer Macht gehört in der Demokratie aber auch die verantwortliche Beteiligung an der Staatsleitung durch den Eintritt in die Regierung, und somit ist die Bereitschaft zur Koalitionsbildung auch bei den Wahlen und gegenüber der Wählerschaft die Voraussetzung zur Erwerbung der politischen Macht, die den Anspruch der Partei auf die Beteiligung an der Regierung begründet und ihr Wirken in der Regierung zum Nutzen der Arbeiterklasse fruchtbar gestaltet . . .

Die Sozialdemokratie ist heute ein unentbehrlicher Bestandteil des Staates, sagte Hilferding. Dieses Wort muß auch von den bürgerlichen

Parteien anerkannt werden, und zwar dadurch, daß sie für eine Koalitionsbildung mit der Sozialdemokratie den angemessenen Preis zu zahlen bereit sind . . .

Koalitionspolitik ist nur eine Form unseres bis zur Erreichung unserer Ziele in seinem Wesen unveränderten Kampfes für die soziale und kulturelle Emanzipation der Arbeiterklasse. ‚Es gibt‘, so sagte Hilferding in seinem Schlußwort in Kiel, ‚keine schwereren Kämpfe als das tägliche Ringen in einer Koalitionsregierung zur Durchsetzung des sozialistischen Standpunktes . . . Koalitionspolitik ist keine Suspendierung des Klassenkampfes.‘

Wir haben diese klassische Stellungnahme der „Gewerkschaftszeitung“, des offiziellen Zentralorgans des ADGB, so ausführlich wiedergegeben, weil sie klar und eindeutig zeigt, wieweit sich der Bundesvorstand des ADGB bereits der sozialdemokratischen Stimmzettel- und Koalitionspolitik untergeordnet hat. Diese Propaganda der Koalitionspolitik ist die notwendige Konsequenz aus der Grundauffassung, daß die Gewerkschaften „von jeher“ die Aufgabe hatten, „mit Hilfe des Staates die Regelung der kapitalistischen Wirtschaft zu organisieren“. Will man den kapitalistischen Wirtschaftsaufbau fördern, so kann man nicht zu gleicher Zeit durch revolutionäre Streikbewegungen die kapitalistische Stabilisierung gefährden. Deshalb muß der Klassenkampf, wie Hilferding sagt, in die Koalitionsregierung verlegt werden.

Die „Gewerkschaftszeitung“ weist darauf hin, daß sich die Sozialdemokratie durch ihre Regierungsbeteiligung in derselben Weise Machtpositionen schaffen müsse, wie es gegenwärtig die Deutschnationalen tun. Bei dem Vergleich mit der Regierungspolitik der Deutschnationalen wird die Kleinigkeit übersehen, daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei als Vertreter der Schwerindustrie und der Großagrarier die wirtschaftliche und die militärische Macht in den Händen haben und deshalb ihre Regierungsbeteiligung zur Ausnutzung der Staatsmacht in ihrem Interesse benutzen können. Die Sozialdemokratie hat aber nichts anderes als Illusionen, und mit denen kann man keine Machtpositionen erobern.

Die jahrelange Koalitionspolitik der Sozialdemokratie hat zur Genüge gelehrt, daß die Koalitionsregierungen nicht die Macht der Arbeiterklasse, sondern die Macht der Bourgeoisie stärken,

denn sonst wäre es unerklärlich, wie diese Entwicklung zur Bildung der Bürgerblockregierung führen konnte. Das Wesen der Koalitionspolitik hat *Stresemann*, der Liebling der Sozialdemokratie, auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei genügend klar und eindeutig formuliert, indem er sagte:

„Nicht Herr Scheidemann bestimmt, wie er sagt, ob und unter welchen Bedingungen und zu welchem Zeitpunkt die Sozialdemokratie in die Regierung eintritt, sondern die bürgerliche Regierung bestimmt, ob und unter welchen Bedingungen, falls die Sozialdemokratie eintreten will, es möglich sein wird, mit ihr zu arbeiten... Die Sozialdemokratie hat nur zu entscheiden, ob sie sich in das Bürgertum eingliedern will.“

Die Entscheidung, ob sich die Sozialdemokratie „in das Bürgertum eingliedern will“, ist nun auch formell auf dem Kieler Parteitag vollzogen worden, indem Hilferding erklärte, daß die Sozialdemokratie ein „unentbehrlicher Bestandteil des Staates“ sei. Wenn es der Sozialdemokratie trotzdem nicht gelungen ist, in die Reichsregierung zu kommen, so ist das wahrlich nicht Schuld der sozialdemokratischen Führung. Die Bourgeoisie braucht die Sozialdemokratie gegenwärtig nicht in der Reichsregierung, weil sie die SPD durch die preußische Koalitionsregierung genügend am Gängelbände hat und deshalb auch jetzt imstande ist, die Sozialdemokratie von einer zu weit gehenden Oppositionspolitik abzuhalten. Das ist um so leichter möglich, als die SPD damit rechnet, daß auch das Zentrum im Reiche zur Koalition mit den Sozialdemokraten bereit ist, nachdem es mit Hilfe der Deutschen nationalen das Reichsschulgesetz und das Konkordat im Reichstag durchgebracht hat. Deshalb kämpft die SPD ebensowenig gegen das Reichsschulgesetz wie vor Monaten gegen die Zehnstudentenpolitik des Zentrums und des gesamten Bürgerblocks.

Die vollständige Solidarisierung der Führer des ADGB mit dieser sozialdemokratischen Politik bedeutet den Versuch der Ausschaltung der freien Gewerkschaften als Klassenorgane. Zugleich wird damit der Schleier der parteipolitischen Neutralität, mit dem bisher die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei durch die reformistischen Gewerkschaftsleitungen verdeckt wurde, zerrissen. Der genannte Aufsatz in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 4. Juni über „Die politische Bedeutung des Parteitages in Kiel“ enthält die politische Plattform der reformistischen

Gewerkschaftsführung für die Parlamentswahlen in den verschiedenen Teilen Deutschlands und für die Reichstagswahlen.

Im Sinne dieser prinzipiellen Stellung haben die Gewerkschaftsführer bei den Hamburger Wahlen ein Wahlprogramm der SPD unterstützt, das kein Wort gegen die Deutsche Volkspartei, die führende Partei des Bürgerblocks, enthält, denn dadurch könnte ja die Koalitionspolitik im Hamburger Senat gestört werden. Über die Deutschnationalen wird in dem Wahlauf Ruf nur gesagt:

„gegen den verlogenen, verzerrt deutschen und überheblichen deutschen Geist der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten“.

Also nur die Überheblichkeit der Deutschnationalen gefällt der SPD nicht. Sonst wäre nach ihrer Auffassung mit der Partei der Großagrarien und Schlotbarone ganz gut auszukommen — wenn nicht die Kommunisten wären. Wörtlich heißt es im gleichen Aufruf:

„Ihre (der Kommunisten) Gewaltmethoden und ihre zügellosen Agitationsmethoden in der Presse und in der Öffentlichkeit sind Ursache und Förderung der Gewalttheorien und Unterdrückungsgelüste der Rechtsparteien, des Militarismus und Faschismus.“

Demnach würde also die Politik der bürgerlichen Parteien in entscheidendem Maße von den Kommunisten bestimmt, denn von Natur aus sind doch die Werftgewaltigen und Großhändler, mit denen die Sozialdemokratie zusammen in der Hamburger Koalition sitzt, gar nicht so schlechte Menschen. Wenn die KPD nicht so unversöhnlich den Klassenkampf gegen die Bürgerblockregierung führen würde, dann wären auch diese versöhnlicher — und die sozialdemokratische Koalitionspolitik wäre gesichert.

Diese Volksgemeinschaftspolitik von Duisberg und Silverberg bis Hilferding und Ehrenteit ist an sich nichts Neues. Wichtig ist, daß jetzt offiziell der gesamte Gewerkschaftsapparat in den Dienst dieser sozialdemokratischen Politik gestellt wird. In dem offiziellen Organ des Hamburger ADGB-Ortsausschusses wurde ein Aufruf eines „gewerkschaftlichen Aktionsausschusses für die Bürgerschafts- und Stadtverordnetenwahlen 1927“ (beim Hafenarbeiterstreik dagegen war nach Meinung der Reformisten ein

Aktionsausschuß überflüssig) veröffentlicht, in dem die Gewerkschaften, Betriebsangestellten, Arbeiter- und Beamtenräte aufgefordert werden, unverzüglich Sammlungen zur Unterstützung der kommenden Wahlen in die Wege zu leiten. Ausdrücklich wird betont, daß die aufgebrachten Mittel zugunsten der Sozialdemokratie Verwendung finden und das aktive Eingreifen der Gewerkschaften in den Wahlkampf stützen sollen.

So sieht die „parteiliche Neutralität“ der freien Gewerkschaften aus. Bedeutet das nicht einen direkten Angriff auf die Einheit der Gewerkschaften und eine Verhinderung der gewerkschaftlichen Werbearbeit? Ohne daß die Gewerkschaftsmitglieder etwas zu sagen haben, wird ein „Aktionsausschuß für die Wahlen“ gebildet und der Gewerkschaftsapparat für die Propaganda der sozialdemokratischen Koalitionspolitik eingesetzt.

So sehen wir, wie die wirtschaftsdemokratische Orientierung der Reformisten innig verbunden ist mit der kapitalistischen Staatspolitik der SPD, die den Stimmzettel und die Koalitionspolitik als die Mittel der „Umgestaltung“ der Gesellschaft in eine sozialistische betrachtet.

Die „Wirtschaftsdemokratie“ in der Praxis

Wir hatten gesehen, daß alles Geschwätz über den demokratischen und parlamentarischen Staat nicht die Tatsache der Diktatur des Trust- und Agrarkapitals beseitigt. Nach Auffassung der Reformisten soll nun diese „Mitwirkung der Vertretungen der Arbeiterklasse an der Leitung des demokratischen Staates“ „identisch“ sein „mit der Beteiligung an der demokratischen Leitung der Wirtschaft“ („Gewerkschaftszeitung“ vom 4. Juni 1927). Es ist also die Frage zu beantworten: Wie zeigt sich gegenwärtig diese „Beteiligung an der demokratischen Leitung der Wirtschaft“, und welche Erfahrungen haben die Arbeiter mit dieser „Demokratie“ gemacht?

Die unterste Stufe der „Mitwirkung an der Wirtschaftsführung“ soll die Tätigkeit der Betriebsräte sein.

„Die Betriebsdemokratie, die mit dem Betriebsrätegesetz angebahnt worden ist, stellt eine Errungenschaft dar, die die Arbeiter nicht preisgeben dürfen und werden.“

(Jäckel im Referat auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß.)

Die Betriebsräte sollen nach Auffassung der reformistischen Führer die „Interessen des Betriebes“ vertreten. In diesem Sinne wurden die Betriebsräte vom ADGB veranlaßt, die kapitalistische Rationalisierung zu fördern. In wessen Interesse diese Wahrung der Interessen des „Betriebes“ liegt, das hat die Mehrheit der Arbeiter bitter genug erfahren. Das wird auch nicht durch allgemeine Bemerkungen über das Versagen der Betriebsräte geändert. Wenn den Betriebsräten solche arbeitgemeinschaftliche Aufgaben gestellt werden, dann müssen sie versagen, nicht etwa infolge ihrer persönlichen Unfähigkeit, sondern weil es keine gemeinsamen Interessen von Unternehmer und Arbeiter im Betrieb gibt. Der Unternehmer besitzt die Produktionsmittel. Er herrscht im Betrieb; „die Interessen des Betriebes“, das sind die privatkapitalistischen Profitinteressen der Besitzer der Produktionsmittel. Deshalb bedeutet die genannte arbeitgemeinschaftliche Aufgabenstellung für die Betriebsräte die Korrumpierung der Betriebsräte.

Wir Kommunisten fordern deshalb, daß die Betriebsräte die Klasseninteressen der Arbeiter und Angestellten des Betriebes gegenüber dem Unternehmer wahrnehmen sollen. Sie müssen mit allen Kräften die Tagesinteressen der Arbeiter vertreten. Sie sollen ihre Betriebskenntnisse zur Mobilisierung der Belegschaft, zur Förderung des Kampfes für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ausnutzen. Deshalb ist es ihre Aufgabe, die Leistungssteigerung, die Senkung des Reallohnes, den Lohnabbau mittels Herabsetzung der Akkordpreise und durch Änderung der Akkordberechnung, die Nichteinhaltung des Acht- beziehungsweise Siebensturentages, die Überstundenschinderei, die ungenügenden sanitären Einrichtungen sowie die Krankheitsfälle und Unfälle festzustellen und Maßnahmen zur Beseitigung dieser Zustände mit Hilfe der gesamten Belegschaft durchzusetzen. Im Sinne dieser Aufgabenstellung hat die kommunistische Fraktion des Reichstages einen Antrag eingereicht, der folgende Änderung des Betriebsrätegesetzes fordert:

„Kommunistischer Antrag:

§ 1 erhält folgende Fassung: Zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger dem Unternehmer gegenüber sind in allen Betrieben, die in der Regel mindestens 20 Lohn- und Gehaltsempfänger beschäftigen, Betriebsräte zu errichten.

Bisheriges Betriebsrätegesetz:

§ 1. Zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke sind in allen Betrieben, die in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen, Betriebsräte zu errichten."

Außerdem wurden unter anderem folgende Abänderungsanträge von der kommunistischen Fraktion gestellt:

„Es wird ein § 60a eingefügt, der u. a. besagt: Zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger treten entsprechend dem nach Bezirken eingeteilten Aufbau des ADGB die Betriebsräte als Bezirksbetriebsräte zusammen.

§ 50 soll folgende Fassung erhalten: Befinden sich innerhalb eines Wirtschaftsbezirks mehrere gleichartige oder nach dem Betriebszweck zusammengehörige Betriebe, so muß neben den Einzelbetrieben die Errichtung eines Gesamtbetriebsrats erfolgen. Befinden sich mehrere Betriebe in der Hand eines Unternehmers, gleichviel in welchem Wirtschaftsbezirk, so muß neben den Einzelbetriebsräten ein Gesamtbetriebsrat gebildet werden. Das gleiche gilt für alle zu Trusten, Kartellen und Syndikaten zusammengeschlossenen Betriebe."

Wir sehen also schon bei der Aufgabenstellung für die Betriebsräte den prinzipiellen Gegensatz zwischen reformistischer und revolutionärer Aufgabenstellung. Wir Kommunisten wollen, daß die Betriebsräte die Klasseninteressen der Arbeiter wahrnehmen, ohne Rücksicht auf die Interessen des „Betriebes“, während die Reformisten nach der offiziellen Äußerung von Jäckel die arbeitgemeinschaftliche Aufgabenstellung des Betriebsrätegesetzes als Anfang der Betriebsdemokratie betrachten. Wenn durch das Betriebsrätegesetz angeblich die Betriebsdemokratie angebahnt wurde, so müßte sich das doch nach siebenjähriger Geltung des Gesetzes irgendwie positiv zeigen, wie zum Beispiel in der allmählichen Erweiterung der Rechte der Betriebsräte und der Beschränkung des Bestimmungsrechtes der Unternehmer sowie in einer Verminderung der Hindernisse für den Kampf der

Gewerkschaften um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben. Es genügt, an die Maßregelung revolutionärer Betriebsräte und an die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch die kapitalistische Rationalisierung zu erinnern, um zu erkennen, daß die sogenannte Betriebsdemokratie nichts anderes ist als blauer Dunst.

Das gleiche trifft zu auf die Mitwirkung der Arbeiter in den Aufsichtsräten der Unternehmungen. Es wäre sehr nützlich, wenn die in den Aufsichtsräten tätigen Betriebsräte recht oft die Belegschaften über ihre „schöpferische“ Tätigkeit informieren würden. Nach den vorliegenden Berichten von Betriebsräten werden sie im Aufsichtsrat meistens vor fertige Tatsachen gestellt. Seitdem Betriebsräte in Aufsichtsräten vertreten sind, wird diese Instanz durch Einsetzung von Kommissionen umgangen, so daß der Betriebsrat, wenn er im günstigsten Fall einen Kommissionsbericht von fünf Minuten im Aufsichtsrat hört, nicht weiß, was eigentlich gespielt wird. Oft finden die Aufsichtsratssitzungen wenige Minuten vor der Generalversammlung statt, ja es ist vorgekommen, daß der Aufsichtsrat während der Vesperpause zehn Minuten getagt hat. In einem anderen Falle wird der Betriebsrat aus dem Rheinland zur Aufsichtsratssitzung nach Berlin bestellt; hier läßt man ihn einen Tag warten, er bekommt 300 Mark Spesen, damit er sich Berlin bei Tag und Nacht ansehen kann, und nimmt dann an einer Aufsichtsratssitzung teil, die 30 Minuten dauert.

Aus einem Bericht über die Tätigkeit christlicher Betriebsräte in Aufsichtsräten geht hervor, daß die Hälfte dieser Betriebsräte der Auffassung ist, daß die besonderen Interessen und Forderungen der Arbeiter in den Aufsichtsräten nicht vertreten werden können. Also nicht einmal die christlichen Betriebsräte glauben an die Wunder der „Wirtschaftsdemokratie“! Trotzdem wollen wir noch kurz auf den Inhalt dieses Berichtes eingehen. Im wesentlichen helfen die Betriebsräte den Unternehmern bei der schwierigen Arbeit der „Wahrung der Betriebsinteressen“. Zum Beispiel nahmen sie zur Verwendung des Betriebsüberschusses Stellung und traten „für eine stärkere Berücksichtigung des Fonds für Betriebserneuerung und Betriebsausgestaltung“ ein. In anderen Fällen stimmten sie gegen allzu starke Abschreibungen und stille Reserven. Oft bekommen die Betriebsräte, im Gegensatz zu ande-

ren Aufsichtsratsmitgliedern, nicht einmal die Bilanz in die Hand. „Anregungen zur besseren Gestaltung des Planes für einen Neubau im Interesse des Unternehmers und der Arbeiter wurden mit Erfolg vorgebracht.“ Anträge auf Weihnachtsgratifikation, auf Ausbau des Wohlfahrtswesens, auf Abfindungssummen für alte Beamte und Arbeiter usw. wurden im Aufsichtsrat gestellt.

Wir sehen also, daß die Betriebsräte wirklich die Interessen des „Betriebes“ im Aufsichtsrat vertreten, wenn sie auch nichts zu bestimmen haben. Trotz dieser Erfahrungen sehen die Reformisten nicht, daß es unmöglich ist, die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft (des „Betriebes“) gleichzeitig mit den Arbeiterinteressen wahrzunehmen. Sie schieben die Schuld deshalb den Betriebsräten mit folgender Begründung zu:

„Die Zwiespältigkeit (der Betriebsratsstätigkeit) besteht... in der doppelten Obliegenheit, die dem Betriebsrat auferlegt ist, einmal die Interessen des Betriebes wahrzunehmen und sodann die Interessen der Arbeiterschaft dem Betrieb gegenüber zu vertreten.“

(„Die Arbeit“, Heft 7, 1926.)

Einen solchen Unsinn kann man nur schreiben, wenn man an die gemeinsamen Interessen von Arbeiter und Unternehmer im Betrieb glaubt. Weil aber nun die Betriebsräte in ihrer Tätigkeit an diesem Widerspruch scheitern müssen, eben weil es keine gemeinsamen Interessen gibt, deshalb fordern die reformistischen Führer jetzt, daß nicht Betriebsräte, sondern Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsrat gewählt werden. Also die Betriebsräte, die unter gewissem Druck der Belegschaft stehen, sind nicht imstande, die Arbeiterinteressen zu vertreten, das können angeblich nur die Gewerkschaftsvertreter. Statt den Betriebsräten Klassenkampfaufgaben zu stellen, statt zu sehen, daß nur durch die Massenmobilisierung der Belegschaften von unten der Kampf gegen die Trustherrschaft geführt werden kann, soll jetzt dieser Kampf ersetzt werden durch die Verfilzung des oberen Gewerkschaftsfunktionärapparates mit dem kapitalistischen Wirtschaftsapparat. An einer anderen Stelle der „Arbeit“ heißt es:

„Je weniger es nun möglich ist, den Zweck aller Wirtschaft, die fortschreitende Steigerung der wirtschaftlichen Lebenshaltung des Volkes, mit den überkommenen Methoden des Kapitalismus vom autonomen Einzelbetrieb aus zu verwirklichen, um so geringer ist der Wirkungs-

grad einer sinnvollen Mitbestimmung des Betriebsrates im Einzelbetrieb, um so notwendiger mithin die Mitbestimmung der Arbeiter in den höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation.“

Wir sehen also, daß die Reformisten eine Strategie anwenden wollen, die sich seit 1918 als völlig erfolglos erwiesen hat. Während die Unternehmer ihre Forderungen mit Hilfe ihrer wirtschaftlichen Macht in den wichtigsten Betrieben durchsetzen und dann ihre Erfolge gesetzlich verankern, glauben die Reformisten, durch Einwirkung von oben, durch Politik in der blauen Luft die Unternehmermacht zu beschränken. Wenn jetzt davon gesprochen wird, daß der Wirkungsgrad der Mitbestimmung des Betriebsrates im Einzelbetrieb gering ist und deshalb die Mitbestimmung in den höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation gefordert werden müsse, so ist das nichts anderes als ein lahmer Versuch, die Verminderung der Betriebsratsrechte und der Bewegungsfreiheit der Arbeiter im Betrieb, die eine Folge der reformistischen Politik sind, „theoretisch“ zu verschleiern. Wenn Naphtali im übrigen von der „Mitwirkung in den Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation“ spricht, so ist auch hier der Wunsch der Vater des Gedankens, denn es gibt keine zentrale Wirtschaftsorganisation im Kapitalismus.

Die angeführten Tatsachen zeigen, daß die rauhe Wirklichkeit alle wirtschaftsdemokratischen Phrasen grausam zerstört. Selbst die reformistischen Führer müssen zugeben, daß wenig Aussicht besteht, in den Direktionen und Geschäftsleitungen der Truste und Unternehmungen gleichberechtigt mitwirken zu können. Sie glauben, diese „Mitwirkung“ leichter zu bekommen, wenn sie die Schaffung von Kartellkontrollämtern fordern. Aus den Erfahrungen mit dem Reichswirtschaftsrat und ähnlichen Institutionen wissen wir, daß tatsächlich die Industriellen einer solchen Forderung weniger Widerstand entgegensetzen, weil die Reden, welche in diesen Organen gehalten werden, die kapitalistische Wirtschaftspolitik in keiner Weise gefährden. Es ist zunächst die Frage zu beantworten: Was sind die Kartelle, und was sollen die Kartellkontrollämter?

Die Kartelle sind Zusammenschlüsse gleichartiger Unternehmen zwecks monopolistischer Beherrschung des Marktes zur Erzielung des höchstmöglichen Kapitalprofites. Wir hatten schon in

ren Aufsichtsratsmitgliedern, nicht einmal die Bilanz in die Hand. „Anregungen zur besseren Gestaltung des Planes für einen Neubau im Interesse des Unternehmers und der Arbeiter wurden mit Erfolg vorgebracht.“ Anträge auf Weihnachtsgratifikation, auf Ausbau des Wohlfahrtswesens, auf Abfindungssummen für alte Beamte und Arbeiter usw. wurden im Aufsichtsrat gestellt.

Wir sehen also, daß die Betriebsräte wirklich die Interessen des „Betriebes“ im Aufsichtsrat vertreten, wenn sie auch nichts zu bestimmen haben. Trotz dieser Erfahrungen sehen die Reformisten nicht, daß es unmöglich ist, die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft (des „Betriebes“) gleichzeitig mit den Arbeiterinteressen wahrzunehmen. Sie schieben die Schuld deshalb den Betriebsräten mit folgender Begründung zu:

„Die Zwiespältigkeit (der Betriebsratsstätigkeit) besteht... in der doppelten Obliegenheit, die dem Betriebsrat auferlegt ist, einmal die Interessen des Betriebes wahrzunehmen und sodann die Interessen der Arbeiterschaft dem Betrieb gegenüber zu vertreten.“

(„Die Arbeit“, Heft 7, 1926.)

Einen solchen Unsinn kann man nur schreiben, wenn man an die gemeinsamen Interessen von Arbeiter und Unternehmer im Betrieb glaubt. Weil aber nun die Betriebsräte in ihrer Tätigkeit an diesem Widerspruch scheitern müssen, eben weil es keine gemeinsamen Interessen gibt, deshalb fordern die reformistischen Führer jetzt, daß nicht Betriebsräte, sondern Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsrat gewählt werden. Also die Betriebsräte, die unter gewissem Druck der Belegschaft stehen, sind nicht imstande, die Arbeiterinteressen zu vertreten, das können angeblich nur die Gewerkschaftsvertreter. Statt den Betriebsräten Klassenkampfaufgaben zu stellen, statt zu sehen, daß nur durch die Massenmobilisierung der Belegschaften von unten der Kampf gegen die Trustherrschaft geführt werden kann, soll jetzt dieser Kampf ersetzt werden durch die Verfilzung des oberen Gewerkschaftsfunktionärapparates mit dem kapitalistischen Wirtschaftsapparat. An einer anderen Stelle der „Arbeit“ heißt es:

„Je weniger es nun möglich ist, den Zweck aller Wirtschaft, die fortschreitende Steigerung der wirtschaftlichen Lebenshaltung des Volkes, mit den überkommenen Methoden des Kapitalismus vom autonomen Einzelbetrieb aus zu verwirklichen, um so geringer ist der Wirkungs-

grad einer sinnvollen Mitbestimmung des Betriebsrates im Einzelbetrieb, um so notwendiger mithin die Mitbestimmung der Arbeiter in den höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation.“

Wir sehen also, daß die Reformisten eine Strategie anwenden wollen, die sich seit 1918 als völlig erfolglos erwiesen hat. Während die Unternehmer ihre Forderungen mit Hilfe ihrer wirtschaftlichen Macht in den wichtigsten Betrieben durchsetzen und dann ihre Erfolge gesetzlich verankern, glauben die Reformisten, durch Einwirkung von oben, durch Politik in der blauen Luft die Unternehmermacht zu beschränken. Wenn jetzt davon gesprochen wird, daß der Wirkungsgrad der Mitbestimmung des Betriebsrates im Einzelbetrieb gering ist und deshalb die Mitbestimmung in den höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation gefordert werden müsse, so ist das nichts anderes als ein lahmer Versuch, die Verminderung der Betriebsratsrechte und der Bewegungsfreiheit der Arbeiter im Betrieb, die eine Folge der reformistischen Politik sind, „theoretisch“ zu verschleiern. Wenn Naphtali im übrigen von der „Mitwirkung in den Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation“ spricht, so ist auch hier der Wunsch der Vater des Gedankens, denn es gibt keine zentrale Wirtschaftsorganisation im Kapitalismus.

Die angeführten Tatsachen zeigen, daß die rauhe Wirklichkeit alle wirtschaftsdemokratischen Phrasen grausam zerstört. Selbst die reformistischen Führer müssen zugeben, daß wenig Aussicht besteht, in den Direktionen und Geschäftsleitungen der Truste und Unternehmungen gleichberechtigt mitwirken zu können. Sie glauben, diese „Mitwirkung“ leichter zu bekommen, wenn sie die Schaffung von Kartellkontrollämtern fordern. Aus den Erfahrungen mit dem Reichswirtschaftsrat und ähnlichen Institutionen wissen wir, daß tatsächlich die Industriellen einer solchen Forderung weniger Widerstand entgegensetzen, weil die Reden, welche in diesen Organen gehalten werden, die kapitalistische Wirtschaftspolitik in keiner Weise gefährden. Es ist zunächst die Frage zu beantworten: Was sind die Kartelle, und was sollen die Kartellkontrollämter?

Die Kartelle sind Zusammenschlüsse gleichartiger Unternehmen zwecks monopolistischer Beherrschung des Marktes zur Erzielung des höchstmöglichen Kapitalprofites. Wir hatten schon in

den Abschnitten über die Wirtschaftslage in Deutschland und über die Weltwirtschaftslage gesehen, daß infolge des zunehmenden Widerspruches zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Absatzmöglichkeiten die Kapitalisten immer mehr dazu übergehen, die Preisherabdrückung als Folge gegenseitiger Konkurrenz für einzelne Gebiete auszuschalten, um auf diese Art den Profit zu sichern. *Die Beseitigung dieser monopolistischen Preispolitik ist nur möglich durch Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems.* Soweit eine sogenannte „Kontrolle der Truste und Kartelle“ innerhalb des Kapitalismus geschieht, beschränkt sie sich nur darauf, die Interessen einzelner Gruppen der Industrie mit den Gesamtinteressen der kapitalistischen Wirtschaft in Einklang zu bringen. Wenn zum Beispiel der Stahltrust oder das Kohlensyndikat eine Preiserhöhung durchführen, die die Fertigung gefährdet, die Ausfuhr unterbindet und somit die Stabilität der Währung gefährdet, so würde zweifellos von den Organen des kapitalistischen Staates eine solche monopolistische Preispolitik im kapitalistischen Gesamtinteresse behindert werden. Aus diesen Gründen ist unter anderem auch der französische Industrielle *Loucheur* für eine internationale Kartellkontrolle.

„Es müssen Garantien gegeben werden, daß die Konsumenten (das sind in bezug auf den Eisenverbrauch die Betriebe der Fertigungindustrie. W. U.) nicht dem Gutdünken eines Menschen oder eines Komitees (gemeint ist das internationale Eisenkartell. W. U.), welches nur aus Erzeugern zusammengesetzt ist, ausgeliefert werden.“

Ebenso interessant ist die Stellungnahme des amerikanischen Handelsministers Hoover zur Änderung des amerikanischen Antitrustgesetzes:

„Was speziell die Ölindustrie betrifft, so meint er, daß, wenn die Mitglieder des American-Petroleum-Instituts bei ihrer nächsten Tagung sich sämtlich über den Plan einig werden könnten, wonach der Sherman-Anti-Trust-Act im Sinne ergänzt werden solle, daß gemeinsames Vorgehen bei der Erschließung von Ölfeldern zulässig werde, um so eine Überproduktion in einem Gebiete und damit eine Störung der Lage der Erdölindustrie im ganzen Lande zu verhindern, er überzeugt sei, daß ein entsprechender Antrag beim Kongreß günstige Aufnahme finden werde.“

Wir sehen also, daß die Produktionseinschränkung im Interesse der Verhinderung der „Störung der Erdölindustrie“, das heißt der Störung der Aussaugung der Konsumenten durch monopolistische Beherrschung des Marktes, im Sinne des sogenannten Antitrustgesetzes liegt.

Im gleichen Sinne hat der kapitalistische Staatsapparat in allen Ländern gehandelt. Zum Beispiel hat die Federal Trade Commission (Handelskommission) in Amerika zur Durchführung des Antitrustgesetzes die Aufgabe, die Geschäftsverhältnisse in bezug auf unlauteren Wettbewerb, Handelsbeschränkungen und Monopolbildung zu untersuchen. Ihre Tätigkeit erstreckt sich nur auf Gesellschaften, die im zwischenstaatlichen Handel tätig sind (deshalb entzog sich das Petroleumkapital der „Kontrolle“, indem es in den einzelnen Staaten der USA scheinbar selbständige Gesellschaften gründete). Ausgenommen sind Banken, Eisenbahnen und die dem Ackerbauministerium unterstellten Großschlächter. Die Kommission kann nur eingreifen in Fällen, die das öffentliche Wohl berühren und wenn berechtigte Gründe zur Annahme eines Vergehens gegen das Antitrustgesetz vorliegen (der Beweis muß also faktisch schon vor der Untersuchung erbracht werden). Ist diese Annahme vorhanden, so dürfen nicht etwa die gesamten Dokumente kontrolliert werden, sondern nur jener Teil, der das Beweismaterial enthalten soll. Aber auch das war in vielen Fällen nicht möglich, weil die Beklagten das Gericht anriefen und einen Beschluß erwirkten, daß die Untersuchung nicht durchgeführt werden darf, weil das ein „ungerechtfertigtes Eingreifen in private Geschäftsangelegenheiten sei“ und „die konstitutionellen Rechte verletzt“. Wir sehen also, daß eine Krähe der anderen die Augen nicht aushackt. Das bestätigt auch der offizielle Bericht der Federal Trade Commission, in dem gesagt wird: „Es lag klar zutage, daß trotz der Auflösungsbefehle der Gerichte die sogenannten Truste ‚chamäleonartig‘ in anderer Form weiterbestanden.“ Ebenso ist es in anderen Ländern.

In England gibt es kein besonderes Trustgesetz. Die bisherigen Gerichtsentscheidungen in Fragen der Konkurrenz und der Kartellpolitik lassen sich nach den Ausführungen des englischen Lordkanzlers wie folgt zusammenfassen:

„Wenn der wirkliche Zweck des Zusammenschlusses nicht dahin geht, den anderen zu schädigen, sondern das eigene Geschäft der Mitglieder zu fördern oder zu verteidigen, so liegt keine Rechtswidrigkeit vor. Und es gibt keine Klage, auch wenn dem anderen Schaden zugefügt worden ist.“

Also, wenn Kartelle andere Firmen ohne Absicht schädigen, so ist das in Ordnung, wenn es mit Absicht geschieht, wird es strafrechtlich verfolgt. Wer lacht da nicht?

In Norwegen gibt es ein Gesetz über die Kontrolle von Konkurrenz einschränkungen und Preismißbrauch. Das Kontrollamt wird von einem Direktor geleitet, der vom König angestellt wird. Das Kontrollamt wird ebenfalls vom König ernannt und soll vor allem auf dem Wege der „freiwilligen Korrektur“ jene Auswirkungen der Kartellpolitik beseitigen, die den gesamt kapitalistischen Interessen widersprechen.

Der Bundesvorstand des ADGB möchte dem deutschen Volke nun auch eine sogenannte Kartellkontrolle beschenken. Er hat der Reichsregierung und dem Reichstag eine Eingabe übermittelt, in der erklärt wird, daß „die bisherige Gesetzgebung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung sich gegenüber den schädlichen Auswirkungen der Monopolorganisation als unzureichend erwiesen“ hat. Die Gewerkschaften fordern deshalb eine „verstärkte Mitwirkung der Arbeitnehmer in der Wirtschaftsführung“. „Es soll ihre besondere Pflicht sein, das Interesse der Gesamtwirtschaft wahrzunehmen.“ Die Gewerkschaften fordern eine Kontrollgesetzgebung und Schaffung eines Kontrollamtes. Dieses soll paritätisch aus Vertretern der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Unternehmer zusammengesetzt sein. Die Mitglieder sind vom Reichswirtschaftsrat, der zu drei Vierteln aus kapitalistischen Interessenvertretern besteht, zu ernennen.

Die Aufgaben des Kontrollamtes sollen sein: Führung eines öffentlichen Registers über die Satzungen und Beschlüsse in Unternehmerorganisationen; Untersuchungen über das Bestehen und die Wirksamkeit von monopolistischen Unternehmerorganisationen, insbesondere über ihre Preispolitik; Aufhebung oder Abänderung von Beschlüssen und Vereinbarungen, wenn auf Grund einer Untersuchung eine Verletzung der Interessen der

Gesamtwirtschaft festgestellt ist; regelmäßige Berichterstattung an Reichstag und Reichswirtschaftsrat.

Diese „Kontrolle“ ist nach unserer Meinung genausoviel wert wie die Trustkontrolle der Federal Trade Commission in Amerika. Wir fragen: Unterscheidet sich die Forderung des ADGB irgendwie wesentlich von der Auffassung Loucheurs oder anderer Vertreter der Fertigungindustrie, die auch für Kartellkontrolle sind, weil sie die Preisdiktatur der Schwerindustrie abwehren wollen? Alle diese Vertreter der Bourgeoisie sind für die Kartellkontrolle, um die Verletzung der „Interessen der Gesamtwirtschaft“ zu verhindern — ebenso wie der ADGB. Obendrein soll die Zusammensetzung dieses Kontrollamtes durch den reaktionären Reichswirtschaftsrat erfolgen.

Das ist der Weg, den der ADGB gehen will, um die „Verwirklichung voller Gleichberechtigung der arbeitenden Kräfte in der Wirtschaftsführung“ (Naphtali in „Die Arbeit“, März 1927) zu erreichen. Die sächsischen Reformisten sagen das noch etwas deutlicher. In der Resolution des Bezirkstages der sächsischen Gewerkschaften über die „Mitwirkung der Arbeitnehmer an der Wirtschaftsführung“ wird gesagt:

„Die Machtstellung der Monopolorganisationen kann unter Umständen zu einer Gefahr für den Staat und die Allgemeinheit werden. Ein Gegengewicht gegen diese Machtpositionen des Unternehmertums kann nur durch eine starke staatliche Kontrolle der Kartelle und durch starke Mitwirkung der Arbeitnehmer an der Gestaltung des Wirtschaftslebens erfolgen.“

Der Bezirksausschuß des ADGB hat, wie es scheint, weiter nichts zu tun, als sich darum zu sorgen, daß die Kartelle und Truste den Staat Hindenburgs, Duisbergs und Co. gefährden. Der Bezirksausschuß des ADGB glaubt im Ernst, daß die Kartelle und Truste den Staat, den sie beherrschen, indem sie über die Produktionsmittel, die Justiz, das Militär, die Presse usw. verfügen, gefährden? Es wäre besser, die Gewerkschaftsleitung in Sachsen kümmerte sich weniger um die Gefährdung des kapitalistischen Staates durch die Kapitalisten als vielmehr um die Gefährdung der Lebensinteressen der Werktätigen infolge der Politik des Industrie- und Agrarkapitals und seiner Bürgerblockregierung. Es ist eine lächerliche Illusion, zu glauben, daß die Bourgeoisie vor

den staatskapitalistischen und wirtschaftsdemokratischen Illusionen des ADGB oder der SPD kapituliert. Die Kontrolle über die Kartelle und Truste ist nur möglich, wenn die Arbeiterklasse die Macht in den Händen hat. Ohne eigene Machtorgane der Arbeiterklasse in Form der Räte, ohne die Bewaffnung der Arbeiter, ohne die Nationalisierung der Industrie ist eine Kontrolle unmöglich.

Nur wenn die Arbeiterklasse den Machtorganen der Bourgeoisie gegenüber ihre eigenen Kampf- und Machtorgane schafft und mit deren Hilfe den Sturz der Bourgeoisie herbeiführt, ist es möglich, daß die Arbeiterklasse die Leitung und Kontrolle der Produktion übernimmt. In diesem Sinne lehrt uns *Lenin*:

„Wenn wir sagen: ‚Arbeiterkontrolle‘, und dabei diese Losung immer neben die Diktatur des Proletariats, immer *unmittelbar* nach ihr stellen, so machen wir damit klar, von welchem Staate die Rede ist. Der Staat ist das Organ der Herrschaft einer *Klasse*.“¹

Wenn wir also in Deutschland den Kampf gegen das Trustkapital führen wollen, so müssen wir vor allen Dingen den Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse führen, nicht nur ohne Rücksicht auf die Interessen der kapitalistischen Stabilisierung, sondern mit dem ausdrücklichen Ziel, die Stabilisierung der ökonomischen und politischen Macht der Bourgeoisie zu verhindern. In diesem Kampf müssen die Betriebsräte als Klassenorgane der Arbeiter tätig sein. Durch Bildung von Gesamtbetriebsräten für die Industriegruppen, Wirtschaftsbezirke, Kartelle und Truste gilt es, den Kampf der Arbeiter zusammenzufassen und zu verbreitern. Dieser Kampf muß als ein Teil des politischen Kampfes der Arbeiterklasse gegen die ökonomische und politische Herrschaft der Bourgeoisie geführt werden. Die erfolgreiche Durchführung dieses Kampfes bedeutet die Beseitigung der Stabilisierung der kapitalistischen Macht, die Organisierung eigener Kampforgane der Arbeiterklasse, die Organisierung der politischen Arbeiterräte, die Bewaffnung des Proletariats, die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats, die Arbeiterkontrolle der Produktion, die Nationali-

¹ W. I. Lenin, „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten“. Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 27.

sierung der Industrie. Das ist die Antwort der Kommunisten auf die Losung der Schaffung von Kartellkontrollausschüssen.

Die Reformisten versuchen, die Möglichkeit des Eindringens in die kapitalistischen Wirtschaftsorgane und der „gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeiter an der Wirtschaftsführung“ mit Hilfe der Erfahrungen bei der Tätigkeit der Gewerkschaftsführer im Reichswirtschaftsrat zu beweisen.

Der Reichswirtschaftsrat hat nach Auffassung der Reichsregierung, der Unternehmer und der Reformisten die Aufgabe, „einen Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gewährleisten“. Im Namen dieses Interessenausgleichs fordern die reformistischen Führer paritätische Zusammensetzung dieses Ausschusses. Das würde nach unserer Auffassung die kapitalistischen Interessen nicht im geringsten gefährden. Aber nicht einmal diese Konzession machen die Unternehmer den Reformisten. Deshalb bleibt der Reichswirtschaftsrat zu drei Vierteln aus kapitalistischen Interessenvertretern zusammengesetzt. Die „Gleichberechtigung“ der Gewerkschaftsvertreter und der Unternehmer im Reichswirtschaftsrat besteht darin, daß die Gewerkschaftsvertreter in den Sitzungen dieses hohen Rates ebensolange reden können wie die Unternehmer. Die bisherige Tätigkeit des Reichswirtschaftsrates lehrt, daß er tatsächlich einen Ausgleich zwischen den Unternehmer- und reformistischen Interessen herbeigeführt hat. Aus den zahlreichen Beschlüssen des Reichswirtschaftsrates wollen wir nur die geradezu klassische Entschliebung zur Frage der Überschichten anführen:

„Der Kohlenausschuß erkennt aus den gegebenen Berichten über die Kohlenlage, daß die deutsche Wirtschaft durch die Opferwilligkeit der Beteiligten, die durch die Leistung von Überschichten die Förderung steigerten, bisher vor dem vollständigen Zusammenbruch bewahrt worden ist. Er dankt ihnen für die Opferwilligkeit und bittet sie, hierin nicht zu erlahmen, sondern die Leistungen nach Kräften noch zu erhöhen, damit unser Wirtschaftsleben auch in der nächsten Zeit mit ihren noch größeren Schwierigkeiten vor dem Ärgsten bewahrt bleibt.“

Diese Entschliebung, die einstimmig, also mit den Stimmen der Unternehmer und der Gewerkschaftsvertreter, angenommen wurde, liegt in derselben Linie wie die Zustimmung der reformistischen Gewerkschaftsführer zum Überstundenabkommen im

Bergbau im Jahre 1923. Während die Arbeiter Überschichten schinden sollten, wurden damals von der Reichsregierung den Ruhrindustriellen Millionen und Milliarden in den Rachen geworfen. Die Industriellen bekamen die Milliarden, die Arbeiter aber den „Dank“ für die Überschichtenschinderei in Form einer Resolution des Reichswirtschaftsrates.

In einer Sitzung des sozialpolitischen Unterausschusses des Reichswirtschaftsausschusses wurde am 7. Februar 1923 folgende EntschlieÙung angenommen:

„Staat und Wirtschaft befinden sich in wachsender Gefahr. Dies erfordert nach wie vor gebieterisch die Zusammenfassung aller Kräfte zur geschlossenen Abwehr. Der Reichswirtschaftsrat billigt daher die Vorschläge seiner in der letzten Vollversammlung aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zur erneuten Prüfung des Entwurfs über die Arbeitszeit der Angestellten bestellten Zehnerkommission (betr. Verlängerung der Arbeitszeit. W. U.).“

Wir erinnern weiter daran, daß dieser Reichswirtschaftsrat, dieses Stück „Wirtschaftsdemokratie“, die Schlichtungsordnung, den zehnpromzentigen Lohnabzug, die Beseitigung des Achtstundentages, den Zolltarif und andere arbeiterfeindliche Gesetzentwürfe der Reichsregierung vorberaten hat und sie im zustimmenden Sinne an die Reichsregierung weiterleitete. Es ist dabei unwesentlich, ob der Reichswirtschaftsrat in diesem oder jenem Falle die ursprünglichen Regierungsentwürfe etwas korrigiert hat, um sie den Arbeitern und den kleinbürgerlichen Schichten schmackhafter zu machen. Entscheidend ist, daß neun Zehntel der Gutachten und Resolutionen des Reichswirtschaftsrates den Interessen der Kapitalisten entsprachen.

Und von dieser Institution sagt der „Vorwärts“: „Der Reichswirtschaftsrat ist auch eine Schule für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gewesen.“ Die Beschlüsse des Reichswirtschaftsrates beweisen die Richtigkeit dieser Äußerungen des „Vorwärts“. Der Reichswirtschaftsrat ist eine Schule, in welcher die Unternehmervertreter die reformistischen Führer lehren, wie man die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft vertritt. Für diese Sorte Schule bedankt sich die deutsche Arbeiterschaft.

Im „Vorwärts“ heißt es weiter:

„Die Zusammenarbeit hat ihnen (den Unternehmern. W. U.) gezeigt.